

TER

AUSTRIA AND HER "ENEMIES"

A Remarkable Military Ceremony in Vienna

(From our own Correspondent.)

VIENNA, JUNE 27.

For the pre-war generation of Viennese, to whom "Gay Vienna" meant glittering military displays and streets dotted conspicuously with individual uniforms to-day was an historic date. To the younger inhabitants whose life has been spent in the widely different post-war city it was also not altogether without significance.

On Heldenplatz, "Heroes Square," before the Hofburg, the entire Vienna military garrison, for the first time since the war, appeared in uniforms which are a replica of those of the pre-war Imperial army even to the colour and the shape of the caps and the regimental insignia. On Heldenplatz and the sector of the Ringstrasse near by, which had to be closed to traffic for several hours, thousands gathered to watch and hear the new recruits take the oath to defend the Fatherland unto death.

Directly to the troops, and indirectly to all Austrians, General Karl Vaugoin, who for eleven years has controlled Austria's military affairs as Army Minister, addressed an appeal that "all should stand in serried ranks to-day, as never before, against unscrupulous enemies who wish not only to drive Austria from her position of honour as the home of culture which she had occupied for a thousand years, but even remove the name of Austria from the map."

Almost 3,000 police, on foot and mounted, took care that nobody of the Nazi persuasion approached near enough to do any mischief. The whole ceremony passed without untoward incident.

AN EXCITED ASSEMBLY

There was a lively session of the Bundesrat (First Chamber) this afternoon, when for an hour Socialist and Nazi members created such tumult that adjournment was necessary before any important business could be transacted. The Socialists shouted "Murderers, scoundrels! You should be driven out with horsewhips." And two Nazi members replied with cries of "Heil, Hitler!" Christian Social members had boycotted the meeting on the ground that they "cannot sit at the same table with Nazis." Whether Nazis will be present at future sessions is doubtful, because the various Diets by whom they were elected will probably annul

their mandates within a week or fortnight.

The past 24 hours have been comparatively quiet throughout the country, according to reports reaching Vienna. Two small acts of violence occurred, but the police consider them to be practical jokes rather than serious attempts to do harm.

In Klagenfurt an illegal Nazi organisation was discovered, and 19 members have been arrested. Near Kufstein (in the Austrian Tyrol) German Nazis are reported to be demonstrating to-night in a provocative fashion, but no incidents have yet occurred so far as is known.

AUSTRO-HUNGARIAN MONARCHY

The Italian Proposal

(From our own Correspondent.)

PARIS, JUNE 27.

In an article in the "Echo de Paris" "Pertinax" fully confirms the information which I sent on Thursday and Friday—namely, that, in spite of all the denials to the contrary, an Italian proposal was made last week for the restoration of the Austro-Hungarian monarchy, that M. Paul-Boncour took a favourable view of it, and finally that the proposal was rejected under pressure from the Little Entente.

"Pertinax" does not mention the part played by M. Daladier (the Prime Minister) in this rejection of the Italian plan, but it may be only natural not to pay compliments to a political opponent. As for all the denials of the very existence of the Italian proposal, which we refused at the time to take seriously, "Pertinax" describes them as an extraordinary demonstration of "collective lying."

If, he says in conclusion, the Foreign Affairs Committee of the Chamber may still have any doubts as to M. Paul-Boncour's recent attitude to the Austro-Hungarian plan, it should gain access at the Quai d'Orsay to the correspondence between M. Paul-Boncour and M. de Jouvenel, the French Ambassador in Rome.

"Pertinax's" article has, of course, greatly annoyed several papers of the Left, and has caused a great deal of shoulder-shrugging at the Quai d'Orsay.

MENSCHHEITSKÄMPFER

SOCIALISTISCHES MONATSBLATT

Leben von den religiösen Sozialisten Oesterreichs

10-Groschen-Ausgabe

Menscheitskämpfer, jetzt
und immer!
Jetzt und immer Menschenbrüder,
Jetzt und immer treue Hüter,
Unsrer Sonne, unsrer Rechte!
Frei die Stirnen,
Frei die Knechte!
Großer Tag der Menschheit loht,
Schönlan

Umsatzpreis: S 1.80
Oesterreichisches
jeden Monats.
altung.

Wien, August 1932
6. Jahr, Nr. 14

Redaktion und Verwaltung: Wien, I., Werdertorgasse 6/III.
Herausgeber, Verleger, Eigentümer und verantwortlicher
Schriftleiter: Otto Bauer, Redakteur, Wien, XIII., Zener-
straße 22 — Druck: „Adria“, Wien, II., Taborstraße 52b.

Der Kampf um die Demokratie geht weiter!

Die gesamt-europäische Bedeutung der letzten deutschen Wahlen ist schon von vielen Seiten unterstrichen worden. Es dürfte überhaupt kaum ein deutsches Problem und Ereignis von Rang geben, dem bei der heutigen internationalen Verflechtung des geistigen, politischen und wirtschaftlichen Lebens nicht diese Bedeutung zukäme. Im besonderen Grade gilt dies vom letzten Wahlergebnis. Sein möglicher Einfluß auf die weitere staats- und wirtschaftspolitische Entwicklung Europas, der durchaus im Sinne einer aggressiven Sammlung der Kräfte gegen Sowjetrußland als den gemeinsamen Feind gelegen sein kann, soll in diesen Zeilen nicht behandelt werden. Sie sollen vielmehr auf die Bedeutung und Lehre des Wahlergebnisses für die demokratischen Kräfte und Bewegungen Europas verweisen.

Eine nüchterne und sachliche Betrachtung der Zahlen des Wahlergebnisses lehrt: Die deutsche Demokratie hat bei diesen Wahlen eine empfindliche Niederlage erlitten. Das deutsche Volk hat mit überwiegender Mehrheit das Deutschland von 1918, die Verfassung von Weimar, aufgegeben. Von 36,8 Millionen abgegebenen Stimmen haben 15,9 Millionen faschistische und rund 5,3 Millionen bolschewistische Stimmen, also insgesamt 21,2 Millionen, klipp und klar die Demokratie abgelehnt. Rechnet man zu den 8 Millionen sozialdemokratischen Stimmen noch die des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei als für die Demokratie abgegebenen Stimmen, so ergibt sich eine

Summe von etwas über 13,7 Millionen demokratischer Stimmen. Wer aber wollte die für das Zentrum und die Bayer. Volkspartei abgegebenen Stimmen zur Gänze für die Demokratie beanspruchen? Hat doch der Vorsitzende der Bayer. Volkspartei, Staatsrat Schäffler, knapp vor der Wahl, in den Tagen des Papen-Staatsstreiches erklärt, Bayern (das von seiner Partei regiert wird) „klemmere sich nicht an die Verfassung von Weimar, deren Zeit zu Ende gehe“ (AZ v. 23. VII.). Von den vorhin errechneten 13,7 Millionen demokratische Stimmen werden also noch gründliche Abstriche zu machen sein, die sicherlich nicht ausgeglichen werden durch demokratische Stimmen der 1,9 Millionen Wähler der übrigen Spalterparteien. Das Bild ist also eindeutig klar.

Nabezu zwei Drittel der deutschen Wählerschaft haben sich gegen die Demokratie, gegen das Deutschland von 1918, gegen die Verfassung von Weimar entschieden.

Mit dieser Feststellung soll der Wert und die Bedeutung des opfervollen und kräftigen Einsatzes der „Eisernen Front“ und der übrigen demokratischen Kräfte Deutschlands nicht geschmälert, wohl aber einem zu tatsächlichen und darum trügerischen Optimismus begegnet werden. In einer derartigen Abgabe des deutschen Volkes an die Demokratie nur eine Frucht der demagogischen, nichtswürdigen und terroristischen Agitation ihrer Gegner erkennen zu wollen, ist doch zu oberflächlich gesehen. Es müssen tiefere in der Sache selbst

liegende Gründe vorhanden sein, die eine solche Krise der Demokratie heraufbeschwören. Die Bekenner eines demokratischen Sozialismus haben — das dürfte der Ausgang der deutschen Wahlen ziemlich eindringlich gezeigt haben — noch lange nicht ihre Aufgabe erfüllt, wenn sie die Nichtswürdigkeit und Verlogenheit der Gegner der Demokratie, deren arbeiterfeindliche Absichten und die Förderung derselben durch das Finanzkapital entlarvt und angeprangert haben. Die positive Seite der Aufgabe liegt in der Aufzeigung der Probleme, die sich aus der krisenhaften Situation der Demokratie ergeben, in der Fortbildung demokratischer Zielvorstellungen, in der Schärfung des Verständnisses für neue Wirkformen der Demokratie.

Die Entwicklung in Deutschland hat Grenzen der parlamentarischen Demokratie aufgezeigt und die realpolitische Bedeutung außerparlamentarischer Machtpositionen erkennen lassen. Der deutsche Nationalsozialismus hat 37 Prozent der Wählerschaft für sich, gemeinsam mit den Deutschen 43 Prozent, der österreichische proletarische Sozialismus ebenfalls 43 Prozent. Dennoch ist der Einfluß der beiden Gruppen auf die politische Entwicklung ein ungleich verschiedener. Die Ursache liegt nicht nur bei den parlamentarischen Sünden der deutschen Sozialdemokratie, die jene Entwicklung beschleunigten, die schließlich die Ausschaltung des Parlaments ermöglichte. Um vieles mehr sind hierfür die außerparlamentarischen Macht-

Der „christliche Kurs“ braucht den Henker

Die ungarische Reaktion hat zur Stützung ihres angeblich durch die Agitation zweier Kommunisten gefährdeten Systems die beiden Kommunisten durch den Henker ermorden lassen, nachdem sich vorher Richter des christlichen Kurses fanden, die trotz der Mahnung der Verteidiger „Urteilt nicht, damit ihr nicht verurteilt werdet“, ihr „schuldig“ sprachen. Die vergebliche Berufung auf Christus vor Richtern eines angeblich christlichen Staates läßt den ganzen Akt nur noch brutaler erscheinen.

Wenn wir uns dem Protest gegen jenen unmenschlichen Gewaltakt anschließen, so ergibt sich dies aus der von uns seit jeher eingenommenen Haltung als selbstverständliche Verpflichtung. Wir kennen kein Klassenrecht auf den Galgen zur Sicherung der Klassenherrschaft; wir kennen kein zwitteriges Recht, daß der einen Klasse als nackte Klassenwillkür, der anderen als selbstverständliches Recht der Macht erscheinen müßte; wir kennen kein Ziel, erst recht keines der proletarischen Freiheitsbewegung, das den Gebrauch des Galgens rechtfertigen würde. Wir können daher weder Reaktionen und Faschisten, noch den Kommunisten ein Recht auf den Galgen zubilligen. Wie der, der nach dem Schwerte greift, durch das Schwert umkommt, so wird der, der meint, den Galgen als Instrument der „Gerechtigkeit“ gebrauchen zu müssen, ein ähnliches Gericht über sich selbst heraufbeschwören. Den beiden Opfern des wahnsinnigen Glaubens an das Gewalt-Recht gehört unsere Solidarität und Liebe. Was ihnen geschah, war eine brutale Gewalttat nicht nur nach dem Rechtsbewußtsein der Arbeiterklasse, ein allgemein-menschliches und christliches Gewissen muß diesen Mord im Namen des Rechtes verabscheuen.

Nationalsozialistischer Götzendienst

Da der Nationalsozialismus eine politische Religion ist, braucht er auch seinen Götzendienst und er hat ihn in seinem Führerkult. Der Führer wird zum Götzen und der oberste Führer zum Obergötzen, ihr „Gottgesandter“, dem die „Millionen mit erhobenen Händen ihr entschlossenes Gebet nachsenden“. (Deutscherösterreich. Tageszeitung.) Die „Preussische Zeitung“ meint, wenn Kirchen ihre Altäre hätten, so ließe sich eigentlich nichts dagegen einwenden, wenn auch sie, die Nationalsozialisten, in ihren Wohnungen Hitler-Altäre errichten, in ihren Wohnungen Hitler-Altäre errichten, in ihren Wohnungen Hitler-Altäre errichten.

„Hitler ist das A und O unserer Weltanschauung, ist der unverrückbare Mittelpunkt unseres politischen Denkens und Tuns. Jedes nationalsozialistische Haus muß eine Stätte haben, wo der Führer uns greifbar nahe ist und wo unsere Gedanken ihm merkbar umkreisen können. Hier müssen wir täglich kleine Ehrungen in Form von Blumen und Ranken anbringen. ... Gedanken und Wünsche sind Kräfte. ... Heil Hitler!“

Wer Bescheid weiß, dem ist es bekannt, daß diese Anregung verwirklicht war, ehe sie veröffentlicht wurde. Jeder seinen eigenen Hausgötzen für diesen ist auch schon die Lobpreisungs-Litanei parat. Hitler ist.

„Der hervorragendste Redner der Gegenwart, der bedeutendste Organisator der Gegenwart, der hervorragendste Staatswissenschaftler und Schriftsteller im Weltall, ein Phänomen der Weltgeschichte, ein sogenannter Sikularmensch.“ (Andreasberger Anzeiger.)

„Hitler, die Auferstehung und das Leben.“ stand nach einem Bericht des „Der Religiöse Sozialist“ auf einem Wahltrans-

parent in Berlin. Denn Großes wird der Götze am Tage seines Sieges beginnen.

„Lasset vier Wochen nach seiner Wahl ins Land gehen und ihr werdet den Segen des Nationalsozialismus zu spüren beginnen. Eure Äcker werden freudiger grünen, eure Kühe und Pferde freudiger ihren Herrn begrüßen, euer Ingesinde euch freudiger gehorchen. Wissen sie doch, daß es nach 13 Jahren des Leidens und der Schmach wieder bergauf gehen wird in Reich und Ländern, Städten und Dörfern.“ (Eisenacher Zeitung.)

Vom künftigen Schicksal der Arbeitslosen und ähnlichen Dingen schweigt der Zeitungs-Propheet. Wer wird die Schulden der Bauern bezahlen, wer ihre Steuern? Wer wird ihnen in den Tagen, da Kühe und Pferde ihren Herrn freudiger begrüßen, ihr Vieh und die übrigen Produkte ihrer Arbeit abkaufen können?

Ist das ganze Geschreibe der nationalsozialistischen Presse aber nicht heller Unsinn? Hat es einen Sinn, sich damit zu befassen? Und ob! Denn hinter diesem Unsinn steckt mehr als bloße Demagogie und ein raffinierter Plan zur Aufspaltung der Massenleidenschaft. Er selbst ist der Ausdruck einer solchen, einer Art Alter-Religion mit ihren fressenden und verzehrenden Feuer. Ein Volk, das im Zentrum seines geistigen Lebens, in seiner Religiosität, derart erkrankt und verderbt ist, ist anderen Völkern und sich selbst eine arge Gefahr. Überwunden wird diese nicht allein mit Wahlsiegen und neuen Gesetzen, es muß eine neue Religiosität selbst wirksam und offenbar werden.

Darum sind diese Hinweise auf den nationalsozialistischen Götzendienst nicht hieher gesetzt zur billigen Entrüstung, sondern als Mahnung auf die erforderliche Größe der notwendigen religiösen Besinnung und Umkehr.

positionen maßgebend, über die die vereinigte Reaktion und Gegenrevolution im staatlichen und privaten Militärwesen, in der Organisation der sie unterstützenden Wirtschaft und nicht zuletzt in den großen Fabriken der öffentlichen Meinung, der Partei- und der scheinbar partei-unabhängigen Presse verfügt.

Der demokratische Sozialismus, der mit der Demokratie gemeinsam immer mehr in eine Defensivstellung gerät und dem in Zukunft noch mehr als bisher die Führerrolle im Kampf um die Demokratie zukommt, er wird in nächster Zeit besonders auf den Ausbau außerparlamentarischer Stellungen bedacht sein müssen. Mit dem Ausbau seiner Wehrorganisationen allein ist nicht getan. Die haben, will er nicht grundsätzlich den demokratischen Boden verlassen, im besten Falle defensiven Charakter. Die treffliche Lyvile Durchorganisierung der sozialistischen Massen, wie sie z. B. die österreichische Sozialdemokratie geschaffen hat, ist nicht nur das Rückgrat des demokratischen Widerstandes, sie ist zugleich auch Angriffsbasis. Die sozialistische Waffe auf wirtschaftlichem Gebiet, bisher viel zu wenig ausgebildet, geschärft und verwendet, das Genossenschaftswesen, muß mehr in den Vordergrund sozialistischer Zielvorstellungen und Aktionen rücken. Hierbei ist ja nicht nur an die allen bekannte Konsumgenossenschaft gedacht, sondern auf ihr fußend, bzw. über sie hinausgehend, an eine großräumig betriebene genossenschaftliche Verbindung von Konsumenten und Produzenten, an eine energische Inangriffnahme des genossenschaftlichen Siedlungswezens usw. Hier wird eine Um- und Fortbildung der sozialistischen Bewußtseins- und Vorstellungswelt nötig sein, die auch als Massensiedlung geschehen muß. Die genossenschaftliche Stadtsiedlung z. B. wird heute auch auf sozialistischer Seite als eines der Mittel zur Erleichterung des Durchhaltens in kapitalistischen Wirtschaftskrisen gelovdet. Ist sie nicht auch — neben den Gewerkschaften — denkbar als außerbetrieblicher Widerstandspunkt gegen kapitalistische Angriffe?

Überhaupt: Würden erneuerte sozialistische Wirtschaftsauffassungen, die von der gebräuchlichen Schwarz-Weiß-Zeichnung „Verwaltungswirtschaft kontra Verkehrswirtschaft“ abrücken, einer tatsächlichen stufenweisen Entwicklung zur sozialistischen Wirtschaft gerechter werden, nicht belebend auf die Formen der sozialistischen Arbeiterbewegung einwirken, neue konkrete Anregungen, frische Impulse zum Angriff auf die wirtschaftliche Vormachtstellung der Kapitalisten ergeben? Andererseits weist die Forderung der britischen Gewerkschaften nach einem Wirtschaftsbeirat darauf hin, daß der Gedanke, wirtschaftlichen Verbänden einen mitbestimmenden Einfluß auf die Wirtschaftsgesetzgebung einzuräumen, kein Postulat der politischen Demokratie verletzten muß. Der Sozialismus hat im Rätesystem starke, ausbildungsfähige Hinweise auf solche Möglichkeiten der verfassungsmäßigen Erweiterung der politischen Demokratie zur Wirtschaftsdemokratie.

Eine nicht zu unterschätzende außerparlamentarische Machtposition des demokratischen Sozialismus ist eine vielseitige, ununterbrochene Propaganda der sozialistischen Idee, die Darstellung des Sozialismus als Verheißung, als Beglückung, als Freiheitsbringer,

also frei von allem Zwang, aller Drohung; dies alles nicht in allgemeinen Phrasen und Hinweisen, sondern in konkreten Vorstellungen und Begriffen. Hierbei gehört auch die Weiterbildung der demokratischen Begriffswelt.

Eine nicht unerhebliche Mitschuld an der Abkehr der nicht sozialistischen Massen von der Demokratie trägt der naive Demokratismus, dem die sozialistischen Massen infolge größerer politischer Bildung ihm weniger verfallen, so ist er auch dort neben anderen, zutreffenderen Gründen, eine Quelle der Klage über das Bonzenstum. Der naive Demokratismus glaubt, in der Demokratie wäre die Gruppierung in Regierte und Regierende gänzlich aufgehoben, das „sovereäne Volk“ wähle seine Beauftragten, die nunmehr lediglich die Summe des Willens aller Einzelnen als souveränen Volkswillen anzuführen haben. In Wirklichkeit kennt auch die politische Demokratie Regierte und Regierende, Führer und Geführte und die Wirksamkeit der Führer ist keineswegs nur stellvertretende Ausführung eines Willens von unten. Aber daß sie diese Willensbildung von unten ermöglicht, ist eines ihrer Postulate. Das durch Einrichtungen gesicherte Mitbestimmungs- und Einspruchsrecht der Geführten, deren gesicherte Kontrolle über die Führerschichten, die nun nicht mehr auf Grund von Ständevorrechten gebildet werden, sondern sich aus allen Volksschichten ergänzen können und natürlich vermöge ihrer besonderen sachlichen Fähigkeiten, Übersichten und Einsichten ihre eigene Willensmeinung haben), das alles macht die Demokratie aus. Mit welcher peinlichen Gewissenhaftigkeit sollte daher nach immer neuen Formen der freien Willensbildung von unten, der Kontrolle der Führer durch die Geführten gesucht werden! Wie wenig entspricht unser heutiges Wahlverfahren dem demokratischen Grundsatz der freien Führerauslese aus allen Schichten! Die Weiterbildung der demokratischen Begriffswelt unter den Massen braucht wahrhaftig nicht nur eine lebhaft, theoretische zu sein, sie würde am besten durch die fortschreitende Demokratisierung der bisherigen demokratischen Einrichtungen geschehen. Damit würde den politisch weniger geschulten Volksteilen, die aus ihrem naiven Demokratismus erwachend, in ihrem übergroßen politischen Minderwertigkeitsbewußtsein heute wieder vor-demokratischen, herrschaftlichen Vorstellungen zum Opfer fallen, eine augenscheinliche demokratische Schulung geboten. Die Kritik an der Demokratie und dem Parlamentarismus von heute sollte auch schon ob der vorhin genannten Volksteile nicht den Quasosolbern und Demagogen von Rechts überlassen bleiben; sie würde, positiv geführt, vielen Scheinargumenten von dort her den Boden abgraben.

Wenn wir also die Demokratie von heute nicht allein als etwas ansehen, das es zu verteidigen gilt, sondern als etwas, das am besten zu verteidigen ist durch Fortführung und Ergänzung, so werden unsere konkreten demokratischen Zielsetzungen, sobald allen sichtbar, über 1918 hinausweisen. Das sind Aufgaben, an die das deutsche Wahlergebnis sehr eindringlich die demokratischen Gruppen in jenen Ländern mahnt, wo die Demokratie im Volksbewußtsein noch fester verankert ist, als in Deutschland. O. B.

Viktor Adler Aufstieg und Größe einer

Die 30. Wiederkehr des Geburtstages von Viktor Adler am 24. Juni gab reichlich Anlaß, im sozialdemokratischen Schrifttum diese außerordentliche Persönlichkeit zu würdigen, und sie als den eigentlichen Begründer und Organisator der politischen Partei zu feiern. Auch die religiösen Sozialisten wollen diese Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, um ein Wort zu diesem so wichtigen Ereignis auszusprechen. Der uns wesentliche geschichtliche Realismus (der nicht mit Materialismus zu verwechseln ist) wird es uns dabei möglich machen, die Werte, die dieser Mann der sozialistischen Bewegung gegeben hätte, in das helle Licht zu rücken, ohne dabei in jene Mythenbildung zu verfallen, zu der man gelegentlich in offiziellen Kreisen neigt. Das soll besagen: Adler war groß und hatte Bedeutendes geleistet, aber er war andererseits doch wieder nicht der überragende Meister, der den Massen für ein Jahrhundert Ziel und Richtung hätte geben können. Von Anfang an war sein Programm auf das Politische eingestellt. Er wollte die in den Sechziger- und Siebzigerjahren noch chaotisch zerstreuten und vielfach gespaltenen Proletariatsmassen zu einer einheitlichen Partei zusammenschweißen, wollte ihnen ihre Mission bewußt machen, indem er ihnen den Weg wies, allein mit Hilfe des Wahrechtes sich parlamentarisch, d. h. also politisch durchzusetzen. Einheit der politischen Partei und allgemeines Wahrecht — das war sein sicherlich nicht geringes Programm, aber auch seine Grenze. Die Umbiegung der großen sozialistischen Bewegung in eine rein politisch-taktische, war zu ihrer Zeit zweifellos notwendig und bedeutsam, weil nur so die großen Massen sichtbare Bedeutung gewannen, und damit Selbstbewußtsein und Verständnis ihrer Möglichkeiten. Aber ebenso unvermeidlich wurde dadurch für späterhin dieser politisierte Sozialismus zu einem Trugbild seiner ursprünglichen Idee. Der Geist, in dem die Partei gegründet wurde, läßt sich nicht mehr ganz überwinden, und forderte so unvermeidbar Neubildungen außerhalb des gegebenen Rahmens — dafür aber umso lebendiger innerhalb der eigentlichen sozialistischen Sache herum. Und dann: dieser Glaube an den Stimmzettel, an die Erlösungskraft einer formalen Demokratie, lähmte irgendwie die wichtigen Ansätze zu inneren Entscheidungen, zur Revolutionierung nicht nur der gesellschaftlichen, sondern auch der persönlichen Denkmuster und Lebensart. Adler vertraute so sehr der allmählichen geschichtlichen Entwicklung, entsprechend dem Glauben eines vorherrschend mechanistisch-naturalistischen Zeitalters, wo alles gewissermaßen von selber geschieht und keiner eigentlich schöpferischen Initiative bedarf, daß für die feineren inneren Fragen der Lebensgestaltung und der Motivierung des Sozialismus wenig Interesse übrig blieb. Die Jüngeren müßten Geduld zu haben und zu warten.“ — „Die bürgerliche Gesellschaft wird ganz von selbst zusammenbrechen, ohne daß man sozusagen dabei nachzuhelfen brauchte. Wir haben uns nur für diesen Augenblick vorzubereiten.“ Wir sehen heute wohl schon viel klarer, daß die Weltgeschichte nicht so eindringlichen Gesetzen folgt, daß es auch anders kommen kann. — wenn der Mensch nicht aus tiefsten Kräften heraus ge-

„Menschen seid menschlich...!“

Die Tollwut des Nationalismus und Militarismus, die heute das deutsche Volk in den Abgrund des Bürgerkrieges zu stürzen droht, sie ist die Frucht desselben Ungeistes, der uns 1914 in den Weltkrieg trieb. Wenn er damals zur Zerkleinerung der Völker untereinander führte und heute sich in der Selbsterfleischung des eigenen Volkes äußert, so ist dies eine in seinem Wesen begründete Steigerung. Sie ist unvermeidlich, wird dieser Ungeist nicht rechtzeitig überwunden durch einen totalen Wandel der Gesinnungen. Ansonsten werden seine letzten Tage ärger sein, als seine ersten. Darum ist der immer erneute Appell an das Gedächtnis und das Gewissen der Menschheit, die nur zu leicht vergißt, was sie einmal litt, sehr notwendig.

Als ich im Jahre 1931 an einer internationalen religiös-sozialistischen Konferenz in der nordfranzösischen Stadt Lévain teilnahm, wurde der anschließende Besuch der Schlachtfelder und Soldatenfriedhöfe rings um die Loretto-Höhe für mich zu einem unvergesslichen Erlebnis, das mein Gewissen stets wach halten wird gegen alle Äußerungen des nationalisti-

sehen und militaristischen Ungeistes. Vielleicht wird es, hier erzählt, zu einem solchen Appell an das Gedächtnis und Gewissen der Menschheit, von dem vorhin die Rede war.

In dem weiten, flach-hügeligen Land, das nordwärts von Arras liegt, zeigt sich, von verschiedenen Stellen aus immer sichtbar, die alle anderen Hügel etwas überragende Loretto-Höhe. Ihre weiße Kirche und der schmale Obelisk ziehen das Auge an. Die Loretto-Höhe war im Weltkrieg einer der wichtigsten strategischen Punkte. Volle vier Jahre wurde deswegen um sie herum mit blutvollstem Einsatz gekämpft. Die Menschen wurden zu Maulwürfen, unterminierten ganze Hügel, um sie in die Luft zu sprengen. 60.000 Menschen von der einen, dann wieder 80.000 von der anderen Seite sollen bei solchen Sprengungen auf einmal getötet worden sein.

Zu dieser Loretto-Höhe führte uns der Bürgermeister von Lévain, ein religiöser Sozialist, zuerst. Der Weg zur Kirche geht durch den Friedhof. Um Kirche und Obelisk herum sind 30.000 tote Soldaten, deren Namen feststellbar war, begraben. Mit ihnen 33.000 unbekannte

Soldaten. Ein Wald von Grabkreuzen. Immer grün und wilde Rosen wachsen auf den Hügel. Der Obelisk birgt ein Grabmal für unbekannte Soldaten. Man weiß nicht, welcher Nation sie angehören. Was unsere Herzen und Seelen noch fester packt ist, daß der Führer der religiösen Sozialisten Frankreichs, Professor Passy, unter diesen unbekanntem Soldaten seinen Sohn zu suchen hat. Nun ist unser menschliches Band zu diesen toten Brüdern noch um jene persönliche Note inniger geworden.

Der Weg führt uns noch zu vier oder fünf anderen Friedhöfen. Franzosen, Engländer, Kanadier, Deutsche, Tschechen, die an der Seite der Alliierten kämpften, sie alle liegen hier in Massen begraben. Zahlen werden genannt und immer wieder Zahlen. Mir widerstrebt es, sie ins Gedächtnis einzuprägen. Genug, zu wissen, daß in diesem 50 Kilometer langen Frontabschnitt allein gegen 500.000 Brüder aus allen Nationen verbluten mußten. Genug, zu wissen, daß hier jedes Stück Boden buchstäblich vom Blute jener unschuldigen Menschen getränkt wurde. Genug, zu wissen, daß der Bauer, der gerade neben dem deutschen Soldatenfriedhof mit dem Pflug

Vor aufgelockerten Fronten!

Das Bild der politischen Gruppierung der Massen hat in den letzten Monaten eine starke Veränderung erfahren. Die Parteilinien sind fließender geworden. Es ist in dieser Hinsicht eine Beweglichkeit in die Massen gekommen. Größere Gruppen im bürgerlichen Lager verlassen ihre bisherige parteipolitische Stellung, weil sie in ihrer politischen Überzeugung bewegter wurden und gehen auf die Suche nach neuen Programmen und Ideen. Ein charakteristisches Beispiel für diesen Vorgang ist doch sicherlich darin zu erblicken, daß dem Nationalsozialismus gelungen ist, was in einem ähnlichen Ausmaß dem Sozialismus in letzter Zeit nicht gelang: Die Gewinnung größerer Gruppen des durch kirchenamtliche Maßregeln streng behüteten Kirchenvolkes.

Es ist sicherlich nicht verfehlt, die heutige Beweglichkeit im Bilde der parteipolitischen Gruppierung der Massen mit jener von 1918/19 zu vergleichen. Die Tendenz ist im allgemeinen zwar nicht die gleiche, wohl aber läßt die Intensität einen Vergleich zu. Auch für den Sozialismus bedeutet dies das Stehen vor einer neuen Situation. Sie birgt für ihn vielerlei Aussichten und Möglichkeiten, die, wenn jetzt verpaßt, sich in absehbarer Zeit kaum wiederholen werden. Sie macht im Kampf um die Volksmeinung ihn und den Nationalsozialismus zu den einzigen ernsthaften Rivalen. Denn das politische Christentum, das sich anschickt, es dem Nationalsozialismus an „Radikalität“ gleich zu tun, hat schon beim Start das Rennen verloren.

Diese neue Situation ist auf sozialistischer Seite nicht unbeachtet geblieben. Das brachte zunächst eine Veränderung in den Agitationsmethoden. Sie wurden frischer, jugendlicher. Es zeigt sich das Bestreben, mit einer neuen Symbolik, mit einem neuen Rhythmus des Schlagwortes den Kontakt mit den in Bewegung geratenen Massen zu gewinnen. (Wenn nebenbei hier und dort sozialistische Gruppen meinten, im Schimpfkonzert mit den Nationalsozialisten den Vogel abschießen zu müssen, so haben sie ihrer Sache einen schlechten Dienst getan.)

Freilich muß man allen Ernstes gefragt werden, ob mit einer Veränderung in der Werbemethode allein schon der geänderten Situation Genüge geschehen sein kann. Geänderte Methoden werden nur dann auf die Dauer erfolgreich wirksam sein, wenn sie der Ausdruck gewandelter, erweiterter und vertiefter Inhalte sind.

So wird zum Beispiel eine aktivere sozialistische Agitationsmethode sich auf die Dauer nur dann von überlegener Aktivität erweisen, wenn hinter ihr tatsächlich ein aktivierter Wille steht. Das ist natürlich eine Binsenwahrheit. Man muß sich aber mit ernster Besorgnis fragen, ob diese Binsenwahrheit nicht von jener geistigen Einstellung anhaltend übersehen wird, die von einem optimistischen Glauben an die wirtschaftliche Entwicklung ausgehend, im Nationalsozialismus eine sehr bald abgetane politische Eintagserscheinung sieht, die sich sozusagen zum Großteil selber ad absurdum führen müsse. Der Sozialismus wird als ein sicheres Ergebnis der inneren Folgerichtigkeit der geschichtlichen Entwicklung hinge-

stellt, ja auf letzteres fast ausschließlich die Betonung verlegt.

Nun steht aber nirgends geschrieben, daß infolge geschichtlicher Entwicklungsgesetze nach einem kurzen Gastspiel des Nationalsozialismus auf der politischen (oder gar nur parlamentarischen) Tribüne der politische Sieg des Sozialismus kommen müsse. So was zu glauben, dünkt uns als schwarze Magie. Eine solche Einstellung, immer wieder in Zeitungsartikeln kolportiert, schafft in den sozialistischen Massen eine ganz falsche Seelenlage, einen hohlen Optimismus, eine Art seelische Unterernährung bei blühendem körperlichen Aussehen. Es entsteht ein Defizit an seelischen Abwehr-, Widerstands- und Angriffskräften. Die Betonung müßte hiervielmehr auf der Forderung nach der eigenverantwortlichen Leistung des Einzelnen liegen. Auffassungen über den Nationalsozialismus wie die folgende, die man sehr oft lesen und hören kann: „Es tobt sich jetzt eben ein Radauradikalismus aus, der freilich wieder aussterben wird, wenn die Leute, die der Psychose verfallen sind, wieder zur Vernunft gekommen sein werden“, solche Auffassungen treffen wohl noch auf die Schelbe,

aber nicht in das Schwarze, nicht ins Zentrum. Das mit der Psychose mag ja zum Teil stimmen. Aber daneben steckt eine gewaltige Dosis klaren, gegenrevolutionären Willens, und bei einer gewissen Schichte, die heute nach rechts neigt, sogar ein in seiner Wurzel revolutionärer Wille, der freilich heute noch in echtem Hakenbruch auf die Mühlen der Gegenrevolution geleitet wird. Den ersteren gilt es durch einen tatsächlichen revolutionären Elan zu überbieten, den letzteren dadurch auf den zuständigen Boden zu ziehen. Dazu muß der Sozialismus dargestellt werden als ein in klaren Umrissen vorhandener Plan (nicht allein für die Augenblicksnöte), den es mit dem Einsatz der vollen und vollends aktivierten Willenskräfte zu erfüllen gilt. Daraus kann die Betonung der eigenverantwortlichen Leistung des Einzelnen von selbst, und zwar der Leistung nicht allein in der Abwehr, sondern in der sachlichen Ueberbietung des Gegners.

Eine erobernde Tendenz der sozialistischen Bewegung in Bezug auf die in Bewegung geratenen Massen hängt sehr davon ab, ob hinter aktivierten Agitationsmethoden eine solche Willensrichtung der treibende Faktor ist. Denn diese Massen sind seelisch sozusagen auf die

gleiche Wellenlänge eingestellt. Sie wollen einen Plan der politischen und sozialen Neugestaltung, der im Wesentlichen nicht einfach die Dinge herankommen läßt, sondern die voluntär, willensmäßig in der Richtung des Planes vorwärts treibt. Damit ist keinem Utopismus das Wort geredet. Die sowjet-russischen planmäßigen Eingriffe in die Wirtschaft haben zum Beispiel auch nichts mit Utopismus zu tun.

Geänderte Agitationsmethoden allein werden also nicht genügen. Auch der theoretische und programmatische Besitzstand der sozialistischen Bewegung bedarf einer Erweiterung und Vertiefung. Dem Stichwort von der weltanschaulichen Auflockerung, von den religiösen Sozialisten oft gebraucht, muß sich jenes von der allgemeinen ideologischen Auflockerung hinzugesellen. Diejenigen, die heute im Sozialismus dafür arbeiten, leisten ihm den wichtigsten Dienst. Er gewinnt so auf diese Weise an Vertrauen und Anziehungskraft bei jenen, die auf der Suche nach neuen politischen Programmen und Ideen sind. Es gehört dies zum sachlichen Inhalt der Parole: „Wir greifen an!“

O. B.

MENSCHHEITS KÄMPFER



SOZIALISTISCHES MONATSBLATT

Herausgegeben von den religiösen Sozialisten Oesterreichs

Menschenkämpfer, jetzt
und immer
Jetzt und immer Menschenbrüder,
Jetzt und immer treue Hüter,
Unserer Sonne, unsrer Rechte!
Frei die Stirnen,
Frei die Knechte!
Großer Tag der Menschheit loht,
Schönlaris

Einzelnummer: 30 Groschen, Halbjahresbezugspreis: 5 L. 50 für Österreich, RM 1.50 für das Ausland. — Österreichisches Postcheckkonto: D 50.927. — Erscheint am 5. jeden Monats. Anzeigen-Annahme durch die Verwaltung.

Wien, November 1932
6. Jahr, Nr. 18

Redaktion und Verwaltung: Wien, I., Werdergasse 6/III. Herausgeber, Verleger, Eigentümer und verantwortlicher Schriftleiter: Otto Bauer, Redakteur, Wien, XIII., Zinnerstraße 22. — Druck: „Adria“, Wien, II., Taborsstraße 52 B.

Faschismus, Demokratie, Sozialismus

Die Methoden sozialistischer Zielstrebigkeit — Der dritte Weg

Ein Beitrag zur Diskussion des diesjährigen sozialdemokratischen Parteitag

Im Mittelpunkt des diesjährigen Parteitages der österreichischen Sozialdemokratie steht die Aussprache über das Thema „Faschismus, Demokratie und Sozialismus“. Die Wahl dieses Themas besagt, daß die Grundfragen sozialistischer Politik und sozialistischer Zielstrebigkeit aufgerollt werden sollen. Das entspricht durchaus dem, was heute in den weitesten Kreisen der sozialdemokratischen Parteimitgliedschaft erlebt wird: Die politische Situation, die momentane Lage des Sozialismus, beides wird dort empfunden als zwingend zu einem neuen Durchdenken der sozialistischen Methodik und der sozialistischen Zielsetzung. Vor allem ist es der Mann der Praxis, der politischen und gewerkschaftlichen Kleinarbeit, der verspürt, daß an den bisherigen Wegen zum Sozialismus etwas nicht stimmen muß. Sein Mißtrauen gegen die bisherigen Methoden des demokratischen Sozialismus nimmt ständig zu. Er merkt den Leertag der politischen Aktionen der letzten Monate und wird beunruhigt. Die Politik des Sozialismus tut oftmals nur mehr so, als ob sie könnte. Er aber will Wege, will Ansatzpunkte für Aktionen sehen. Angesichts der Fragwürdigkeit der bisherigen Methoden und der Frage nach der Möglichkeit, rechten und besser wirksamen, erhebt der Großteil der sozialdemokratischen Parteimitgliedschaft, was anzusprechen die Theoretiker sich bisher haben: Die Krise des demokratischen Sozialismus.

Man hat von unten her einen Drängen nach Aktivität wird man auf dem Parteitag entgegenkommen? Wird der Versuch unternommen werden, den Strom der Energien praktisch in eine bestimmte Richtung zu lenken. Der gegenwärtige Stand der sozialdemokratischen Bewegung läßt einen Schritt auf dem Wege dorthin zu. Sie werden sich für die Sache darauf richten, eine neue Ausgleichsformel, eine Nuancierung, einen Kompromiß zu finden, eine neue Proportion des Verhältnisses zwischen Demokratie und Diktatur, zwischen der Anwendung parlamentarisch-demokratischer und autoritärer Methoden zu finden. Es wird sich im Wesentlichen um eine Entwicklung der bereits im Linien-Programm festgelegten Richtlinien handeln, um einen sogenannten „Rück nach links“ mit sich in einer stärkeren Betonung der außerparlamentarischen Machtmittel der Arbeiterschaft, in einer näheren Umschreibung der Rolle der Gewalt als Geburtsheiferin einer neuen Gesellschaft, manifestieren dürfte.

Die beiden traditionellen Wege

Die sozialistische Tradition kennt eben nur zwei Wege zum Ziel und Kombinationen dieser beiden Wege. Der eine ist der der politischen Machteroberung durch den Stimmzettel, das Streben nach der Teilnahme an der Staatsgewalt zum Zwecke der Beeinflussung und Umbildung des staatlichen Machtapparates für das sozialistische Endziel. Der andere ist der der gewaltsamen Stürze der bürgerlichen Herrschaft, der despotischen Eingriffe in die wirtschaftlichen Produktionsverhältnisse und in das bürgerliche Eigentumsrecht, die revolutionäre Diktatur, die Herrschaft einer Minderheit im Interesse der Mehrheit der Arbeiterschaft. Für die Wahl des einen oder des anderen Weges ist die jeweilige historische Situation maßgeblich. Eine durch Krisen und Zusammenbrüche des organisierten Wirtschaft verbunden mit einer Desorganisation der militärischen Macht der herrschenden Klasse — etwa nach einem verlorenen Krieg —, das schafft die Voraussetzung für den diktatorischen Weg. Die intakte Militärmacht und politische Gewalt der Bourgeoisie hingegen rätet zum ersten, zum parlamentarisch-demokratischen Weg. Es ist jene Situation, in der „Bourgeoisie und Regierung sich weit mehr zu fürchten haben vor der gesetzlichen, als vor der ungesetzlichen Aktion der Arbeiterschaft, vor den Erfolgen der Wahlen als vor denen der Rebellion.“ (Engels.)

Die russische Revolution fand eine durch den verlorenen Weltkrieg desorganisierte Armee und Wirtschaft, einen chaotischen Staatsapparat vor. Sehr richtig verwies darauf bisher die Bekanntheit des demokratischen Sozialismus auf diese geschichtlich einzigartigen Voraussetzungen, die bisher nirgend anderswo zuträfen. Das machte die Wiederholung des russischen Experimentes in anderen Ländern, abgesehen von anderen spezifisch russischen Voraussetzungen, zu einer Unmöglichkeit. Die Bekanntheit des demokratischen Sozialismus argumentierten weiter etwa mit Engels: „Die Ironie der Weltgeschichte stellt alles auf den Kopf. Wir, die „Revolutionäre“, die „Umstürzler“, wir gedulden weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz. Die Ordnungsparteien, wie sie sich nennen, gehen zugrunde an dem von ihnen selbst geschaffenen Zustand. Sie rufen verzwweifelt mit Odion Barot: „La légalité nous tue“, die Gesetzlichkeit ist unser Tod, während wir bei dieser Gesetzlichkeit pralle Muskeln und rote Backen bekommen und aussehen wie das ewige Leben. Und wenn wir nicht so wahnsinnig sind, lassen zu Gefallen uns in den Straßenkampf treiben zu lassen, dann bleibt ihnen zuletzt nichts anderes übrig, als selbst diese ihnen so fatale Gesetzlichkeit zu durchbrechen.“

Die Situation von heute

Die Erfahrung belehrt uns, daß es eine Situation geben kann, in der dieses vereinfachte Entweder-Oder seine Geltung verliert. Es ist dies die Situation von heute. Der Kapitalismus verfügt zwar über eine desorganisierte Wirtschaft, aber über eine wohlorganisierte militärische Macht. Seine außerparlamentarischen Machtmittel — Monopolstellungen in der Wirtschaft, Einfluß auf die staatliche Bürokratie, Beherrschung des Heeres —, das alles gewährt ihm eine politische Überlegenheit. Die Souveränität der Parlamente, auch in den sogenannten Demokratien, ist heute fraglicher denn je. (Die Abhängigkeit der Staaten von der Kreditorganisation des internationalen Kapitals wird immer ärger.) Der Umfang der sozialistischen Mitarbeit auf parlamentarischem Gebiet wird heute von

der Reaktion bestimmt. Sie schaltet den sozialistischen Einfluß entweder aus oder schränkt ihn ein. Sie bestimmt den Zeitpunkt und das Ausmaß für den ihrerseits unvermeidlichen Bruch der Gesetzlichkeit.

Die Mehrheit der demokratischen Sozialisten verneint nun einen Ausweg aus dieser Situation schaffen zu können in einer Kombination des parlamentarisch-friedlichen Weges mit dem gewaltmethodischen. Zwar soll für den politischen Tageskampf die Gewalt abgelehnt werden, für die großen Entscheidungen aber soll sie Geltung haben. Sie soll als Druck- und Drohmittel die herrschenden Klassen zwingen, auf demokratischem Boden zu verbleiben, „denn die Bourgeoisie bleibt nur so lange demokratisch, als sie sich aus Furcht vor der Gewalt der Arbeiterklasse hütet, den demokratischen Kampfmethoden zu spargen.“ (Otto Leichter im „Kampf“.)

Diese Argumentation findet ihre Widerlegung in sich selbst. Denn nichts ist selbstverständlicher, als daß Drohungen mit Gewaltanwendung und Versuche zur Furcht-einflößung die Bourgeoisie erst recht dazu verleiten werden, den ersten Schritt weg vom demokratischen Boden zu tun, indem sie eben aufrüstet, den militärischen Staatsapparat nach Möglichkeit auszustatten und — wo sie dies nicht kann — sich eine eigene Privatarmee bedient. Eine Klasse, die in Angst und Furcht vor dem Sozialismus gehalten wird, wird eben rüsten. Das Rüstet ist übrigens ein Gebiet, wo unsere herrschenden Klassen zu Hause sind. Sie haben ihre raffinierte Kriegstechnik und aufgebauerte Kriegswesen und sind jederzeit imstande, durch die ihnen gefügige Kriegstechnik und Kriegstheologie Massen unter ihre Fahnen für einen Bürgerkrieg zu sammeln. Sie glauben an die Gewalt, ihnen ist das Gesetz seit jeher heilig und in dieser Beziehung sollte der Sozialismus nichts von dem Janker lernen.

Friedlich, die defensivsten militärischen Formationen der österreichischen Sozialdemokratie haben Österreich vor manchem rechts-putschistischen Abenteuer bewahrt. Das scheint den obigen Einwand wenigstens zum Teil zu entkräften und eine Paradoxie zu schaffen. Das ist aber nur zum Scheine so. Denn es muß sich erst in der ferneren Geschichte beweisen, ob sie auch weiterhin imstande sind, die herrschenden Klassen in Schranken zu halten. Hatte ihre Funktion nicht viel mehr aufschiebenden und viel weniger aufhebenden Charakter? Würde ihr nicht Vorschub geleistet durch die einzigartige Unfähigkeit, Borniertheit und Führerlosigkeit der österreichischen Reaktion? Können diese Mängel nicht einigermaßen ausgeglichen werden durch die Auswirkungen einer verstärkten reaktionären und gegenrevolutionären Welle in Mittel- und westlicher Westeuropa?

Die Drohung mit der Gewalt als Eventual-Mittel bedeutet für beide Kampfpartei praktisch das Verlassen des eigentlichen demokratischen Kampfbojens. Sie schafft jene Atmosphäre des Mißtrauens und der Halbheit, die der reaktionären Propaganda zur Diskreditierung der Demokratie den Boden bereitet. Die für vereinfachte Lösungen immer zugänglicheren Massen werden der reaktionär-antidemokratischen und der kommunistischen Agitation viel mehr Gehör schenken, als der demokratisch-sozialistischen, weil sie ihnen konsequenter, eindeutiger vorkommt. Die Massen werden schließlich das, was sie bisher als Demokratie begriffen haben, aufgeben, wie es in Deutschland geschehen ist. Die „Sowohl-als-auch“-Methode, ausgespielt als letzte Karte, wird in ihren letzten praktischen Konsequenzen zur Selbstauflösung des demokratischen Sozialismus führen müssen. Sie ist kein Ausweg, sie ist eine Sackgasse.

Die Lösung: der dritte Weg — Keine Bedrohung, sondern Verheißung!

Der Ausweg aus der historischen Situation der Gegenwart liegt bei der Umstellung der gesamten Methodik auf die geistige Erhebung der arbeitenden Massen für die Ideen des Sozialismus, die aber gerade eine radikale Preisgabe dieser „Sowohl-als-auch“-Methode bedingt. Das Schlagwort „Gegen die Idee der Gewalt — die Gewalt der Idee!“ müßte zu einer grundsätzlichen Entscheidung der sozialistischen Bewegung werden, ohne daß ein taktisches Aber daran geknüpft wird. Der Sinn dieser Parole müßte in das Fleisch und Blut, in die Form und in den Inhalt der sozialistischen Propaganda, des Lehr- und Schulungswesens und der übrigen Formationen der Arbeiterbewegung eingehen. Dieses Wirken müßte von der Peripherie in das Zentrum gerückt werden. Keine Bedrohung mehr, sondern Verheißung!

Damit ist eigentlich schon gesagt, daß Ansätze für diesen, den dritten Weg des Sozialismus, bereits gegeben sind. Im Lehr- und Bildungswesen sind sie vorhanden. Das müßte in seinem Sinne inhaltlich ergänzt und bereichert werden. Aber es müßte nicht nur Gemeinschaftsformen geben, wo Sozialismus gelehrt wird, es müßte auch solche geben, wo er gelebt wird. Wir haben starke Hinweise hierfür zum Beispiel in der Aktion „Jugend an Werk“ und in ähnlichen Verbindungen von Siedlungswesen und freiwilligen Dienst an der Gemeinschaft. Ihr, im echten Sinne des Wortes volksbildender Charakter müßte erkannt, ihren Spuren müßte nachgegangen werden. Wir brauchen Gemeinschaften, wo sozialistische Volksordnung von unten her zellenhaft aufwächst, Urbilder der Gesellschaft, die wir schaffen wollen, Heimstätten jenes Geistes, der die Arbeitenden aller Schichten gewinnt und den die Reaktion nicht durch Militär und Kerker unterdrücken kann. Wir kennen die Formen der politischen und gewerkschaftlichen Organisation, sie sind uns vertrauter, als die genossenschaftlichen. Sie alle wurden mit großen Opfern, auch solchen materieller Natur, aufgebaut. Neue Formen der Arbeiterbewegung warten darauf, mit der gleichen Intensität und Hingabe verwirklicht zu werden.

Auf dem hier propagierten dritten Weg kommt die genossenschaftliche und

gewerkschaftliche Aktion durchaus zu ihrem Rechte. Beide würden durch ihn nur eine umgreifendere Verästelung und Bereicherung ihrer Aufgabengebiete erfahren. So könnten sie gemeinsam Widerstandspositionen gegen den Terror und Boykott der Unternehmungskonzern bilden, den Ausbau der genossenschaftlichen Produktion fördern. Dem Ausbau der genossenschaftlichen Aktion auf dem Gebiete der Bodenbearbeitung und des Wohnungswesens sind — der begriffliche Widerstand einer reaktionären Regierung mitgerechnet — noch immer große Möglichkeiten erschlossen.

Das alles bedeutet **Macht-Gewinnung** für den Sozialismus. Er soll ja nicht machtlos gemacht werden. Nur der Inhalt seiner Macht soll gewandelt werden. Er soll dort mächtig werden, wo er von Natur aus, von seiner ursprünglichen Bestimmung her, in erster Linie zur Machtgewinnung bestimmt ist. Das ist in den Herzen und Gehirnen, in den Überzeugungen und Gesinnungen der arbeitenden Menschen, das ist in der Wirtschaft, in der Industrie. Dazu ist eine Kombination mit dem parlamentarisch-politischen Weg unerlässlich. Sie ist die natürliche, dem eigentlichen Wesen des demokratischen Sozialismus entsprechende. Sie wird dann auch der unmittelbaren politischen Methode ihren Stempel aufdrücken. Noch sind die mannigfaltigen Möglichkeiten der passiven Resistenz gegenüber dem kapitalistischen Staat, der Gehorsams- und Dienstverweigerung so viel wie unerschöpflich. Aber sie bedingen eben die geistige Eroberung der Massen für den Sozialismus, sie sind nur möglich auf dem Boden eines unerschütterlichen Glaubens an die Gerechtigkeit des Sozialismus. Dazu aber sind sie überlegen den Bajonetten, Gummiknüppeln und Kanonen der Reaktion. Sie werden die politischen Kampfmittel des Sozialismus in der Zeit der Stabilisierung der Macht der Reaktion und Gegenrevolution sein — oder die sozialistische Bewegung wird nicht sein.

Die geistige und seelische Eroberung aller Werktätigen als Voraussetzung für die Ueberwindung des Industrie-Feudalismus

Aber auch noch von einem anderen Betrachtungspunkt aus sind Einsichten zu gewinnen, die die Notwendigkeit der Umstellung auf die geistige Eroberung der Massen unterstreichen. Hierbei werden wir zugleich an das Problem des Faschismus herangeführt.

Die öffentliche Meinung des Sozialismus wird von der nahezu dogmatisierten Auffassung beherrscht, der Kapitalismus könne sich infolge von Strukturleiden immer erhöhen, eine Reorganisation der kapitalistischen Wirtschaft sei undenkbar. Demgegenüber ist schon deshalb eine gewisse Skepsis am Platze, weil gerade die eifrigsten Dogmatiker dieser Auffassung sonderbarerweise zu jenen Sozialisten gehören, die ihre Taktik darauf einstellen, daß in „besseren Zeiten“ die Menschen wieder „aufnahmefähiger“ sein werden. Sie erwarten also eigentlich doch von den Kapitalisten das angeblich Unmögliche, die Milderung wenn nicht gar Beilegung der Krise. Warum sollte es auch nicht möglich sein, ohne Sozialismus, in industrie-feudalistischen Formen eine geregelte Beziehung herzustellen zwischen Produktion und Bedarf? Ein Ausgleich, der den heutigen Herrschaftsmächten Europas und Amerikas, gestützt auf ihre militärischen Machtmittel, gestattet, eine neue Lebendigkeit einzuführen, die ähnlich der sechszehnjährigen Leibeigenschaft der Bauern, den Umständen eine gewisse Sicherung der Existenzmittel garantiert. Man denke in diesem Zusammenhang an die durchaus ernstzunehmenden Bestrebungen des „Düssa“ (Deutsches Institut für technische Arbeitsschulung), einer Einrichtung der Industriebarone im Ruhrgebiet, die alle Lebensgebiete der ihr zugänglichen Arbeiterschaft systematisch im Sinne eines solchen Industrie-Feudalismus zu beeinflussen trachtet. Auch im Gedanken der reglementierten Arbeitervorteilung könnten sich solche Möglichkeiten an. Wie aber ihre Durchführung verhindern bei dem begrifflichen Hunger der arbeitslosen Massen auch

— Arbeit, wenn ansonsten keine Möglichkeit gegeben ist für Arbeitsbeschaffung nach sozialistischen Prinzipien?

Eine „Ordnung“ schlechthin ist auch ohne Sozialismus möglich. Es fragt sich aber, ob die neue Ordnung sich gründen soll auf eine Verminderung der Freiheit, oder auf Erweiterung der Freiheit der menschlichen Persönlichkeit. Am unerträglichsten an der sechszehnjährigen Leibeigenschaft war wohl nicht das mangelhafte Ausmaß der physischen Existenzmittel der Arbeitslose, erst recht der Angestellten und auch der landwirtschaftliche Hilfsarbeiter werden in dieser Hinsicht heute wohl noch schlimmer daran sein. Das Unerträgliche lag vielmehr im Verlust der persönlichen Freiheitsrechte. Wenn wir nun eine „Ordnung“ der industriewirtschaftlichen Gesellschaft bekämen, deren Formen den Prinzipien der damaligen Feudalordnung verwandt sind? Droht sie nicht im Faschismus? Gewichtig genug, wenn auch nur eine oder zwei Generationen von ihr bedrückt würden.

Gegen die Leibeigenschaft erhob sich nicht das zurückgesetzte materielle Interesse: die menschliche Seele rebellierte, die beleidigte Menschenwürde stand gegen sie auf. Auch die Gefahren eines modernen Industrie-Feudalismus werden nur mit seelischen Kräften gekannt. Der Sozialismus müßte auf seinem dritten Weg jene Kräfte vorzugsweise und systematisch wecken und anführen. Er müßte alle, die sich von den mageren Fleischtopfen des Industrie-Feudalismus (Arbeitslosentpflicht, Diktat, kapitalistische Arbeiter-„Fürsorge“ u. ägl.) zum Zurückbleiben vom Weg zum Sozialismus verleiten lassen, auffordern zum „Weg durch die Wüste“, durch Opfer und Entbehrung und Verfolgung — um der Menschheit und ihrer Freiheit willen. Das aber nicht durch Diktandationen, sondern durch eine praktische Wirksamkeit, wie sie unter dem „dritten Weg“ aufgezeigt wurde, in dem der Sozialismus als wirklich unmittelbare Aufgabe in Angriff genommen wird.

Der Sozialismus aus dem Glauben überwindet die politische Religion des Faschismus

Das allein vermag zu schaffen, was heute viele Sozialisten bei den Massen zu sehen wünschen: eine „nahezu religiöse Gläubigkeit an den Sozialismus“. Das führt auf den eigentlichen Sinn der Problemstellung: Faschismus — Sozialismus. Der Faschismus ist eine politische Religion; ihr Glaubensbekenntnis ist der Unglaube an die Möglichkeit einer arbeitsteilig verbundenen Menschheit, daher der Glaube an die „Auswahl“ des eigenen Volkes zur Herrschaft über die Menschheit. Ihr Glaube ist ein Unglaube an die Höherentwicklung der Menschheit, daher der Glaube an die Privilegien einer Herrenklasse. Der christliche Sozialist würde sagen: Im Faschismus hat der Unglaube an die Fortsetzung der Erlösungstat Christi in die Welt hinein, ins soziale, politische und wirtschaftliche Leben, politische Gestalt angenommen. Wenn der Sozialismus hingegen sich recht versteht, ist er das konträre Gegenteil von all dem. Daß er sich aber recht versteht, davon hängt alles ab. Die politische Religion des Faschismus erlaßt den Menschen vollständiger, totaler, als dies etwa ein Sozialismus vermöchte, der nur das Prinzip einer geregelten Güterproduktion und -verteilung wäre.

Das allein ist er aber seinem Ursprung und seinem Wesen nach nicht. Er ist in den Herzen und Hirnen der Proletarier des vergangenen Jahrhunderts geboren worden als die Bewegung gegen den die Menschheit verdrängenden Frühkapitalismus, und für die Freiheit der menschlichen Persönlichkeit. Das ist er auch heute noch seinem Wesen nach. Davin liegt auch sein religiöser Sinn. Wenn dem aber so ist, dann ist ihm nicht nur die Freiheit seiner Bekämpfer, sondern auch die Freiheit des Gegners zum Schutz zu antworten. Darum widerspricht er seinem Wesen nicht, wenn er Berufung, wenn er Wahl seiner künftigen Methoden den orten und wege, den paragrafen demokratischen mit dem gewaltmethodisch-diktatorischen verbindet. Er muß den Weg und den dritten Weg wählen, den Weg der geistigen Eroberung der Massen und demokratischen Aufbaus der Ordnung von unten. (Oda)

Christus und Cäsar — im zwanzigsten Jahrhundert

Dem deutschen offiziellen Christentum ist sein Verhältnis zur nationalsozialistischen Bewegung und Weltanschauung zum Hauptproblem unserer Tage geworden. Weniger dem Protestantismus, der vielfach unbesehen sich fast bedingungslos an die Seite der neuen Bewegung stellte, ja von ihr eine „Wiedererweckung“ des — seit der Revolution im Niedergang begriffenen — kirchlichen Lebens erhoffte, als dem Katholizismus, dessen seit jeher fester gefügte weltanschauliche und politische Position eine reservierte und vielfach gegensätzliche Haltung zum Nationalsozialismus hervorrief. Die augenblicklich aktuelle Frage nach der Möglichkeit und den Voraussetzungen gelegentlichen politischen Zusammengehens zwischen Nationalsozialismus und politischem Katholizismus weist uns auf die hier auftauchenden letzten weltanschaulichen Grundfragen. Es kann sein, daß das kirchliche und politische Christentum, auch das katholische, Voraussetzungen einer Ausöhnung mit dem deutschen Faschismus und Nationalismus findet. Daß aber christliche Weltbetrachtung und die geistigen Wesensgrundlagen des Nationalismus und Faschismus den denkbar schärfsten Gegensatz bedeuten, zeigt inmitten dieser beiderseitigen Bestrebungen nach politischen Kompromißformen besonders klar und eindeutig der eigentliche geistige Führer des Nationalsozialismus, der Chefredakteur des „Völkischen Beobachters“, Dr. Alfred Rosenberg, in seiner kürzlich erschienenen Schrift: „Das Wesensgefüge des Nationalsozialismus“.

In dem Kapitel: „Weltanschauung, Religion, Politik“ (S. 37—52) erklärt Rosenberg zunächst, die nationalsozialistischen Auffassungen über die Höherentwicklung der nordisch-germanischen Rasse, und die aus dieser Grundanschauung gezogene kulturpolitischen und innen- wie außenpolitischen Konsequenzen seien nichts anderes als die Anwendung der „wissenschaftlich-objektiv gültigen“ Rassenkunde. „Eine derartige Entdeckung läßt sich durch keinerlei Dogmen und Bannworte bekämpfen, und die Kirche hat sich schon mehrfach diesen Tatsachen beugen müssen.“ Ein

kirchliches Urteil „über Rasse ist ... durchaus eine private Meinung über ein biologisches bzw. hieraus begründetes politisches Problem, das außerhalb der rein religiösen Autorität steht. ... Ein dogmatisches Bannwort kann eine naturwissenschaftliche Entdeckung nicht mehr rückgängig machen. ... Ein Axiom gegen das Blutbewußtsein wird deshalb auch aus dem gleichen Grunde überwunden werden, aus dem bereits Kopernikus siegte. ...“

Es geschieht hier nicht das erste Mal, daß ein politisches Zweckstreben von sich erklart, es sei lediglich Handhabung wissenschaftlich objektiv gültiger Gesetzmäßigkeiten und Tatsachen auf dem Gebiet der menschlichen Gesellschaft. Auch der orthodoxe marxistische Geschichtsmaterialismus, der das gesetzmäßige Leben des Menschen restlos in den Bereich der „reinen Naturgesetzmäßigkeit“ einbezieht und hierin im Gegensatz zur christlichen Auffassung vom Menschen steht, tut im Grunde genommen dasselbe. Der Unterschied besteht nur darin, daß hier die Gesetze der Wirtschaft und Produktion, dort die Gesetze des „Blutes“ es sind, die als die „letzte Gegebenheit“ des individuellen und sozialen Lebens angesehen werden; beidemal werden Gesetzmäßigkeiten menschlichen (sozialen) Lebens, die nur begrenzt (durch die seelische Freiheit des Menschen) wirksam sind (und überdies bei weitem noch nicht erschöpfend durchforscht), fälschlich verallgemeinert und verabsolutiert. Und die Verabsolutierungen, einen politischen Massenwillen „wissenschaftlich“ zu begründen, sind auch hier wie dort dieselben: Die altmarxistische Lehre von der Notwendigkeit der Entwicklung zum Sozialismus gab den sozialistischen Massen der Anfangszeit einen Richtpunkt ihrer sozialistischen Hoffnung, während die Lehre von der „wissenschaftlich feststehenden“ Höchwertigkeit der nordisch-germanischen Rasse, vor einer rassistischen Völkerhierarchie, deren „Wissenschaftlichkeit“ — verglichen mit dem immerhin bedeutenden relativen wissenschaftlichen Wert der „materialistischen Geschichtsauffassung“ — höchst fragwürdiger Natur ist, viel

bewußter und deutlicher sichtbar zu dem Zweck verkündet wird, den Nationalismus als Willen zur „rassistischen Hochzüchtung“ nach innen und als Weltwillen und Weltbeherrschungstrieb nach außen im Volk wachzurufen und zu steigern.

Von diesem Standort aus verlangt nun Rosenberg vom kirchlichen Christentum, daß es sich der daraus folgernden nationalsozialistischen Auffassung über Christentum anpasse. Bekanntlich erklärt hierzu das nationalsozialistische Parteiprogramm: „Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit es nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen. Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums.“

In Rosenbergs Auseinandersetzung mit dem deutschen Katholizismus wird nun vollständig klar, was unter diesem „positiven Christentum“ zu verstehen ist: Die christlichen Religionsgemeinschaften haben die Aufgabe, im deutschen Nationalstaat die privaten Bedürfnisse der Staatsbürger nach seelischem Trost und Halt, nach einer Ausdeutung des Welt-sinnes, nach „Versicherung für einen guten Platz im Himmel“ zu befriedigen. Staat, Politik, soziales und wirtschaftliches Leben, Recht, Kunst, Kultur usw., diese Gebiete sind und bleiben in „jetziger Instanz“ gebunden an die Gesetze des Blutes, der Rasse und ihre Erfordernisse. Rosenberg sagt hier:

„Auf Katholikentagen ... wurde der deutsche Nationalismus deshalb als „die größte Häresie“ hingestellt, und Büchse (Mainz) und Kardinal (wie z. B. Bertram) weitverleumdete in der Verurteilung dieses „Neuheidentums“, verboten die Zugehörigkeit zur N. S. D. A. P. als Kirchenfürsten, ja, schlossen katholische Nationalsozialisten stellenweise sogar von den Sakramenten aus. Sie beriefen sich hierbei auf die katholische Lehre, Das Merkwürdige angesichts dieser Versuche ist nun die Tatsache, daß im strengkatholischen Italien der extremste Nationalismus Staatsgesinnung, Staatsregierung geworden ist, und daß der Paps, der sich Jahrzehnte hindurch jeder Veröh-

nung mit dem Liberalismus verschlossen hatte, gerade mit dem Führer dieses gütebedürftigen Nationalismus einen Frieden schloß, ja, Mussolini nach Unterzeichnung des Lateranpaktes gar einen „Mann der Vorsehung“ nannte. ... Von den Kardinalen italienischer Herkunft geht die Redensart, daß sie unterm Purpur alle das Schwarzhemd des Faschismus trügen. ... Das deutsche Volk beansprucht nun nichts weiter, als daß ihm in seiner Gesamtheit das gleiche Recht auf Nationalität, das Recht zur Errichtung eines wirklichen, auf seinem Charakter beruhenden Nationalstaates zugesprochen wird. Wird ihm dies angesichts der nicht mehr zu bestreitenden italienischen Tatsache auf Grund der katholischen Lehre von seinem Kirchenfürsten bestritten, so gibt es nur zwei Konsequenzen: entweder gibt es zwei katholische Lehren, oder es wird mit Absicht, zur Erreichung politischer Ziele, die Gläubigkeit der katholischen Massen irreführen. ...“ Weiter S. 46f.: „Eine besonders bemerkenswerte Klärung brachte der 1931 ausgebrochene Konflikt zwischen Faschismus und katholischer Aktion. Diese wurde an der Hand peinlichster Enthüllungen beschildigt, antifaschistische Führer — Genossen des Don Sturzo — in ihre Leitung geschmuggelt und eine Verschwörung gegen das italienische Staatssystem organisiert zu haben. Eine erhitzte Pressefehde setzte ein, Verhandlungen begannen, die im September 1931 zu einer Regelung führten. ... Beide Partner wollten es aber doch nicht zu einem Bruch kommen lassen, beide verzichteten im Schlußprotokoll auf irgendwelche dogmatische Festlegung der unterschiedlichen Auffassungen über Erziehungsfragen der italienischen Jugend, praktisch aber ergab sich, daß der Vatikan fast überall hat nachgeben müssen, während Mussolini die religiöse Betätigung der katholischen Aktion durchaus zugestanden hat — was ja auch früher der Fall war. Durch die Tatsache an sich, daß der Vatikan auf soziale Organisationen der katholischen Aktion ... verzichtet hat, er sein beanspruchtes Recht auf gesellschaftliche Einflußnahme aufgegeben und dem Faschismus restlos das Feld über-

lassen. . . . Wörtlich wird dann noch festgestellt, daß die katholische Aktion ausschließlich diözesanen Charakter trägt, keine Linien in der Leitung besitzt und als Führer nur Geistliche wirken dürfen, die nicht Gegner des Faschismus sind. . . . Das neue Abkommen ruft der katholischen Aktion auch die gesamte Symbolik: die Fahne, welche die Vereinigungen neben den rein religiösen Symbolen führen dürfen, ist nur die italienische Nationalflagge. Dieser Punkt ist nicht unbedeutend, denn marschieren die Anhänger der katholischen Aktion unter der Fahne, die auch die Faschisten tragen, so ergibt sich ein unauflösliches Element — zugunsten des Staates.

„Alle diese Festlegungen interessieren über die italienischen Grenzen hinaus, weil ihnen ein programmatischer Inhalt innewohnt, auch ohne grundsätzliche Auseinandersetzungen: denn das Abkommen stellt dar eine weitere Klärung über das Verhältnis zwischen Nationalstaat und römischer Kirche inmitten der Verhältnisse des 20. Jahrhunderts. Beanspruchte der Vatikan früher weltpolitische Herrschaft, verzichtete er pro forma später auf Politik, mußte er sich dann verteidigen, überhaupt auf Staatspolitik übergriffen zu haben, so anerkennt er jetzt als für den staatlichen Frieden notwendig an, daß die ihm unterstehenden Verbände eben nur kirchlich-religiös, nicht einmal sozial-organisatorisch sein dürfen und auch dann nur von Menschen geführt werden können, gegen die vom Standpunkt des den Staat beherrschenden Nationalismus nichts einzuwenden ist. . . . Wenn die faschistische Presse feststellte, Petrus habe erhalten, was ihm gehörte, Cäsar das, wozu er Anspruch erheben müsse, so ist das eine durchaus christliche, richtige Auslegung.“

Auch wir haben seit jeher vom kirchlichen Christentum, vorab vom katholischen, verlangt, daß es darauf verzichte, mittels katholischer Weltanschauungsansätze, durch Konkordate, durch das Bestehen des Staat zum „weltlichen Arm“ der Kirche zu machen, also unter Anwendung pränumer politischer Sicherungsmittel die Welt „verchristlichen“ zu wollen. Don in der Welt wütenden Christen, die mehr die Wirkform „Satan“ als „Jesus“ sind, in die „Welt“ zu bringen und sie zum Sinn einer Befreiung, der Erneuerung der Welt, zu Argen legenden, ist eine Verleumdung. Die Kirche hat die Mittel, die Mittel Mussolini für Italien, die Mittel für die faschistische Bewegung, die Mittel für den Faschismus vertrieben, ist nicht zu sagen, daß aber damit die Welt „verchristlicht“ wurde, der faschistische Staat und die Bewegung im Namen der christlichen Freiheit entgegengetreten, sich vielmehr in Italien zur faschistischen „Staatsreligion“ erheben ließ, das ist schlimmstes Im-Stich-Lassen der Sache Christi in der Welt; und das gibt nun dem deutschen Nationalso-

zialismus die Handhabe, vom deutschen Katholizismus die gleiche Bereitwilligkeit zu verlangen.

Ein Christentum, gegen das „vom Standpunkt des den Staat beherrschenden Nationalismus nichts einzuwenden ist“, kann aber nicht mehr sein als religiöse, christlich getarnte Bemäntelung des neuen nationalsozialistischen Heidentums. Wenn z. B. die gegenwärtigen Machthaber in Deutschland ihre tiefste widerchristlichen, reaktionären Bestrebungen auf sozialen und politischen Gebiet als „christlichen Staat“ anpreisen können, ohne daß katholische kirchliche Stellen (vom deutschen Protestantismus ganz zu schweigen) schärfsten dagegen Verwahrung einlegen, so zeigt sich, daß der deutsche Katholizismus diesen Stadium gefährlich nahe ist.

Der im Politischen wirkende Christ muß darum gerade im Zeitalter der hochgehenden nationalsozialistischen Wogen daran denken sein, daß gegen ihn „vom Standpunkt des den Staat beherrschenden Nationalismus“ und des Faschismus alles und letztes einzuwenden ist. Das staats- und gesellschaftspolitische Wirken des Christen kann heute nur in der Richtung einer politisch-sozialen Volksordnung der Freiheit nach innen, und in der Richtung einer Völker-Ordnung der Brüderlichkeit liegen. Christus in der Welt will und kann sich weder mit Cäsar ausöhnen, noch selbst „Cäsar“ sein wollen, sondern Christus in der Welt, Reich Gottes ist und bleibt: letzter Gegenpol zu allem Cäsarismus, und seine schließliche Überwindung.

Wilhelm Frank.

Republik-Feier

Die Gruppe Josefstadt beteiligt sich heuer an dem Aufmarsch der Wiener Arbeiterschaft am 12. November und ladet die Genossen und Genossinnen ein, sich zahlreich zu beteiligen.

Treffpunkt: 12. November, halb 9 Uhr vormittags am Gürtel, vis-à-vis der Stadtbahnhaltestelle Josefstädterstraße.

Redaktionelle Notiz:

Der Leitartikel der vorliegenden Nummer wurde in einer Sonderausgabe des „Menscheitskämpfer“ den verantwortlichen Funktionären der sozialistischen Bewegung zur Kenntnis gebracht, die die auf dem Parteitag zur Verfügung stehende Redezeit nicht genügt, um dort unseren Standpunkt zum Problem „Faschismus, Demokratie und Sozialismus“ darzulegen.

Praktische Gashaushaltgeräte

erhältlich bei allen Installateuren Wiens und bei den

Wiener städtischen Gaswerken

Ständige Ausstellungen:

VIII., Josefstädterstraße 10

XII., Theresienbadgasse 3

XX., Denigasse 39

8 bis 18 Uhr

IM STREIFLICHT

Das deutsche Wahlergebnis

Schon im vorläufigen war man sich darin einig, daß der 6. November keine ernsthaften machtpolitischen Änderungen mit sich bringen werde; vielfach hat man nachher als das „große Ereignis“ bei dieser Wahl den Rückgang der Nationalsozialisten bezeichnet. Dieser stand aber kaum im erwarteten Verhältnis zu den politischen Mißerfolgen der HR-Bewegung in den letzten Monaten; außerdem sind breite Massen, die sich von der faschistischen Diktaturpartei abwandeln, ins Lager der eigentlichen „Papen-Parasiten“ abgeschwenkt, die ihren Stimmenanteil von 7,1 Prozent auf 10,4 Prozent erhöhen konnten. Die demokratischen Parteien haben jetzt nur mehr 30,3 Prozent gegen früher 38,3 Prozent aller Stimmen erlangt; trotz nationalsozialistischem Stimmrückgang ist die antidemokratische Welle links und rechts im Wachen begriffen; der „Glaube an Weimar“ ist weiter im Schwinden, und die neu sich herausbildenden Fronten: Schleicher-Deutschland und Sowjet-Deutschland, liegen jenseits der Demokratie.

Der Nationalsozialismus sieht sich vor die Notwendigkeit gestellt, „links“ zu reden und „rechts“ zu handeln, nach Bedarf auch umgekehrt; vollständige Festlegung nach der einen Seite bringt drohenden Verlust nach der anderen mit sich. Schließlich wird sich wohl doch die große „nationale Koalition“ (Nationalsozialisten, Deutschnationale, Zentrum, kleinere Bürgerparteien) zusammenfinden, um

dem autoritären Regime eine einigermaßen demokratische Fassade zu geben. Die Etablierung des Nationalsozialismus in diese Front wird nicht ohne Abwanderung der revolutionären Elemente zum Teil zu den Kommunisten, auch nicht ohne gewisse Zugeständnisse seitens der heutigen Machthaber vor sich gehen. Der politische Katholizismus wird schon um der kirchenpolitischen Belange willen, unter „Zurückbildung“ seiner demokratischen und sozialfortschrittlichen Grundsätze, den Anschluß an diese Front suchen müssen; besonders die bayrische Volkspartei wird durch föderalistische Zugeständnisse (Verfassungsautonomie der Länder) zu gewinnen sein.

Die proletarische Front hat ihren Prozentanteil leicht erhöhen können: von 36,1 Prozent auf 37,3 Prozent. Der sozialdemokratische Stimmverzicht wurde fast zur Gänze von den Kommunisten eingeheimet. Doch ist diese Front sehr weit davon entfernt, als einheitlicher Block politisch fungieren zu können. Die Ideologiekonflikte und Inkonsistenz des demokratischen Sozialismus treibt weiterhin breite Massen zu den in ihrer Art konsequenteren Kommunisten, die immer mehr als die eigentliche sozialistische Kampfpartei aufzutreten. Wenn aber die kommunistische Gewaltdoktrin zur geistigen Füllerin des sozialistischen Kampfes in Deutschland wird, dann ist wohl — angesichts der Oberlegenheit der herrschenden Reaktion in jeder gewaltsamen Auseinandersetzung — eine Niederlage, auf Jahrzehnte hinaus wirksam, zu hunderten Prozent sicher.

Der demokratisch-sozialistischen Sache, die angesichts der Desertation des Zentrums mehr

Religion und Sozialismus

Eine Versammlungsrede.*)

Nunmehr aber, Genossinnen und Genossen, gibt es aufzuzeigen, wo und wie sich der scheinbare Gegensatz zwischen meiner Zustimmung zu Ihrer Religionsauffassung und meinem religiös-sozialistischen Bekenntnis auflöst.

Was Sie in der Mehrheit als Religion jehdenschaftlich ablehnen, weil Sie es bei der Mehrzahl der Christen praktiziert finden, hat nichts oder nur sehr wenig mit dem zu tun, was religiöse Sozialisten meinen, wenn sie sich eben religiöse Sozialisten nennen. Oft setzen sie dann an Stelle des Wortes „Religion“ das „Reich Gottes“ und das Bekenntnis zu ihm. Denn das ist der Boden von dem aus allein unsere religiöse Auffassung und unser Verhältnis zum Sozialismus erklärbar ist.

Traditionelles Christentum und Reich Gottes — Reich Gottes Revolutionierung der Welt

Reich Gottes ist uns nun nicht das Fürwahrhalten einer Summe religiöser Lehrsätze, sondern ein Zustand, ein tatsächliches Ergreifen-sein des Menschen und der Welt von der Wahrheit und der Gerechtigkeit der Gottheit. Es ist uns ein Ergreifen-sein des Menschen in seinem Empfänden, Wollen und Tun von diesen göttlichen Prinzipien. Es ist uns aber auch ein Ergreifen-sein der Welt in ihren Ordnungen und Einrichtungen von ihnen. Glauben ist uns darob viel weniger ein Fürwahrhalten bestimmter religiöser Lehrsätze, kein Lippenbekenntnis zu ihnen, sondern eine Sache des Lebens und mitten im Leben, Reich

Gottes keine Lehre, sondern ein Wirken. „Ihr seid das Salz der Erde. Ihr seid der Sauerteig der Erde“, sagte Christus zu seinen Nachfolgern.

Von da aus dürften Sie uns anschwerz verstehen, wenn wir weiters sagen: Reich Gottes ist keine Verkürzung, keine Sanktion der herrschenden Zustände in der Welt und ihrer Ordnungen und Einrichtungen. Es ist vielmehr ein Gericht über die Zustände im Christentum selbst ist. Das Schlagwort von der „gottgewollten Ordnung“ ist darum Unsinn, wenn nicht Ärgerei. Es hat noch keine Einrichtungen und Ordnungen der Welt gegeben, in denen das Wesen göttlicher Gerechtigkeit und der Brüderschaft der Menschen vollends verwirklicht worden wäre. Darum sind jene Ordnungen und Einrichtungen immer wandelbar. Darum ist auch Reich Gottes und das, was von ihm ausgeht, in dem Sinne immer eine Beunruhigung der Welt, immer ein Drängen auf Vollendung gerichteter Umwandlung, immer Revolutionierung der Welt. Es hat darum einen tiefen Sinn, wenn Christus als Gotteslästerer und Hochverräter sterben mußte.

Und nun ist wohl auch klar, daß der Schauplatz des Wirkens im Dienste des Reiches Gottes nicht das Jenseits, sondern die Erde ist. Die anwesenden gläubigen Sozialdemokraten sollen nicht meinen, ich wolle nun das „Jenseits dem Diesseits opfern“. Darum geht es nicht. Es soll nur sichtbar werden, wie sehr beides, Diesseits und Jenseits, in Wahrheit eins sind, eine Einheit bilden. Echte Religiosität ist eben keine Sache für sich selbst, sondern eine solche mitten in der Welt und für die Welt. Ein Großer im Reiche

des Glaubens**) sagte einmal: „Wenn du Gott bei der Arbeit im Stalle nicht genau so hast, wie in der Kirche beim Hochamt, dann hast du ihn überhaupt nicht recht.“ Der gläubige Mensch, der seinen Gott im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben nicht genau so hat, wie im religiösen, hat ihn überhaupt nicht recht.

Bei einem Wirken im Dienste des Reiches Gottes kommt der Mensch auf den richtigen Platz, kommt Würde und Anspruch des Menschen zum vollen Rechte. Gottesdienst wird Menschendienst, verknöchert nicht in einer unverständlichen Symbolik und in einem weltfremden Kult. In einer der ersten Erklärungen der religiösen Sozialisten finden Sie den Satz: „Wir vereinen in unserem Bund alle jene Menschen ohne Unterscheid des religiösen Bekenntnisses, für die Mitarbeit in der sozialistischen Bewegung der zeitgemäße Ausdruck des Gottesdienstes der dienenden Liebe an der ganzen Menschheit ist.“ Der Dienst am Menschen als Gottesdienst, das liegt ganz und gar im Geiste dessen, was Christus wollte, ist keine neue Erfindung, keine auf religiösem Gebiete vorgekommene Schiebung, die Ihnen das Christentum imponanter machen soll. Wenn Ihnen der Gedanke einigermaßen neu ist, so wohl nur deswegen, weil jene Art des Christentums, die Sie kennen gelernt haben, solche Wahrheiten vergessen hat. Christus selbst aber sagt: „Wenn ihr den Menschen nicht liebt, den ihr täglich seht, wie könnt ihr Gott lieben, den ihr nicht seht?“ Und an einer anderen Stelle erklärt er, daß nicht jene in sein Reich eingehen werden, die „Herr, Herr!“ sagen, sondern jene, die den Willen seines Vaters tun. Daß sich eine solche Glaubens-

überzeugung aber durchaus im Dienste von Menschen offenbart, darüber läßt er keinen Zweifel, wenn er sagt: „Ich war hungrig, und ihr habt mich gespeist; ich war durstig, und ihr habt mich getränkt; ich war nackt, und ihr habt mich bekleidet.“ Schon die früheren jüdischen Propheten verkündeten den Willen des Vaters: „Ich verachte eure Feste und eure Brandopfer sind mir ein Greuel. Hinweg mit dem Geplär eurer Lieder und des Rauschen eurer Harfen, kann ich nicht hören. Mäße vielmehr Recht sprudeln wie Wasser und Gerechtigkeit wie ein nieversiegender Quell. . . . Denn ich will mein Volk unschaffen zum Jubel und Frohlocken. . . . Und sie werden Häuser bauen und sie selber bewohnen. Sie sollen Felder bepflanzen und ihre Frucht selber essen. Sie sollen nicht bauen, daß ein anderer darin wohne. Sie sollen nicht pflanzen und ein anderer davon essen. . . . Gottesdienst darf niemals eine Sache neben oder gar ohne den Dienst an der Sache des Menschen werden. Mag darum einer wer weiß wie oft zu kirchlichen Gottesdiensten laufen, in seinem übrigen Leben aber jenen Dienst an der Sache des Menschen nicht kennen, er ist tatsächlich gottloser als einer, der das Bedürfnis empfindet, recht oft von sich zu erklären, daß er „gottlos“ sei, der aber den Dienst an der Sache des Menschen kennt.“

Nun aber lassen Sie mich ganz kurz noch einen Gedanken aussprechen, zum vollen Verständnis dessen, was religiöse Sozialisten als Religion leben wollen: Aus dem Boden des Reiches Gottes kommt die Brüderschaft und die Freiheit der Menschen zur Geltung, die Brüderschaft in der Freiheit und die Freiheit in der Brüderschaft. Von da aus geht eine grundsätzliche Ablehnung alles Kasten- und Klassenwesens, aller Kasten- und Klassenherrschaft, ein ständiger Ansporn zum grundlegen-

**) Meister Eckehardt.

*) Siehe Nummer 16 vom Oktober 1932.

dem je auf sich allein gestellt ist, bleibt somit nur der Weg des neuen Anfangs. Auf dessen geistige und methodische Voraussetzungen haben wir schon oft eingehend verwiesen: Auffassung des Sozialismus als Freiheitsordnung, demokratische und gesinnungsmäßige Aktionsmethoden, und nicht zuletzt eine konsequente Friedens- und Europapolitik. Es ist nicht Sache des demokratischen Sozialismus in Deutschland, der vom Nationalsozialismus hochgezüchteten antieuropäischen Stimmung in den Massen auch nur im leisesten entgegenzukommen, im Gegenteil: bei aller Bejahung der Pflege echten Volkstums ist es heute mehr denn je seine Aufgabe, gegenüber dem antieuropäischen Faschismus und herrschenden Militarismus einerseits und dem nicht minder antieuropäischen Bolschewismus andererseits zum Führer des europäischen Deutschland zu werden; auch die nach wie vor bestehende Aufgabe der Wiederherstellung der proletarischen Einheit kann nur unter der Losung der Wiedergewinnung der deutschen Arbeiterschaft für den europäischen Weg zum Sozialismus, der ein geeinigtes Europa voraussetzt, in Angriff genommen werden. — Ob aber die echten demokratisch-sozialistischen Kräfte Deutschlands auch innerhalb der heutigen Sozialdemokratie den die Sache rettenden Durchbruch zur neuen Aktion vollziehen können oder nicht, wird eine baldige Zukunft lehren. Wie dem auch sei: Die Sache der politischen und sozialen Volksherrschaft und des europäischen Neuaufbaues wird in Deutschland nur dann wieder ein massenwirksamer politischer Faktor werden, wenn sie sich ohne „wenn“ und „aber“ in Zielsetzung und Praxis zum Gedankens der Freiheit und des Friedens bekennet.

Die allgemeine Wehrpflicht wird eine aktuelle Gefahr!

Im Kampf für und wider die Forderung der deutschen Reaktion nach der sogenannten Rüstungsgleichheit ist eine entscheidende Wende eingetreten. Frankreich hat seinen bisherigen wehrpolitischen Standpunkt verlassen und als Grundlage für die „Abrüstung“ das Milizsystem vorgeschlagen. Das ist eine Anerkennung der deutschen Gleichberechtigungsforderung, und zwar durch Einräumung des Rechtes auf Aufrüstung. Das Herriot'stgleiche Auflösung der deutschen Reichswehr und Reglementierung der deutschen Polizei fördert, stört das militärische Deutschland keineswegs in seinen Plänen. Der „Ring“, das Organ des deutschen Herrenkönigs, findet, daß dies Forderungen wären, die „in der Natur der Sache liegen und die für uns erträglich wären, wenn sie von Herriot „Umhaas“ der Reichswehr genannt worden wären. Denn auf einen Umhaas der Reichswehr läßt

in der Sache sowohl der französische Vorschlag, wie die deutsche Forderung heraus, so daß uns jedenfalls im Grundsatz der Unterschied der Forderungen nicht mehr so groß zu sein scheint“. Das ist durchaus richtig, auch wenn gesagt wird, daß die Grundsätze, auf denen Herriots Vorschlag beruht, der im Wesentlichen auch die Zustimmung der französischen Sozialisten erfahren hat, den Thesen entsprechen, die die Regierung Papen aufgestellt hat. Dem Deutschland von heute ging es ja doch nur um die Freiheit zur Aufrüstung und die Beteuerungen des Abrüstungswillens waren nur das Opium, das auch die Pazifisten der westlichen Länder einschläfern sollte.

Durch Frankreichs Vorschlag wird die allgemeine Wehrpflicht, die systematische Hochzucht militärischen Ungeistes in den Völkern Mitteleuropas, eine aktuelle, nach der Lage der Dingeschichte unabwendbare Gefahr. In Oesterreich haben wir einen einmütigen, von allen Parteien des Parlaments gefaßten Beschluß, der die Regierung ermächtigt, beim Völkerbund und den Signatarmächten des Friedensvertrages um die Zustimmung zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht auf Grund des Milizsystems vorstellig zu werden. Als dieser Beschluß gefaßt wurde, wurde von sozialdemokratischer Seite auf Proteste erwidert, er hätte ja keine praktische Bedeutung, weil Frankreich und seine Bundesgenossen ihn nie zustimmen werden. Hätte sich die sozialdemokratische Fraktion damals von grundsätzlichen und nicht von opportunistischen Erwägungen leiten lassen, so hätte es niemals zu diesem einmütigen Beschluß kommen können, der nun den militärischen Plänen der österreichischen Reaktion Vorschub leistet.

Durch die militärischen Pläne der sich immer fester vereinigenden europäischen Reaktion wird überhaupt das bisherige wehrpolitische Programm und die wehrpolitische Ideologie der Sozialdemokratie in Frage gestellt. Zur Zeit Bebel's und Janes ist es sicherlich revolutionär gewesen, wenn diese die Miliz als ein „Instrument der Demokratie und des Friedens“ gefordert haben. Man denke sich nur diese Forderung im wilhelminischen Deutschland vorgetragen! Damals mag diese Forderung Abrüstung und Kampf gegen die Herrenkaste und ihre vornehmste Herrschersposition bedeutet haben. Aber heute im Papen-Deutschland, in den reaktionären Scheinrepubliken, heute sind solche Forderungen stockreaktionär, ihre Durchführung bedeutet Aufrüstung, Restaurierung der Herrscherspositionen der Herrenkusten, Auslieferung der Jugend an die Brutstätten undemokratischer Geistes, der schmerzerfüllte

Weg zum neuen Weltkrieg, dessen materielle und geistige Vorbereitung.

Dem Sozialismus von heute wird nicht mehr eine taktische, sondern nur mehr die grundsätzliche Entscheidung gegen jede Art Militarisation des Volkes gestattet sein. Er wird nicht sagen können: Dieser Regierung werde ich die Miliz und die Aufrüstung verweigern, aber einer anderen könnte ich sie eventuell bewilligen. Damit kommt er unter die Räder. Die Anderen werden dann immer stärker sein wie er, weil sie sich grundsätzlich zur Aufrüstung bekennen. Er wird grundsätzlich die vollständige Abrüstung verlangen müssen, weil sie eine der Voraussetzungen ist für die demokratische Wirksamkeit der Arbeiterbewegung.

Diejenigen aber, die schon heute zum konsequenten Kampf gegen die allgemeine Wehrpflicht fest entschlossen sind, werden gut tun, nichts von anderen zu erwarten und alles vom Grade der eigenen Bereitschaft zu Opfer und Einsatz.

Wie man braucht

„Quadragesimo anno“ erklärte bekanntlich, daß der Sozialismus als Lehre und Bewegung mit dem Katholizismus „immer unvereinbar“ bleibe, da er trotz Annäherung in einigen Belangen zu die christliche Soziallehre auf einer stigmatischen Weltanschauung fuße. Katholische Sozialisten werden darum „zur Rückkehr ins verlassene Vaterhaus“ aufgefordert; religiöser und christlicher Sozialismus sei „Widerspruch in sich“.

Nun erklärt der deutsche Zentrums-Sozialpolitiker Pieper (kath. Geistlicher) in seiner neuen, bischöflich approbierten Schrift „Neuordnung der menschlichen Gesellschaft“, die eine „Einführung in Quadragesimo anno“ darstellt, zu dieser Frage: „Ja, es ist unbestreitbar, daß viele sogenannte religiöse Sozialisten gerade aus religiösen Beweggründen zu ihren Forderungen gekommen sind. Aus der Enzyklika kann man, wenn nicht aus anderen Gründen eine Ablehnung notwendig ist, keinen anderen und keinen schwereren Einwand gegen sie heranziehen, als daß sie einen unangemessenen Namen führen; sie sind nicht wirkliche Sozialisten, nicht veri nominis socialistae.“ — Etwas abweichend von Pieper sagt der Jesuit P. Noppelt in den „Stimmen der Zeit“ (Dez. 1931, S. 161): „Der Sozialismus bleibt dennoch mit der Lehre der katholischen Kirche immer unvereinbar, solange er an seiner sozialistischen Gesellschaftsauffassung festhält. . . . Leider haben . . . Versuche, innerhalb der deutschen Sozialdemokratie für Katholiken Raum zu schaffen . . . sich an die Seite des religiösen Sozialismus abdrängen lassen, den die Enzyklika ausdrücklich als Widerspruch ablehnt.“

Sind wir nun „wirkliche Sozialisten“ oder nicht, ist unsere Sache ein „Widerspruch in sich“ oder nicht? Wir wollen uns darüber keine grauen Haare wachsen lassen, sondern weiter nicht nur für Katholiken, sondern für die Sache Christi in der Welt überhaupt „im Sozialismus Raum schaffen“; darum können wir es auch auf uns nehmen, daß man uns wegen einer Weltanschauung, die wir gar nicht haben, autoritativ verurteilt und im nachhinein dieses Urteil abzuschwächen, ja als unbedeutend hinzustellen sucht. Wie wenig geeignet als Grundlage zu einheitlicher sozialer Arbeit „Quadragesimo anno“ ist, hat der offizöse deutsche Interpret derselben, P. O. v. Nell-Breuning S. J. in den „Stimmen der Zeit“ (Okt. 1931) ungewollt zugestanden, als er von der päpstlichen Kritik am Faschismus sagte, diese stehe in der Enzyklika „weder in, noch zwischen den Zeilen, sondern, wenn dieser Ausdruck erlaubt ist, zwischen den Blattseiten! Aber gerade diese schweigende (!) Oegenüberstellung hat etwas geradezu Monumentales“. Nun, wie das gute Einvernehmen zwischen Mussolini und Vatikan zeigt, hat sie trotz aller Monumentalität dem Faschismus nicht sehr weh, die Art ihrer Abfassung „zwischen den Blattseiten“ hat ja sehr reale kirchenpolitische Gründe. Der Sozialkatholizismus aber, der sich auf so verschieden ausleg- und praktizierbare päpstliche Rundschreiben gründet, wird sehr bald daraufkommen, daß er mit solcher Zick-Zack-Politik schließlich — zwischen zwei Stühlen auf dem Erdboden landen wird.

Christlichsoziale Polemik gegen die religiös-sozialistische Arbeit

Die „Christlichsoziale Arbeiterzeitung“ muß ab und zu etwas gegen die Religiösen Sozialisten schreiben. Das gehört sozusagen zum Nachweis ihrer Existenzberechtigung. Ihre Leserschaft muß das Gefühl haben, daß sie auch vor jenen Sozialisten behütet wird, die sich ein „religiöses Mäntelchen umhängen“.

Diesmal, in der Nummer 43, wird aus einem Aufsatz des Genossen Pfarrer Piechowski zitiert, den dieser in der „Zeitschrift für Religion und Sozialismus“ veröffentlichte. Anläßlich der Auflösung der Gottlosenverbände wird darin geschuldet, welche Verfolgungen und Anfeindungen religiöse Sozialisten innerhalb der sozialistischen und vor allem der kommunistischen Organisationen infolge der durch jene Verbände systematisch betriebenen Verhetzung zu ertragen haben. So schreibt z. B. ein offizielles Organ der KPD, daß es von dem Arbeiter erwarte, „daß er zum Knüttel greift, wenn sich ihm ein Halunke unter der Maske eines religiösen Sozialisten naht“. Piechowski beschreibt freimütig und schonungslos auch die Zustände innerhalb der deutschen Sozialdemokratie und erklärt: „Ein Christ in der deutschen sozialistisch-kommunistischen Bewegung ist oft ein Märtyrer, der gleichsam Spielrutes laufen muß, dem bei allen möglichen parteioffiziellen Gelegenheiten Nachschübe versetzt werden, der angestraft verböhrt und als dann, als rückständig, als minderwertig hingestellt werden kann, der tausend Zurücksetzungen und Bedrückungen seelischer und materieller auch wirtschaftlicher Art sich gefallen lassen muß.“

Die „Christlichsoziale Arbeiterzeitung“, in deren Spalten man vergebens nach einem gleich freimütigen Wort schonungsloser Kritik an der praktischen Gottlosigkeit der christlichsozialen Politik suchen wird, nimmt von den Worten des Genossen Piechowski sowie, als sie braucht, um sich über die „Unduldsamkeit“ der Sozialdemokratie freuen zu können. Wenn sich „viele und immer mehr Menschen finden, die in solcher Anfeindungen und Unverständnis der Welt herrscht, auf sich kommen, die Boden durch die KPD und Wehrsportismus bezogenen Christen in erster Linie umstürzen. Das Reich geht, es muß das geben. Von dem Ernst Bekenntnis versteht aber die „Christlichsoziale Arbeiterzeitung“ nichts. Von Wucht der Worte „Christus und dem politischen Proletariat“ hat sie keinen Dunst, sonst könnte sie nicht die Probleme so demagogisch vereinfachen und dem Wirken anderer den religiösen Ernst absprechen, wie sie es diesmal wieder tut, und zwar in der Absicht, das bekannte Enzyklika-Wort „Es kann kein guter Katholik usw.“ auf ihre Weise zu interpretieren. Allerdings hat ihr diesmal der Druckfehlerteufel einen guten Streich gespielt. Sie schreibt nämlich: „Es ist unmöglich, gleichzeitig guter Katholik und ein wirklicher Christ (!) zu sein.“ Wollten wir im auch nur annähernd gleichen Gebiete polemisieren, so könnten wir sagen: Was jene „guten Katholiken“ anbelangt, die so stempellos drauf los argumentieren, so hat diesmal der boshafte Druckfehlerteufel — wie übrigens der Teufel des öfteren — ungewollt der Wahrheit dienen müssen.

Aus der Bewegung

Berichte mußten wegen Raumangel zurückgestellt werden.

Nächste zentrale Veranstaltungen: 2. November: Adventsfeier, 4. Dezember: Sonntagsfeier, 17. Dezember: Weihnachtsfeier.

Vortragsabende: 20. November, 6. und 20. Dezember.

Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, sich diese Tage freizuhalten. Die näheren Daten werden in separaten Einladungen und in der Tagespresse bekanntgegeben.

Pflichtversammlung der Wiener Vertrauenspersonen am Mittwoch den 15. November, halb 8 Uhr abends, Werdertorgasse 6. Tagesordnung: Tätigkeitsbericht, der Parteitag, nächste Aktionen.

den, revolutionären Wandel solcher Verhältnisse. Die echte christliche Auffassung von der Würde und der Freiheit des Menschen fordert seine Herrschaft über die Sachwelt, über die Güter der Welt und ist eine radikale Abgabe an wirtschaftliche und soziale Einrichtungen und Ordnungen, die so eingerichtet und gestaltet sind, daß der Besitz von irgendwelchen Gütern zugleich Herrschaftsrechte über die Mehrheit der Menschen eines Landes, eines Staates oder gar eines Erdteiles mit sich bringt. Denn der Gedanke an die Brüderlichkeit und Freiheit des Menschen ist echtem christlichen Glauben nicht etwas, was im Gefühl und Denken stecken zu bleiben hätte, sondern auch das soll in den Formen und Ordnungen der Welt in Fleisch und Blut übergehen.

Ich hoffe, Ihnen nun ein möglichst anschauliches Bild dessen gegeben zu haben, was wir religiöse Sozialisten als Religion, als Glaube, als Christentum erleben oder ehrlicher Weise erleben wollen. Sie werden daraus erkennen haben, daß dies nichts zu tun hat mit Welt-erne, Weltabgewandtheit, mit einem Einschleiferungs- und Betäubungsmittel, mit politischer Reaktion, sondern sehr wohl die Revolutionierung des Bewußtseins und des Willens jenes Menschen darstellt, der davon ergriffen ist und damit auch eine ständige Revolution der Welt bedeutet. Sie brauchen nicht nur an das Wort Lassalles zu denken, nach dem „die Bedeutung des Wortes Revolution keine andere ist als die, daß ein neues Prinzip an die Stelle des bestehenden Zustandes gesetzt wird“.

Den geschichtlichen Kampf der sozialistischen Bewegung gegen das traditionelle Christentum und Kirchenamt vermögen wir religiöse Sozialisten zu verstehen und richtig einzuschätzen. Sie mußte dagegen ankämpfen, schon einmal deswegen, weil zur Zeit ihres Ent-

stehens das traditionelle Christentum den Dienst an der Sache des Menschen insoweit vergessen hatte, als es gegenüber den leiblichen und seelischen Nöten des damals unterliegenden Proletariates versagte. Ich habe vorhin gesagt, daß das Leben und jene Wahrheit, die wir Reich Gottes nennen wollen, immer auch ein Gericht über das Christentum bedeute. Der Sozialismus war als ein solches Gericht über das Christentum in die Welt gekommen. Er hatte auf sich genommen, was diese Art Christentum nicht tat: den Dienst an der Sache des Menschen. Auch Ihr Bekenntnis zum Sozialismus — soweit es mehr ist als das Verlangen, die eigenen materiellen Interessen richtig vertreten zu wissen — beruht in der Regel nicht auf Erkenntnissen exakter Wissenschaft — hiezu verweigerte Ihnen gerade der Kapitalismus die Bildungsmöglichkeiten —, sondern auf einem Glauben an die Berufung des Sozialismus zum Dienst an der Sache des Menschen, auch wenn Sie diese Überzeugung anders benennen.

Jener Sozialismus war eine Mahnung und eine Forderung an das Christentum, ein unlichamer Mahner und ein ungestümer und dringender Förderer. Da das Christentum sich in der Hauptsache für beides unzugänglich erwies und es ihm außerdem in dem Kirchenbun auf der sozialen Ebene als Gegner entgegenkam, mußte er es als eine nur überwindenswerte Angelegenheit auffassen. So begrifflich wir also seine Gegnerschaft gegen jene Art des Christentums finden, so unbegrifflich erschien es uns, wollte er eine Mitarbeit an dem Aufbau der sozialistischen Ordnung aus den Kräften jener Tatsachen und Erlebnisse, die ich heute Reich Gottes genannt habe, verwehren. Zum Gegenteil: Er mußte und kann Kräfte, die von dorthin kommen, als seine Sache fördernde Bundesgenossen begrüßen. (Fortsetzung folgt.)

V. b. b. Zeitung vom Herausgeber aufgegeben. Journal expédié par l'éditeur.

Frau Irene Grant
17. Rosenackerg. 70

D. 37-10

Preis im Einzelverkauf: an Wochenlagen 20 Groschen an Sonn- u. Feiertagen 30 Groschen

Bezugspreis für die Bundesländer: Monatlich ... 3 50 für das Ausland: ... 4 50

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 1 Uhr mittags

Schriftleitung Verwaltung: Rederei u. Verlags: V. Heigl Wienzeile 97

Telephon: 29-5-10 Exter ... Anzeigenannahme: „Aurella“

Bezugsbedingungen für Wien: In allen Verlagsstellen u. ... Monatlich ... 3 50

Nr. 31

Wien, Dienstag, 31. Jänner 1933

46. Jahrgang

Regierung Hitler

Nazi und seine Leute in einem Kabinett

Berlin, 30. Jänner. (E. R. G.) Der Reichspräsident empfing heute vormittag Adolf Hitler sowie den früheren Reichskanzler v. Papen zu einer längeren Besprechung.

Der Reichspräsident hat Hitler zum Reichskanzler ernannt und auf dessen Vorschlag die Reichsregierung wie folgt neu gebildet:

Reichskanzler a. D. v. Papen wurde zum Stellvertreter des Reichskanzlers und zum Reichskommissar für Preußen ernannt. Reichsminister v. Neurath wird Reichsaussenminister.

Staatsminister a. D. Dr. Frick Reichsinnenminister. Generalleutnant v. Blomberg Reichswehrminister.

Graf Schwerin v. Krosigk Reichsfinanzminister. Geheimrat Dr. v. Brüning Reichswirtschaftsminister und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

Reichsminister ohne Reichsaussenminister. Reichsminister ohne Reichsaussenminister. Reichsminister ohne Reichsaussenminister. Reichsminister ohne Reichsaussenminister.

Der Reichskommissar für Kreditbeschaffung Dr. Gerdock wurde in seinem Amte bestätigt.

Das Amt des Reichsjustizministers und die Ämter der selbstbestehenden preussischen Staatskommissare, mit Ausnahme eines für das Innenministerium, wurden zunächst noch offengelassen, um auch dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei Möglichkeiten einer Beteiligung zu geben.

Das Zentrum wird tolerieren.

Berlin, 30. Jänner. Im Auftrag Hitlers haben Frick und Brüning den Zentrumsführer Beckenhaus zu einer Besprechung eingeladen, die morgen in der Reichstagskammer stattfinden soll. Ein Angebot an das Zentrum, sich an der neuen Regierung durch Übernahme des Justizministeriums zu beteiligen, ist bisher von seiner Seite gemacht worden und dürfte nach dem Verlauf der Besprechung, die heute einzelne Minister mit Zentrumsoberbauräten hatten, auch morgen faun gemacht werden. Jedenfalls rechnet das Zentrum nicht mit einem solchen Angebot und würde es wahrscheinlich auch ablehnen.

Das Zentrum wird seine Haltung offiziell erst nach der Abgabe der Regierungserklärung im Reichstag bekanntgeben. Es neigt aber in seiner Mehrheit dazu, Hitler die Chance zu geben, indem es sich bei der Abstimmung über die Ministeranträge der Stimme enthalten wird.

Die Bayerische Volkspartei wird nicht tolerieren.

Eine parteioffizielle Erklärung der Bayerischen Volkspartei besagt, daß diese Partei für die Tolerierung der jetzt gebildeten Reichsregierung nicht zu haben sei, daß sie frei sein wolle von jeder Teilhabe an dem, was jetzt als Führer der Nation antritt.

Es folgt dann ein scharfer Angriff gegen Hindenburg. Es sei überaus peinlich an dieser Stelle zu betonen, daß nunmehr die Macht des Reichspräsidenten von einer Parteiemann reinen Wasser in Anspruch genommen wurde.

Genossen und Genossinnen!

Hitler und Papen, der Führer der deutschen Faschisten und der Vertrauensmann der preussischen Junker, haben gemeinsam eine Regierung gebildet.

Ein Jahr lang haben die beiden Fraktionen der deutschen Reaktion miteinander um die Macht gekämpft: der Herrenklub und die Finkenkreuzler, die „feinen Leute“ und die Faschisten, die Aristokraten und die Brandhändler.

Aber schon am Anfang dieses Kampfes im Lager der Reaktion hat der alte Hindenburg-Januschka, der Führer der abeligen Junker, die Parole ausgegeben: man müsse Hitler zuerst entkaufen, dann werde man sich seiner bedienen können.

Das ist den Junkern gelungen. Jetzt finden sie Hitler entkaufte Parole, nur unter seinem Namen ihre Regierung zu bilden.

Der wenige Wochen nach im letzten Reichstagswahlkampf, hat Hitler den „feinen Leuten“, den adeligen Herren zum Herrenklub, der Regierung der Barone und ihrem Führer, dem Herrn v. Papen, hat er den Deutschnationalen, der Partei des großen Kapitals und großen Grundbesitzes, der Partei der monarchistischen Restauration und ihrem Führer, dem Herrn Brüning, den Krieg angelegt. Jetzt ist er, um nur Reichskanzler zu werden, mit den „feinen Leuten“ in die Laube gegangen!

Mit dem Herrn v. Papen, dem „Herrenklub“, dem Mann der Notverordnungen gegen die Löhne, gegen die Kollektivverträge, gegen die sozialen Rechte der deutschen Arbeiter, mit Herrn Brüning, dem Vorkämpfer der Schwerindustrie, mit Herrn Frick, dem Führer des „Stahlhelms“, der Wehrorganisten der deutschen Reaktion, mit Aristokraten, wie dem Herrn v. Neurath und dem

Grafen Schwerin-Krosigk, hat Hitler eine Reichsregierung gebildet!

Der Reichslandbund, die Organisation der ostbayerischen Großgrundbesitzer, hat die Einsetzung dieser Regierung auf den Hintertreppen des Reichspräsidentenpalais durchgesetzt!

Es ist eine Regierung der „feinen Leute“ unter dem Namen des Führers der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei!

Die Masse ist gelästet. Hitler ist entlarvt als der Bundesgenosse der Schwerindustriellen und der Aristokraten, als der Schrittmacher der Leute, deren Ziel die Wiederherstellung der Monarchie der Hohenzollern, die Abschaffung der Kollektivverträge, die Wiedereinführung der Zwangsarbeit unter militärischem Kommando ist.

Die deutsche Arbeiterklasse steht vor Entscheidungskämpfen um Freiheit und Brot. Mit unseren heißesten Wünschen, zu tatkräftigster Solidarität bereit, stehen wir an der Seite unserer deutschen Brüder.

Ihr, Genossen und Genossinnen in Deutschösterreich, werdet jetzt doppelt wachsam sein! Wir werden in unserem Lande die Agenten des deutschen Faschismus nicht frech werden lassen.

Wir stehen im Kampfe um großzügige Arbeitsbeschaffung. Es gilt, den Kampf um Arbeit für die Arbeitslosen zu verknüpfen mit dem Kampf gegen den Faschismus!

Heraus mit großzügiger Arbeitsbeschaffung!

Nieder mit dem Faschismus!

Freiheit!

Der Parteivorstand der Deutschösterreichischen Sozialdemokratie.

Nieder mit dem Faschismus! Heraus mit der Arbeitsbeschaffung!

Mit dieser Tagesordnung finden folgende Versammlungen statt:

Heute Dienstag:

Leopoldsdorf, Brater, Saal „um stillen Rechen“, Redner: Hermann Fischer und Paul Speiser.

Jacobitz, Arbeiterheim, Wagenburger Straße Nr. 8, Redner: Otto Bauer und Johann Bötzler, Beginn 18 Uhr. — Volkshaus, Raasdorfer Straße Nr. 166, Laaser Berg, Redner: Robert Danneberg und Anton Bötzler.

Diezing, Ludwigshof, Breitenhofer Straße Nr. 8, Redner: Julius Deutsch und Karl Weigel.

Gerats, Kleins Saal, Gernasser Hauptstraße Nr. 6, Redner: Karl Dentler und Felix Kany.

Morgen Mittwoch:

Landstraße, Brater, Hauptstraße Nr. 17, Redner: Otto Bauer.

Alfergrund, Kleins Saal, Ruffdorfer Straße, Redner: Otto Glöckel und Julius Deutsch.

Stimmering, Brudhaus, Hauptstraße, Redner: Paul Speiser und Oskar Selmer.

Reidling, Weins Anwesen, Schönbrunner Straße, Redner: Julius Deutsch und Karl Heinz.

Floridsdorf, Arbeiterheim, Angererstraße, Redner: Karl Seig.

Wiener-Neustadt, Brudhaus, Redner: Karl Renner.

Donnerstag:

Ötzing, Arbeiterheim, Redner: Karl Renner und Albert Sey, Beginn 18.30 Uhr.

Beginn aller Versammlungen (so nicht anders angegeben): 18.30 Uhr.

Hitler - Reichskanzler.

Die beiden Fraktionen der deutschen Reaktion haben sich geeinigt. Seit einem Jahr, seitdem der Vorstoß des Finkenkreuzfaschismus die Demokratie in Deutschland erschüttert, das Parlament lahmgelegt, die Republik der Reaktion ausgeliefert hatte, ging der Kampf darum, welche Gruppe der Gegenrevolution die Herrschaft an sich reißen sollte. Die alten Herrenklasse, Generale, und Großgrundbesitzer, Barone und Schwerindustrielle, die den Faschismus losgelassen hatten, damit er ihnen die Demokratie auf dem Wege räume, verhielten sich zunächst der Reize. Monatelang haben sie in Deutschland regiert. Aber diese Regierungen der Schlot- und Krautbarone, innerlich unruhig, von dem unlöslichen Interessengegensatz zwischen Agrariern und Industriellen zerrissen, von den Intrigen der Bürokratie, der Soldatendiplomaten und Herrenklubpolitikern bedroht, vermochten sich nicht zu behaupten. Nun haben sie Hilfe bei den Finkenkreuzlern, Feudalismus und Faschismus geben zusammen ins Kabinett.

Diese neue Regierung ist das Ergebnis des abendlichsten Kuhhandels, der in Familien Kreisläufen, die zu einem Wechselbald von Ministerium herabgedrückt haben, damals unter der Herrschaft des nichtregierenden Parlamentarismus, damals

zwischen den Parteien hat es ein blühendes Bild schamloser Schöpfung und erbärmlichen Schachern gegeben, wie die geheimen Verhandlungen der letzten Wochen, die nunmehr — endlich — Herrn Hitler an das ersehnte Ziel, auf den Reichskanzlerstuhl der deutschen Republik gebracht haben.

Ja, er hat's erreicht! Ja, da hat er nun, der „Führer“ des deutschen Faschismus, auf dem Platz des deutschen Ministerpräsidenten und soll das deutsche Volk aus Not und Armut führen. Aber in welchem Zustand ist Herr Hitler ins Reichskanzlerpalais eingezogen! Nicht an der Spitze herrschaft stützender Brandhändler, nicht als Führer einer faschistischen „Revolution“, sondern als Kanzler des Kuhhandels, als Chef einer Koalitionssfirma, als Partner eines kläglichen Kompromisses mit seinen bisherigen Gegnern. Was hat Herr Hitler über die „feinen Herren“ vom Herrenklub gekniffelt und gewettert — jetzt sind sie seine Ministerkollegen! Was hat er an den Herrn v. Papen für wort- und giftige Kollaboration offene Briefe geschrieben — jetzt ist er, nach der Verhöhnung im Salon eines jüdischen Panthons, kein Reichskanzler! Inwiefern hat Hitler von Hindenburg die Übergabe der Regierung verlangt; gewinnlos wurde er hinausgeworfen — wie ein unheilvoller Gaukler stand er zum drittenmal vor der Tür, und endlich, endlich ist es ihm gelungen, sich in die feine Gesellschaft hinein-zudrücken! Wie haben die Nazi getobt, als man ihnen vorhielt, daß es ohne Hitler niemals einen Papen, ohne die Kolonialdienste dieser faschistischen Kollaboranten der Reaktion niemals eine Junkerregierung gegeben hätte! Wie haben sie jede Beziehung zu den Baronen abgelehnt — und heute sitzen sie, Nazi und Barone vereint, gemeinsam an der Spitze!

Das heißt: die Junker, die monarchistischen Adeligen bleiben an der Macht. Sie haben ihre Hilfskräften, die Deutschnationalen und die Stahlhelmsleute, mit in die Regierung genommen, um die Vorbereitungen zur Wiederkehr der Hohenzollern besser betreiben zu können. Und sie haben schließlich auch Herrn Hitler eingeladen, am Tisch der feinen Leute Platz zu nehmen. Da jetzt der sie als Kuzen einer Aristokratengeneration, als Schlichter der Hohenzollern — die nationalsozialistische deutsche „Arbeiterpartei“!

Und sie haben sich ordentlich geteilt. Der Faschist Hitler Reichskanzler, der Junger v. Papen Vizekanzler und Reichsminister für Preußen; der Faschist Reich Innenminister, der Junger v. Neurath Reichsminister; der Faschist Göring Reichsminister für Preußen; der Junger v. Schöberl Reichsminister für Finanzen; der deutschnationale Großindustriell Eugenberg Reichsminister für Landwirtschaft; der Stahlhelmführer Seide Reichsminister; dazu noch ein deutschnationaler Beamter, ein Junger und ein General. Man sieht: alles, was in der deutschen Reaktion Rang und Namen hat, ist in dieser Regierung vertreten. Man sieht: es ist eine Regierung des Kampfes gegen das Volk und des Raubes an der deutschen Republik.

Diese Regierung, die sich auf die Nazi und die Deutschnationalen stützt, hat im Reichstag keine Mehrheit. Sie kann mit dem Reichstag nur regieren, wenn sich das Zentrum bereitzubietet, sie zu tolerieren. Deswegen verhandelt Hitler mit dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei; und, wie es scheint, nicht ohne Aussicht auf Erfolg. Trotzdem ist, solange das Zentrum nicht selbst an der Regierung beteiligt ist, die Zukunft dieser Regierung noch keineswegs gesichert. Und selbst wenn das Zentrum mit in die Hände geht, ist die Stellung dieser Regierung gegenüber den ungeheuren Schwierigkeiten des Staates und der Wirtschaft, gegenüber den drohenden wirtschaftlichen Gefahren und den drohenden außenpolitischen Konflikten keineswegs gesichert. Heute ist die Nazi in der Regierung — aber morgen werden sie zu zeigen haben, was sie können. Heute mag Hitler triumphieren; aber morgen beginnt nach dem Triumph des Wirtschaften und — des Wirtschaftlichen.

Niemand kann heute sagen, welches Schicksal diese Regierung haben wird. Aber jeder kann aus der Zusammensetzung dieser Regierung ablesen, welches Programm sie hat. Man weiß nicht, wie es in Deutschland werden wird; wohl aber weiß man, was die Herren Hitler und Papen mit Deutschland machen wollen. Ein Faschist als Reichskanzler, ein zweiter als Reichsinnenminister, ein dritter als Reichsminister für Finanzen; das bedeutet die Auslieferung des Wirtschaftsapparates des Staates, vor allen der Polizei, in die Hände des Faschismus. In der Reichsregierung ist die Nazi in der Hand, die die Wirtschaft in die Hände der Wirtschaftlichen einzuwickeln. Der Hitler kann die Nazi nicht mehr begreifen; also fall das deutsche Volk die Kosten übernehmen... Ein Junger als Vizekanzler, ein zweiter als Außenminister, ein General im Reichswehrministerium; das bedeutet die Fortsetzung der Politik des außenpolitischen Aufbaus und der militärischen Aufrüstung. Der deutschnationale Parteiführer als Wirtschaftsminister und Landwirtschaftsminister; das bedeutet die Auslieferung der deutschen Wirtschaft an die Wirtschaftlichen, aber gegen die deutschen Arbeiter und Angestellten vereinigen Interessen des Großkapitals und des Großgrundbesitzes. Der Stahlhelmführer als Arbeitsminister endlich; das bedeutet — damit der Stahlhelm hinter der braunen Nazi an der Spitze nicht zurückbleibe — die Unterwerfung des deutschen Arbeitsrechtes unter das Diktat der konservativen Reaktion, die Militarisierung und Faschisierung der deutschen Arbeitslosen im Wege der Arbeitsdienstschaft!

Darum bedeutet die Regierung Hitler-Papen-Eugenberg den Angriff der Reaktion auf allen Linien. Darum bedeutet sie die schwerste und unmittelbarste Herausforderung der deutschen Arbeiterklasse zum Kampf auf der ganzen Front.

In diesem historischen Augenblick ist auf die Schultern der deutschen Arbeiterklasse die größte Last, die schwerste Verantwortung gelegt. Sie wird die Herausforderung annehmen müssen, ohne sich durch die Empörung des Augenblickes in ausfälsche und darum verhängnisvolle Kämpfe locken zu lassen. Sie wird den Kampf auf der ganzen Linie aufnehmen müssen. Sie wird ihn zu führen haben mit allen Mitteln; mit parlamentarischen und mit außerparlamentarischen.

In diesem Kampf, der die großen Organisationen der deutschen Arbeiterklasse unangefastet, in achtunggebietender Stärke vorfindet, wird manche Schwärze der jüngsten Vergangenheit ausgemerzt, mancher Fehler der letzten Jahre vergeben werden können. In diesem Kampf wird auch mancher Untergrund und mancher Streik, der die Spaltung der deutschen Arbeiter in der Vergangenheit verheißt hat, an unmittelbarer Bedeutung verlieren. Gegenüber dem großen Einzug dieses Kampfes, der um die wirtschaftliche Macht und die politische Freiheit, der um den

Volk und das neue Leben der deutschen Arbeiter geht, scheidet die Bedeutung der Ereignisse in ihren eigenen Reihen. Voran können die deutschen Kommunisten in die Lage kommen, für den Bestand und den Einfluß der von ihnen so gebildeten „reformistischen“ Gewerkschaften kämpfen zu müssen; morgen können die sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gezwungen sein, die Organisationsfreiheit des deutschen Proletariats gegen ein Verbot der kommunistischen Partei zu verteidigen. Gegen die Regierung der vereinigten Reaktion, gegen das Bündnis der Reaktion

mit den Faschisten kämpft die deutsche Arbeiterklasse um Brot und Freiheit, um die Reste der Republik von heute und um die Möglichkeit der Revolution von morgen.

Hitler — Reichskanzler; das ist ein Alarm signal, das den letzten deutschen Arbeiter aufzurufen muß. Hitler — Reichskanzler; das ist ein Flammensignal, das weithin in der ganzen Welt die Entscheidungsschlacht in Mitteleuropa ankündigt. Die heißesten Wünsche, die treueste Solidarität, die kampfbereiteste Hilfsbereitschaft der Proletarier aller Länder sind mit den deutschen Arbeitern in diesem Kampf.

Verteidigung mit allen Mitteln!

Ein Aufruf der deutschen Partei

(Bericht der Arbeiter-Zeitung)

Berlin, 30. Jänner. Der sozialdemokratische Parteivorstand und die Reichstagsfraktion haben folgenden gemeinsamen Aufruf erlassen:

Republikaner! Im Kabinett Hitler-Papen-Eugenberg ist die Dreydurger Front wieder aufgefunden. Die Feinde der Arbeiterklasse, die einander bis vor wenigen Tagen auf das befehlige bedeckten, haben sich zusammengeschlossen zum gemeinsamen Kampf gegen die Arbeiterklasse, zu einer rechtswidrigen, gewalttätigen und gewerkschaftlichen Konzentration.

Die Stunde fordert die Einigung des ganzen arbeitenden Volkes zum Kampf gegen die vereinigten Gegner. Sie fordert Vereinfachung zum Einsatz der letzten und äußersten Kräfte. Wir führen unseren Kampf auf dem Boden der Verfassung, in der die politischen und sozialen Rechte des Volkes verankert sind. Wir werden sie gegen jeden Angriff mit allen Mitteln verteidigen. Jeder Versuch der Regierung, ihrer Macht gegen die Verfassung anzuwenden oder zu behaupten, wird auf den äußersten Widerstand der Arbeiterklasse und aller treueidlich gesinnten Volksgenossen stoßen. In diesen entscheidenden Kampf sind alle Kräfte herbeizurufen. Hindernisse, Vorurteile, Meinungsverschiedenheiten oder Gruppen auf eigene Faust würde der gesamten Arbeiterklasse zum größten Schaden gereichen. Darum her zur Eisernen Front! Ihren Parteilich ist Folge zu leisten. Kaltblütigkeit, Unerschrockenheit, Disziplin, Einigkeit und nochmals Einigkeit sind das Gebot der Stunde.

Mißtrauensanträge der Sozialdemokraten und der Kommunisten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, sofort einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Hitler einzubringen. Der Parteiausschuß ist für Dienstag nach Berlin berufen worden. Die Kommunisten haben ebenfalls einen Mißtrauensantrag eingebracht.

Aufrufe zum Generalkstreik.

Die kommunistische Partei hat zur Regierung Hitler noch nicht offiziell Stellung genommen. Die kommunistische „Welt am Abend“ registriert nur ihre Bildung. In einigen süddeutschen Städten, vor allem in Württemberg, werden nicht untergeordnete, offenbar kommunistische Aufrufe zum Generalkstreik verbreitet.

Uebereinstimmung, aber worüber?

Berlin, 30. Jänner. (Wolff.) Das neue Reichskabinett ist heute nachmittag zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten, in der Reichskanzler Hitler auf die Bedeutung des heutigen Tages hinwies, an welchem die Einigung der nationalen Kräfte Deutschlands durch die Bildung eines Kabinetts der nationalen Konzentration erreicht worden sei. Die Politik des Kabinetts dürfe den Ausdruck des Glaubens und Vertrauens, der heute im deutschen Volk spontan zum Ausdruck gekommen sei, nicht enttäuschen. Der Reichskanzler gab dann einen Überblick über die Grundzüge, nach denen er seine Politik zu führen gedenke, und über das Verhalten, das gegenüber dem Reichstag angedacht werden soll.

Eine allgemeine Aussprache ergab eine völlige Uebereinstimmung der Ansichten.

Die ersten Ernennungen.

Wie mitgeteilt wird, ist der Ministerialrat im Reichsministerium des Innern Dr.

Lammers zum Staatssekretär der Reichskanzlei und der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Funtl der Wirtschaftsberater der NSDAP, zum Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung ernannt worden.

Fried beschwichtigt die Presse.

Bei einem Empfang der Berliner Journalisten der Presse betonte Reichsminister Dr. Fried, daß er es gewisse sei, der von Schleicher verlangt habe, daß die die Presse knebelnden Bestimmungen aufgehoben werden. Er fügte den Wunsch hinzu, daß die Presse keine Veranlassung gebe, diese Bestimmungen wieder aufleben zu lassen. Die Reichsregierung lege Wert auf freie Meinungsäußerung und wünsche nicht, mit den Methoden des Artikels 48 zu regieren. Wenn allerdings durch Landratsnachrichten und andere Ausschreitungen eine Verunreinigung der öffentlichen Meinung herbeigeführt werde, dann müßte auch von der Regierung auf Mittel geachtet werden, um solchen Unheilsständen abzuwehren.

Keine Eingliederung der SA.

Auf eine Frage, ob bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung auch die Eingliederung der SA in den Staat wünschenswert sei, antwortete Minister Dr. Fried: „Mit keinem Wort.“

Kein Verbot der SPD.

Auf die weitere Frage, ob ein Verbot der kommunistischen Partei in Aussicht genommen sei, sagte Minister Dr. Fried: „Das Kabinett hat ausdrücklich gegen solche Verbote Stellung genommen.“ Ferner sei nicht beabsichtigt, die Verfassungsreformpläne aus der Zeit des Kabinetts v. Papen wieder aufzunehmen. Auf weitere Fragen erklärte Minister Fried, daß die Verhandlungen mit dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei erst am Dienstag stattfinden würden.

Ferner wurde gefragt, ob schon festgestellt sei, was geschehen werde, wenn die Regierung im Reichstag ein Mißtrauensvotum erhalte. Darauf erwiderte Minister Fried, die Frage sei erklärt. Allerdings bestehe kein Anlaß, schon jetzt mitzuteilen, in welchem Sinne.

Kein Staatsnotstand.

Schließlich antwortete er noch auf eine letzte Frage, daß die Verfassung von der Reichsregierung eingehalten werde, und zwar ohne Erklärung des Staatsnotstandes.

Anschließend empfingen der Reichsinnenminister Dr. Fried und der neue Reichspressesekretär Ministerialdirektor Funtl die Vertreter der ausländischen Presse, um diese zu begrüßen und den Wunsch nach der Vermittlung alarmierender Nachrichten mit der Erklärung zu verbinden, daß die neue Regierung nicht beabsichtige, die gewonnenen Rechte zu irgendwelchen Wirtschafts- oder Währungs-experimenten zu benutzen.

Der sozialdemokratische Pressedienst schreibt zu den Erklärungen Frieds:

Nach außen gibt sich die neue Reichsregierung höchst versöhnlich. Die Herren führten die Folgen eines Verfassungsbruchs. Sie worten aber nur auf die Gelegenheit, um die Verfassung zu zerschlagen. Wir werden ihnen diesen Vorwand nicht geben. Es ist die Pflicht der gesamten Arbeiterbewegung, ein äußerster Wah von Disziplin und Kampfgeist zu sammeln für den Fall, daß diese Regierung die Verfassung zu brechen versucht.



**Jetzt erst recht!
Zeigt die
Drei Pfeile!**

Der Reichstag trifft spätestens nächsten Dienstag zusammen.

Der Reichsrat des Reichstages beriet heute nachmittag über die Einberufung des Reichstages. Zentrum und Bayerische Volkspartei beantragten, die Sitzung hinauszuschieben, damit das Kabinett Hitler sein Regierungsprogramm in größerer Ruhe vorbereiten und die Parteien ihre Stellungnahme zu den politischen Fragen revidieren können. Die Sozialdemokraten und die Kommunisten verlangten, daß der Reichstag, wie ursprünglich bestimmt war, morgen zusammenstehe. Es wurde beschlossen, daß der Reichstag spätestens am Dienstag nächster Woche zusammensteht. Die endgültige Festsetzung des Termins erfolgt im Einvernehmen mit der Regierung und hängt davon ab, wann die Regierung ihre Erklärung vor dem Reichstag abgeben will.

Die SA beginnt zu erzögieren.

Berlin, 30. Jänner. Heute abend veranfaßten die SA und der Stahlhelm einen Fackelzug zu Ehren der Regierung Hitler. Er verlief, abgesehen von kleinen Zwischenfällen, in Ordnung. Dagegen haben die SA bereits in einigen anderen Städten den Sieg Hitler durch Ausschreitungen gefeiert. In Breslau haben sie einige Reichsbannerleute überfallen und schwer verletzt.

Wilhelm macht sich reisefertig?

Amsterdam, 30. Jänner. Das sozialdemokratische „Het Volk“ erzählt, daß der Erbkaiser Wilhelm dieser Tage eine neue Mercedeswagen angekauft hat. Am 20. Jänner ist der Prinzregent der Niederlande mit dem hierer Wagen der kaiserlichen Wende entbeilt, nach Deutschland gefahren.

Neunte holländischen Schiffe.

Amsterdam, 30. Jänner. (Neuter.) Im Kriegsministerium in Niederländisch-Java weigert sich heute früh die europäischen Korvete und Matrosen dreier Kriegsschiffe, zum Worgenanpell anzutreten.

Auch die eingebornen Matrosen zeigten Neigung, sich ihnen anzuschließen, konnten aber infolge der energischen Haltung der Offiziere von diesem Vorhaben abgehalten werden. Hierzu Wäbelsführer wurden verhaftet und abtransportiert. Abteilungen des Landwehres wurden zur Durchsetzung der Disziplin herbeigeholt. Die Kriegsschiffe sind weiterhin programmäßig zu der vorzubehenden Infraktionsfahrt ausgelassen. Die Behoriamüberwachung dürfte wahrscheinlich auf die neueingeführte Abergung der Befolgung zurückzuführen sein.

Kurzer Wirtschaftsbericht

Die einzige Flachspinnerei Oesterreichs wird stillgelegt?

Donnerstag sprachen die Abgeordneten Baumgärtel und Bräuhirt beim Handelsminister vor und machten ihn darauf aufmerksam, daß die Gefahr bestehe, daß die Lambacher Flachspinnerei geschlossen wird. Lambach sei die einzige Flachspinnerei Oesterreichs und beschäftige derzeit 450 Arbeiter und Angestellte. In dem Ort gebe es schon 300 Arbeitslose, wenn die Fabrik stillgelegt würde, würde überhaupt der größte Teil der Bevölkerung arbeitslos. Inzwischen ist die Belegschaft der Lambacher Flachspinnerei gekündigt worden.

Der Rückgang der Einnahmen der Bundesbahnen.

Im Dezember 1932 waren die Betriebseinnahmen der Bundesbahnen um 16,3 Prozent geringer als im Dezember 1931. Der Rückgang betrug beim Personenverkehr 17,3 und beim Güterverkehr 12,7 Prozent. Für den November 1932 liegen manche der wichtigsten Daten über Einnahmen und Ausgaben vor: Die gesamten Betriebseinnahmen waren um 1,1 Prozent geringer als im November 1931, die Summe der Betriebseinnahmen blieb um 1,7 Prozent gegen 1931 zurück. Die Summe der Betriebsausgaben war um 1,7 Prozent geringer als 1931.

Sonderausgabe

MENSCHHEITS KÄMPFER



SOZIALISTISCHES MONATSBLETT

Herausgegeben von den religiösen Sozialisten Oesterreichs

Menschenkämpfer, jetzt
und immer
Jetzt und immer Menschenbrüder,
Jetzt und immer treue Hüter,
Unserer Sonne, unser Rechte!
Frei die Stirnen,
Frei die Knechte!
Großer Tag der Menschheit loht.
Schönbrunn

Einzelnummer: 30 Groschen, Halbjahresbezugspreis: S 1.80 für Österreich, RM 1.80 für das Ausland. — Österreichisches Postcheckkonto: D50.927. — Erscheint am 5. jeden Monats. Anzeigen-Aufnahme durch die Verwaltung.

Wien, November 1932
6. Jahr, Nr. 17

Redaktion und Verwaltung: Wien, I., Werderergasse 6/III. Herausgeber, Verleger, Eigentümer und verantwortlicher Schriftleiter: Otto Bauer, Redakteur, Wien, XIII., Zinnerstraße 22. — Druck: „Adria“, Wien, II., Taborstraße 52b.

Faschismus, Demokratie, Sozialismus

Die Methoden sozialistischer Zielstrebigkeit — Der dritte Weg Ein Beitrag zur Diskussion des diesjährigen sozialdemokratischen Parteitages

Im Mittelpunkt des diesjährigen Parteitages der österreichischen Sozialdemokratie steht die Aussprache über das Thema „Faschismus, Demokratie und Sozialismus“. Die Wahl dieses Themas besagt, daß die Grundfragen sozialistischer Politik und sozialistischer Zielstrebigkeit aufgerollt werden sollen. Das entspricht durchaus dem, was heute in den weitesten Kreisen der sozialdemokratischen Parteimitgliedschaft erlebt wird: Die politische Situation, die momentane Lage des Sozialismus, beides wird dort empfunden als zwingend zu einem neuen Durchdenken der sozialistischen Methodik und der sozialistischen Zielsetzung. Vor allem ist es der Mann der Praxis, der politischen und gewerkschaftlichen Kleinarbeit, der verspürt, daß an den bisherigen Wegen zum Sozialismus etwas nicht stimmen muß. Sein Mißtrauen gegen die bisherigen Methoden des demokratischen Sozialismus nimmt ständig zu. Er merkt den Leertag der politischen Aktionen der letzten Monate und wird beunruhigt. Die Politik des Sozialismus tut oftmals nur mehr so, als ob sie könnte. Er aber will Wege, will Ansatzpunkte für Aktionen sehen. Angesichts der Frage, Fruchtbarkeit der bisherigen Methoden und der Frage nach den künftigen, rechten und besser. Wirkungen, erleidet der Großteil der sozialdemokratischen Parteimitgliedschaft, was auszuspochen die Theoretiker sich bisher gescheut haben. Die Krise des demokratischen Sozialismus.

Dem von unten her einsetzenden Erlöschen nach Aktivität wird man auf dem kommenden Parteitag entgegenkommen, es wird der Versuch unternommen werden, den Strom dieser Energien praktisch zu verwerfen, über eine bestimmte Richtung zu geben. Der gegenwärtige Stand der innerparteilichen Diskussion läßt einen Schluß auf das Wie dieser Bemühungen zu. Sie werden sich in der Hauptsache darauf richten, eine neue Ausgleichsformel, eine neue Nuancierung, einen neuen Modus, eine neue Proportion des Verhältnisses zwischen Demokratie und Diktatur, zwischen der Anwendung parlamentarisch-demokratischer und gewaltmethodisch-diktatorischer Mittel zu finden. Es wird sich im Wesentlichen um eine Weiterentwicklung der bereits im Linzer Programm festgelegten Richtlinien handeln, um einen sogenannten „Ruck nach links“, der sich in einer stärkeren Betonung der außerparlamentarischen Machtmittel der Arbeiterschaft, in einer näheren Umschreibung der Rolle der Gewalt als Gehurthelferin einer neuen Gesellschaft, manifestieren dürfte.

Die beiden traditionellen Wege

Die sozialistische Tradition kennt eben nur zwei Wege zum Ziel und Kombinationen dieser beiden Wege. Der eine ist der der politischen Machteroberung durch den Stimmzettel, das Streben nach der Teilnahme in der Staatsgewalt zum Zwecke der Beeinflussung und Umbildung des staatlichen Machtapparates für das sozialistische Endziel. Der andere ist der des gewaltsamen Sturzes der bürgerlichen Herrschaft, der despotischen Eingriffe in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse und in das bürgerliche Eigentumsrecht, die revolutionäre Diktatur, die Herrschaft einer Minderheit im Interesse der Mehrheit der Arbeiterschaft. Für die Wahl des einen oder des anderen Weges ist die jeweilige historische Situation maßgeblich. Eine durch Krisen und Zusammenbrüche d. organisierte Wirtschaft verbunden mit einer Desorganisation der militärischen Macht der herrschenden Klasse — etwa nach einem verlorenen Krieg —, das schafft die Voraussetzung für den diktatorischen Weg. Die unratete Militärmacht und politische Gewalt der Bourgeoisie hingegen ratet zum ersten, zum parlamentarisch-demokratischen Weg. Es ist jene Situation, in der „Bourgeoisie und Regierung sich weit mehr zu fürchten haben vor der gesetzlich, als vor der ungesetzlichen Aktion der Arbeiterschaft, vor den Erfolgen der Wahlen als vor denen der Rebellion.“ (Engels)

Die russische Revolution fand eine durch den verlorenen Weltkrieg desorganisierte Armee und Wirtschaft, einen chaotischen Staatsapparat vor. Sehr richtig verwiesen darauf haben die Bekenner des demokratischen Sozialismus auf diese geschichtlich einzigartigen Voraussetzungen, die bisher nirgend anderswo zutraten. Das machte die Wiederholung des russischen Experimentes in anderen Ländern, abgesehen von anderen spezifisch russischen Voraussetzungen, zu einer Unmöglichkeit. Die Bekenner des demokratischen Sozialismus argumentierten weiter etwa mit Engels: Die Uraus der Weltgeschichte stellt alles auf den Kopf. Wir, die „Revolutionäre“, die „Umstürzler“, wir gedeihen weit besser bei der gesetzlichen Mittel als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz. Die Ordnungspartien, wie sie sich nennen, gehen zugrunde an dem von ihnen selbst geschaffenen Zustand. Sie rufen verzweifelt mit Odion Barrot: „La légalité nous tue“, die Gesetzlichkeit ist unser Tod, während wir bei dieser Gesetzlichkeit pralle Muskeln und rote Backen bekommen und zwischen wie das ewige Leben. Und wenn wir nicht so wahnsinnig sind, ihnen zu Gefallen uns in den Straßenkampf treiben zu lassen, dann bleibt ihnen zuletzt nichts anderes übrig, als selbst diese ihnen so fatale Gesetzlichkeit zu durchbrechen.“

Die Situation von heute

Die Erfahrung belehrt uns, daß es eine Situation geben kann, in der dieses vereinfachte Entweder-Oder seine Geltung verliert. Es ist dies die Situation von heute. Der Kapitalismus verfügt zwar über eine desorganisierte Wirtschaft, aber über eine wohlorganisierte, militärische Macht. Seine außerparlamentarischen Machtmittel — Monopolstellungen in der Wirtschaft, Einfluß auf die staatliche Bürokratie, Beherrschung des Haeres —, das alles gewährt ihm eine politische

Überlegenheit. Die Souveränität der Parlamente, auch in den sogenannten Demokratien, ist heute fraglicher denn je. (Die Abhängigkeit der Staaten von der Kreditorganisation des internationalen Kapitals wird immer ärger.) Der Umfang der sozialistischen Mitarbeit auf parlamentarischem Gebiet wird heute von der Reaktion bestimmt. Sie schaltet den sozialistischen Einfluß entweder aus oder schränkt ihn ein. Sie bestimmt den Zeitpunkt und das Ausmaß für den ihrerseits unvermeidlichen Bruch der Gesetzlichkeit.

Die Mehrheit der demokratischen Sozialisten verneint nun einen Ausweg aus dieser Situation schaffen zu können in einer Kombination des parlamentarisch-friedlichen Weges mit dem gewaltmethodischen. Zwar soll für den politischen Tageskampf die Gewalt abgelehnt werden, für die großen Entscheidungen aber soll sie Geltung haben. Sie soll als Druck- und Drohmittel die herrschenden Klassen zwingen, auf demokratischem Boden zu verbleiben, „denn die Bourgeoisie bleibt nur so lange demokratisch, als sie sich aus Furcht vor der Gewalt der Arbeiterklasse hütet, den demokratischen Kampfboden zu sprengen.“ (Otto Leichter im „Kampf“)

Diese Argumentation findet zur Widerlegung in sich selbst. Die Bourgeoisie ist selbstverständlicher, als daß Drohungen mit Gewaltanwendung und Versuche zur Fußfesselung die Bourgeoisie erst recht dazu verleiten werden, den ersten Schritt weg vom demokratischen Boden zu tun, indem sie eben anrückt, den militärenten Staatsapparat nach Möglichkeit ausgesteuert und — wo sie dies nicht kann — sich eine eigene Privatarmee beilegt. Eine Klasse, die in Angst und Furcht vor dem Sozialismus gehalten wird, wird eben rüsten. Das Rüstet ist übrigens ein Gebiet, wo unsere herrschenden Klassen zu Hause sind. Sie haben ihre raffinierte Kriegstechnik und gutfundierte Kriegskassen und sind jederzeit imstande, durch die ihnen gefügige Kriegstechnik und Kriegstheologie Massen unter ihre Fahnen für einen Bürgerkrieg zu sammeln. Sie glauben an die Gewalt, ihnen ist das Gewehr seit jeher heilig und in dieser Beziehung sollte der Sozialismus nichts von dem Junker lernen.

Freilich, die defensiven militärenten Formationen der österreichischen Sozialdemokratie haben Österreich vor manchem rechts-putschistischen Abenteuer bewahrt. Das scheint den obigen Einwand wenigstens zum Teil zu entkräften und eine Paradoxie zu schaffen. Das ist aber nur zum Schein so. Denn es muß sich erst in der ferneren Geschichte beweisen, ob sie auch weiterhin imstande sind, die herrschenden Klassen in Schranken zu halten. Hatte ihre Funktion nicht viel mehr aufschiebenden und viel weniger aufhebenden Charakter? Wurde ihr nicht Vorschub geleistet durch die einzigartige Unfähigkeit, Borntheit und Führerlosigkeit der österreichischen Reaktion? Können diese Mängel nicht einigermaßen ausgeglichen werden durch die Auswirkungen einer verstärkten reaktionären und gegenrevolutionären Welle in Mittel- und eventuell Westeuropa?

Die Drohung mit der Gewalt als Eventual-Mittel bedeutet für beide Kampfpunkte praktisch das Verlassen des eigentlichen demokratischen Kampfbodens. Sie schafft jene Atmosphäre des Mißtrauens und der Halbheit, die der reaktionären Propaganda zur Diskreditierung der Demokratie den Boden bereitet. Die für vereinfachte Lösungen immer zugänglicheren Massen werden der reaktionären antidemokratischen und der kommunistischen Agitation viel mehr Gehör schenken, als der demokratisch-sozialistischen, weil sie ihnen konsequenter, eindeutiger vorkommt. Die Massen werden schließlich das, was sie bisher als Demokratie begriffen haben, aufgeben, wie es in Deutschland geschehen ist. Die „Sowohl-als-auch“-Methode, ausgespielt als letzte Karte, wird in ihren letzten praktischen Konsequenzen zur Selbstaufgabe des demokratischen Sozialismus führen müssen. Sie ist kein Ausweg, sie ist eine Sackgasse.

Die Lösung: der dritte Weg — Keine Bedrohung, sondern Verheißung!

Der Ausweg aus der historischen Situation der Gegenwart liegt bei der Umzielung der gesamten Methodik auf die geistige Eroberung der arbeitenden Massen für die Ideen des Sozialismus, die aber gerade eine radikale Preisgabe dieser „Sowohl-als-auch“-Methode bedingt. Das Schlagwort „Gegen die Idee der Gewalt — die Gewalt der Idee“ müßte zu einer grundsätzlichen Entscheidung der sozialistischen Bewegung werden, ohne daß ein taktisches Aber daran geknüpft wird. Der Sinn dieser Parole müßte in das Fleisch und Blut, in die Form und in den Inhalt der sozialistischen Propaganda, des Lehr- und Schulungswesens und der übrigen Formationen der Arbeiterbewegung einfließen. Dieses Wirken müßte von der Peripherie in das Zentrum gerückt werden. Keine Bedrohung mehr, sondern Verheißung!

Damit ist eigentlich schon gesagt, daß Ansätze für diesen, den dritten Weg des Sozialismus, bereits gegeben sind. Im Lehr- und Bildungswesen sind sie vorhanden. Das müßte in seinem Sinne inhaltlich ergänzt und bereichert werden. Aber es müßte nicht nur Gemeinschaftsformen geben, wo Sozialismus gelehrt wird, es müßte auch solche geben, wo er gelebt wird. Wir haben starke Hinweise hierfür zum Beispiel in der Aktion „Jugend am Werk“ und in ähnlichen Verbindungen von Siedlungswesen und freiwilligen Dienst an der Gemeinschaft. Ihr, im echten Sinne des Wortes volksbildender Charakter müßte erkannt, ihren Spuren müßte nachgegangen werden. Wir brauchen Ge-

meinschaften, wo sozialistische Volksordnung von unten her zellenhaft aufwächst, Urbilder der Gesellschaft, die wir schaffen wollen, Heimstätten jenes Geistes, der die Arbeitenden aller Schichten gewinnt und den die Reaktion nicht durch Militär und Kerker unterdrücken kann. Wir kennen die Formen der politischen und gewerkschaftlichen Organisation, sie sind uns vertrauter als die genossenschaftlichen. Sie alle wurden mit großen Opfern, auch solchen materieller Natur, aufgebaut. Neue Formen der Arbeiterbewegung warten darauf, mit der gleichen Intensität und Hingabe verwirklicht zu werden.

Auf dem hier propagierten dritten Weg kommt die genossenschaftliche und gewerkschaftliche Aktion durchaus zu ihrem Rechte. Beide würden durch ihn nur eine ungreifendere Verfestigung und Bereicherung ihrer Aufgabengebiete erfahren. So könnten sie gemeinsam Widerstandspositionen gegen den Terror und Boykott der Unternehmer-Konzerne bilden, den Ausbau der genossenschaftlichen Produktion fördern. Dem Ausbau der genossenschaftlichen Aktion auf dem Gebiete der Bodenbearbeitung und des Wohnungswesens sind — der begreifliche Widerstand einer reaktionären Regierung miteingerechnet — noch immer große Möglichkeiten erschlossen.

Das alles bedeutet **Macht-Gewinnung** für den Sozialismus. Er soll ja nicht machtlos gemacht werden. Nur der Inhalt seiner Macht soll gewandelt werden. Er soll dort mächtig werden, wo er von Natur aus, von seiner ursprünglichen Bestimmung her, in erster Linie zur **Machtgewinnung** bestimmt ist. Das ist in den Herzen und Gehirnen, in den Überzeugungen und Gesinnungen der arbeitenden Menschen, das ist in der Wirtschaft, in der Industrie. Dazu ist eine Kombination mit dem parlamentarisch-politischen Weg unerlässlich. Sie ist die natürliche, dem eigentlichen Wesen des demokratischen Sozialismus entsprechende. Sie wird dann auch der unmittelbaren politischen Methode ihren Stempel aufdrücken. Noch sind die mannigfaltigen Möglichkeiten der passiven Resistenz gegenüber dem kapitalistischen Staat, der Gehorsams- und Dienstverweigerung so viel wie unentdeckt. Aber sie bedingen eben die geistige Eroberung der Massen für den Sozialismus, sie sind nur möglich auf dem Boden eines unerschütterlichen Glaubens an die Gerechtigkeit des Sozialismus. Dann aber sind sie überlegen den Bajonetten, Gummiknüppeln und Kanonen der Reaktion. Sie werden die politische Kampfmittel des Sozialismus in der Zeit der Stabilisierung der Macht der Reaktion und Gegenrevolution sein — oder die sozialistische Bewegung wird nicht sein.

Die geistige und seelische Eroberung aller Werktätigen als Voraussetzung für die Ueberwindung des Industrie-Feudalismus

Aber auch noch von einem anderen Betrachtungspunkt aus sind Einsichten zu gewinnen, die die Notwendigkeit der Umstellung auf die geistige Eroberung der Massen unterstreichen. Hierbei werden wir zugleich an das Problem des Faschismus herangeführt.

Die öffentliche Meinung des Sozialismus wird von der nahezu dogmatisierten Auffassung beherrscht, der Kapitalismus könne sich infolge von Strukturfehlern nimmer erholen, eine Reorganisation der kapitalistischen Wirtschaft sei undenkbar. Demgegenüber ist schon deshalb eine gewisse Skepsis am Platze, weil gerade die eifrigsten Dogmatiker dieser Auffassung sonderbarerweise zu jenen Sozialisten gehören, die ihre Taktik darauf anstellen, daß in „besseren Zeiten“ die Menschen wieder „aufnahmefähiger“ sein werden. Sie erwarten also eigentlich doch von den Kapitalisten das angeblich Unmögliche, die Überwindung der Krise, wenn nicht gar Beilegung der Krise. Warum sollte es auch nicht möglich sein, in den industriellen und industriell-feudalistischen Formen eine geregelte Beziehung herzustellen zwischen Produktion und Bedarf? Ein Ausgleich, der den heutigen Herrschaftsmächten Europas und Amerikas, gestützt auf ihre militärischen Machtmittel, gestattet, eine neue Leibeigenschaft einzuführen, die, ähnlich der schleppenden Leibeigenschaft der Bauern, den Unterjochten eine gewisse Sicherung der Existenzmittel garantiert. Man denke in diesem Zusammenhang an die durchaus ernstzunehmenden Bestrebungen des „Diata“ (Deutsches Institut für technische Arbeitsschulung), einer Einrichtung der Industriezone in Ruhr-

gebiet, die alle Lebensgebiete der ihr zugänglichen Arbeiterschaft systematisch im Sinne eines solchen Industrie-Feudalismus zu beeinflussen trachtet. Auch im Gedanken der reglementierten Arbeitsdienstpflicht kündeten sich solche Möglichkeiten an. Wie aber ihre Durchföhrung verhindern bei dem begreiflichen Hunger der arbeitslosen Massen nach — Arbeit, wenn ansonsten keine Möglichkeit gegeben ist für Arbeitsbeschäftigung nach sozialistischen Prinzipien?

Eine „Ordnung“ schlechthin ist auch ohne Sozialismus möglich. Es fragt sich aber, ob die neue Ordnung sich gründen soll auf eine Verminderung der Freiheit, oder auf Erweiterung der Freiheit der menschlichen Persönlichkeit. Am unerträglichsten an der schwerzigen Leibeigenschaft war wohl nicht das mangelhafte Ausmaß der physischen Existenzmittel; der Arbeitslose, erst recht der Ausgesteuerte und auch der landwirtschaftliche Hilfsarbeiter werden in dieser Hinsicht heute wohl noch schlimmer daran sein. Das Unerträgliche lag vielmehr im Verlust der persönlichen Freiheitsrechte. Wenn wir nun eine „Ordnung“ der industriewirtschaftlichen Gesellschaft bekämen, deren Formen den Prinzipien der damaligen Feudalordnung verwandt sind? Droht sie nicht im Faschismus? Gewichtig genug, wenn auch nur eine oder zwei Generationen von ihr bedrückt würden.

Gegen die Leibeigenschaft erhob sich nicht das zurückgesetzte materielle Interesse; die menschliche Seele rebellierte, die beleidigte Menschenwürde stand gegen sie auf. Auch die Gefahren eines modernen Industrie-Feudalismus werden nur mit seelischen Kräften gebannt. Der Sozialismus müßte auf seinem dritten Weg jene Kräfte vorzugweise und systematisch wecken und anführen. Er müßte alle, die sich von den mageren Fleischtopfen des Industrie-Feudalismus (Arbeitsdienstpflicht, Diata, kapitalistische Arbeiter-„Fürsorge“ u. dgl.) zum Zurückbleiben vom Weg zum Sozialismus verlocken lassen, auffordern zum „Weg durch die Wüste“, durch Opfer und Entbehrung und Verfolgung — um der Menschheit und ihrer Freiheit willen. Das aber nicht durch Deklamationen, sondern durch eine praktische Wirksamkeit, wie sie unter dem „dritten Weg“ aufgezeigt wurde, in dem der Sozialismus als wirklich unmittelbare Aufgabe in Angriff genommen wird.

Der Sozialismus aus dem Glauben überwindet die politische Religion des Faschismus

Das allein vermag zu schaffen, was heute viele Sozialisten bei den Massen zu sehen wünschen: eine „nahezu religiöse Gläubigkeit an den Sozialismus“. Das führt auf den eigentlichen Sinn der Problemstellung: Faschismus — Sozialismus. Der Faschismus ist eine politische Religion; ihr Glaubensbekenntnis ist der Unglaube an die Möglichkeit einer arbeitsteilig verbundenen Menschheit, daher der Glaube an die „Auswahl“ des eigenen Volkes zur Herrschaft über die Menschheit. Ihr Glaube ist ein Unglaube an die Höherentwicklung der Menschheit, daher der Glaube an die Privilegien einer Herrenkaste. Der christliche Sozialist würde sagen: Im Faschismus hat der Unglaube an die Fortsetzung der Erlösungstat Christi in die Welt hinein, ins soziale, politische und wirtschaftliche Leben, politische Gestalt angenommen. Wenn der Sozialismus hingegen sich recht versteht, ist er das konträre Gegenteil von all dem. Daß er sich aber recht versteht, davon hängt alles ab. Die politische Religion des Faschismus erfährt den Menschen vollständiger, totaler, als dies etwa ein Sozialismus vermöchte, der nur das Prinzip einer geregelten Güterproduktion und -verteilung wäre.

Das allein ist er aber seinem Ursprung und seinem Wesen nach nicht. Er ist in den Herzen und Hirnen der Proletarier des vergangenen Jahrhunderts geboren worden als die Bewegung gegen den die Menschheit versklavenden Frühkapitalismus, und für die Freiheit der menschlichen Persönlichkeit. Das ist er auch heute noch seinem Wesen nach. Darin liegt auch sein religiöser Sinn. Wenn dem aber so ist, dann ist ihm nicht nur die Freiheit einer Bekenner, sondern auch die Freiheit seiner Gegner zum Schutze überantwortet. Darum widerspricht er seinem Wesen und seiner Berufung, wenn er bei der Wahl seiner künftigen Methoden den ersten und zweiten Weg, den parlamentarisch-demokratischen mit dem geistlich-diktatorischen kombiniert. Er muß den ersten und den dritten Weg wählen: den Weg der geistigen Eroberung der Massen und des demokratischen Aufbaues seiner Ordnung von unten her. Otto Bauer.

Redaktionelle Notiz:

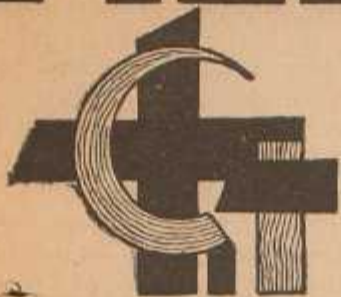
Die reguläre November-Nummer des „Menschheitskämpfer“ gelangt in den nächsten Tagen zur Ausgabe.

Aus ihrem Inhalt: Faschismus, Demokratie und Sozialismus. — Der deutsche Faschismus reklamiert die Lateran-Verträge als Präjudiz für seinen nationalen Staat! — Religion und Sozialismus, eine Versammlungsrede. — Der Ausgang der Wahlen. — Die allgemeine Wehrpflicht wird eine aktuelle Gefahr! — Christlich-soziale Polemik gegen religiöse Sozialisten. —

V. b. b. Zeitung vom Herausgeber aufgegeben.
Journal expédié par l'éditeur.

Probenummern des „Menschheitskämpfer“ versendet auf Verlangen
kostenlos und unverbindlich die Verwaltung, Wien, I., Werdertorgasse 6

MENSCHHEITS KÄMPFER



HALBMONATSSCHRIFT DER RELIGIÖSEN SOZIALISTEN

Einzelheft: 20 Groschen, Halbjahresbezugspreis: S 1.80 für Oesterreich, RM 1.80 für das Ausland. — Oesterreichisches Postscheckkonto: 950.927. — Erscheint am 5. und 20. eines jeden Monats. — Anzeigen-Aufnahme durch die Verwaltung.

Redaktion und Verwaltung: Wien, I., Werdertorgasse 6/III. Herausgeber, Verleger, Eigentümer und verantwortlicher Schriftleiter: Otto Bauer, Redakteur, Wien, XIII., Zennerstraße 22. — Druck: „Adria“, Wien, II., Taborstraße 52 b.

Die weltanschauliche Ueberwindung des Nationalsozialismus

Der Aufstieg des Nationalsozialismus zu einer politischen Macht vollzieht sich zu einer Zeit, in der die politische Agitation und Argumentation aller Parteien deutlich von der Erkenntnis beeinflusst ist, daß die breiten Massen nicht mehr in dem Maße wie früher vom Rein-Rationalen, rechnerisch Beweisbaren, ausschließlich durch den Verstand Erfassbaren her in Bewegung und Begeisterung zu versetzen sind. Unterbewußt, keineswegs erkenntnistreu und begriffsklar, verspüren die Massen, daß damit noch nicht die ganze Wahrheit einer Sache aufgegriffen, der ganze Mensch ergriffen ist. In dem dumpfen Drang der Massen ist als ein leitendes Motiv das Verlangen nach einer weltanschaulich umfassenderen Konzeption (Darstellung und Erfassung) auch des politischen Kampfes bemerkbar.

Das Geheimnis des raschen Aufstieges des Nationalsozialismus ist nun zu einem beträchtlichen Teil darin begründet, daß er diesem Verlangen entgegenkommt. Er versteht es, seiner Bewegung einen christlichen Schein zu geben. Sein „positives Christentum“, vermengt mit seinen politischen Zielvorstellungen, wird zu einem religiös-politischen Heils- und Befreiungsprogramm, zu einer politischen Religion. Daher das Feuer seines Fanatismus, die Unbedingtheit seiner Ueberzeugung, für viele seiner Anhänger die Quelle ihrer Hingabe, das Bestrickende und Faszinierende, das viele gläubige Christen in seinen Bann zieht, die Anziehungskraft auch auf solche, die die Leere, Kälte und den Bankrott einer materialistischen und naturalistischen Weltanschauung am eigenen Leib erleben. Der Nationalsozialismus hat seine Entstehungsursachen in wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, in der Proletarisierung breiter Mittelschichten, in der Bauernnot, in der schweren Verschuldung der Staaten; er erhält mächtige Antriebskräfte aus dem Versagen der heutigen Formen der Demokratie. Das stimmt. Aber, was immer er von dorthin als Auftriebs- und Antriebskräfte erhalten mag, das wird in der Wirkung vervielfacht durch die Kräfte, die von seiner Pseudo-Religiosität ausgehen und die selber wieder eine Reaktion auf die allgemeine weltanschauliche und geistige Krise unserer Zeit ist.

Das Problem der Ueberwindung des Nationalsozialismus ist sonach nicht nur ein politisches, es ist auch ein weltanschauliches, im Grunde genommen ein religiöses. Der Kampf kommt nicht nur auf wirtschaftlichen und sozialen Gebieten

zur Austragung, es müssen auch die Gebiete des Weltanschaulichen, des Religiösen mit einbezogen werden. Nicht anders können die Geister, die der Nationalsozialismus rief und die Gesinnung, die so geschaffen wurde, vollends überwunden werden.

Nun liegen aber schon im „positiven Christentum“ des Nationalsozialismus im gewissen Sinne Hinweise auf die geistigen Werte und Postulate, von denen her der Nationalsozialismus geistig zu überwinden ist.

Was aus allen ersten nationalsozialistischen Schriften über die Begriffsinhalte dieses „positiven Christentums“ bekannt ist, läßt folgende grundlegende Unterscheidung erkennen:

Im Gegensatz zu den klaren Worten Christi über die zentrale Bedeutung der Liebe für die christliche Lebensauffassung und Lebensführung ist die zentrale Angelegenheit des nationalsozialistischen „positiven Christentums“, die Nationallehre. Am besten ausgedrückt findet man dies bei Rosenberg, der in seinem „Mythos des 20. Jahrhunderts“ erklärt, daß „das Ideal der Nächstenliebe der Idee der Nationallehre unbedingt zu unterstellen ist“. Als das „Zentrum der nordischen Seele“ wird das Ehrbewußtsein erkannt.

Natürlich muß diese Verschiebung in den Zentral-Werten religiöser Auffassung logischerweise auf nationalem, sozialem und politischem Gebiete ihre verheerenden Folgen haben.

Auf nationalem Gebiete wird die Nation, wird das Blut, die Rasse zu einem beherrschenden Dämon. Christus wird in das Gegenteil verzerrt. Es gilt nicht mehr sein Wort über die Nachfolge: „Wer mich nicht mehr liebt als Vater, Mutter...“. Nun wird die Nachfolge an das Nationalbewußtsein gekettet. Nicht mehr gilt Christi Botschaft von der Gotteskindschaft aller, nicht mehr das Schriftwort, nach dem Gott aus den Steinen Kinder Abrahams, Kinder der Verheißung machen kann. Nun ist auf einmal ein Herrenvolk da, ein Herrenvolk mit einer mystischen Weltendung.

Und auf sozialem Gebiete eine Herrenkaste. Denn wo anders hin müssen Auffassungen wie diese führen: „Aus dem Zwangsglaubenssatz der schrankenlose Liebe und Gleichheit alles Menschlichen vor Gott ... hat sich die europäische Gesellschaft geradezu als Hüterin des Minderwertigen,

Kranken, Verkrüppelten, Verbrecherischen und Verfaulten entwickelt.“ (Rosenberg.) Auch hier wird Christus in sein Gegenteil verzerrt. Sein Wort: „Was ihr den geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan“, das wird gestrichen. Ausgestrichen wird sein Leben, das nach den evangelischen Berichten den Kranken und Elenden, und auch den „Verbrechern“, gehörte. Daraus muß der Begriff der Herrenkaste der rassisch Hochwertigen werden, die über Leib und Leben der Minderwertigen verfügt.

Was aber wird aus der Bergpredigt, dem Herzstück evangelischer Verkündigung? „Eine feministische (weibische) Zuspitzung“, „umfälschende Zusätze anderer Menschen“ und für die politische Aktion der Glaube an die Gewalt.

Nun ist aber früher gesagt worden, daß schon im „positiven Christentum“ des Nationalsozialismus Hinweise enthalten wären auf geistige Werte und Postulate, von denen aus der Nationalsozialismus geistig zu überwinden ist. In den vorhin gebrachten wenigen Gegenüberstellungen zwischen dem Christentum der Evangelien und dem „positiven Christentum“ des Nationalsozialismus dürfte deutlich geworden sein, wie das gemeint ist. Das genannte „positive Christentum“ ist nichts anderes als eine Herausforderung des evangelischen, ein Ruf nach dem Christentum, dessen Mittelpunkt die Liebe und die Bergpredigt ist. Denn auf das letztere weist dessen Antipode, das „positive Christentum“ hin, wenn es sich bemüht, im öffentlichen Leben an seine Stelle zu treten. Es weist damit auf einen Mangel, auf eine Leere, entstanden dadurch, daß das Christentum der Bergpredigt im öffentlichen Leben nicht oder nur äußerst mangelhaft zur Stelle ist.

Allein vom Christentum der Evangelien aus aber könnten die nationalsozialistischen Ungeister gebändigt werden, hier fänden sie ihnen überlegene geistige Mächte. Freilich, jene dürften sich nicht in der Eroberung der Einzelseele erschöpfen, sie müßten von dort aus zum Durchbruch und Aufbruch im Gesellschaftlichen und Wirtschaftlichen drängen.

Hier stößt man auf den Zusammenhang mit dem Sozialismus. Oft wurde in diesen Blättern die Ueberzeugung ausgesprochen, der Sozialismus hätte angesichts des Mißbrauches der Religion für parteipolitische Geschäfte durch bürgerliche Parteien die Aufgabe, die Religion aus dieser Magdstellung zu befreien. Denn, wenn er sich selbst recht versteht, kann er nichts anders, als allen geistigen Werten Freiheit bringen wollen. Das Gesagte gilt noch mehr für das, was der Nationalsozialismus mit dem Christentum vorhat. Dessen diabolische Verkehrung christlicher Werte in das Gegenteil ist der umfassendste Angriff auf das christliche Erbe unserer

Völker, damit zugleich auf weltanschauliche Grundelemente, ohne die ein sozialistisches Schaffen nicht denkbar ist.

Ist das nun nicht zu viel gesagt? Ist es nicht ein pharisäisches Unterfangen, den Sozialismus mit seinen antireligiösen Strömungen in einem positiveren Verhältnis zum Christentum sehen zu wollen, als es hier dem Nationalsozialismus zugebilligt wird?

Nun, man kann beide Bewegungen, den Sozialismus und den Nationalsozialismus als spontane, elementare Gegenbewegungen gegen unerträglich gewordene Zustände auffassen. Worauf es im weiteren ankommt, ist, welche Grundrichtung die Reaktionsbewegung einnimmt. Die Erhebung des Nationalsozialismus gegen die fortschreitende Proletarisierung kleinbürgerlicher Mittelschichten und gegen die Unterdrückung des eigenen Volkes durch die Weltplutokratie geschieht letzten Endes aus der Idee eines auserwählten Herrenvolkes und einer durch rassische Vollkommenheit zur Führung bestimmten Herrenkaste. Das sind Begriffe, die das Frühchristentum beim römischen Heidentum vorfand. Hingegen erfolgte die Erhebung der sozialistischen Massen gegen die soziale Unterdrückung und wirtschaftliche Vernichtung aus der Idee, Recht und Freiheit schaffen zu wollen für alle, also kein Privilegienrecht, das zwischen sozial und rassisch Hochwertigen und Minderwertigen unterscheidet. Das ist schon ein gewaltiger Unterschied im ursprünglichen Antrieb, in der ursprünglichen Willensrichtung der Massen der beiden Bewegungen, wobei ersichtlich wird, daß schon darin der Sozialismus christlichen Auffassungen unvergleichlich näher steht, als der Nationalsozialismus.

Demnach ist es nicht Willkür, wenn von unserer Seite aus der Sozialismus in der politischen und sozialen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus als der berufene Verteidiger ihrem Wesen nach christlicher Werte gesehen wird, und in der Folge auch in diesem Zusammenhang als Christophorus, Christusträger. Freilich, was hier vom Sozialismus erwartet wird, ist für's Erste nur denkbar als die Aufgabe der bewußt gläubigen Menschen in ihm. Diese hiezu aufzurufen ist und bleibt die Verpflichtung der religiösen Sozialisten. Wenn sie den politischen und sozialen Befreiungskampf des Sozialismus erfüllen mit den Feuern und der Glut lebendiger Religiosität, dann geben sie von sozialistischer Seite dem politischen Kampf jene weltanschaulich umfassende Konzeption, von der eingangs die Rede war. Allerdings in einem positiveren, den Menschen tiefer und allseitiger erfassenden Sinne, als dies die politische Religion des Nationalsozialismus zu tun vermag.

Das Wort, das wir brauchen

Masseninstinkte beherrschen im religiösen Bereich. Die rückwärtsschauenden, historischen Theologen ersticken mit roher Gewalt alle prophetischen Zukunftsbauer. Sie registrieren (jetzt schon die Kommunionen!), dogmatisieren, moralisieren, treiben Kasuistik und erfinden liturgische Feinassen, statt zu säen, zu pflanzen, zu bauen, zu schaffen, statt Seele in Seele zu senken und Leben zu wecken.

Wir sind der Theologie müde, wir sehnen uns nach Religion. Wir wollen Priester und Propheten, keine Scholien, keine lebendigen Distinktionen, keine Kasus- und Dogmenritter.

Wir wollen Personen, kein Papier; keine Bullen, Index-erlasse, Enzykliken, kanonische Paragraphen, Katechismen, sondern Seele, die Seele weckt.

Jesus kämpft noch heute mit den Schriftgelehrten und Pharisäern. Die mit seinem Namen hausieren gehen, sind seine schlimmsten Feinde, die ihren Pfad mit Scheiterhaufen er-

leuchten und von Gott geblendet werden, daß sie sein Licht nicht sehen.

Wer aber wissen will, was Jesus von Kirchenjuristen und Dogmenfabrikanten gelitten hat, der betrachte seine Passion.

Die Christen aller Schattierungen stimmen in nichts anderem überein, als in der Nichtbeachtung, die sie den Evangelien zollen, und in der gegenseitigen Verketzerung. Sie streiten um des Kaisers Bart auf Konzilien, in Schulen und in anmerksamen Büchern, statt den klaren Heilandswein an der klaren Quelle zu trinken.

Wir müssen zurück, hoch auf das Gebirg, wo Gottes Odem weht, aus dem dumpfen Kirchenbrodem, der uns den Atem benimmt; zurück von den trüben, schmutzigen Wassern des Stromes, in dem alle Abflüsse und aller Unrat überkultivierten Denkens geflossen sind, zu dem reinen Quell der Worte Jesu, der die Seele labt und stärkt für die Wüstenfahrt dieser Welt.

MENSCHHEITSKÄMPFER

SOZIALISTISCHES MONATSBLATT

Herausgegeben von den religiösen Sozialisten Oesterreichs

10-Groschen-Ausgabe

Menschheitskämpfer, jetzt
und immer
Jetzt und immer Menschenbrüder,
Jetzt und immer treue Hüter,
Unserer Sonne, unserer Rechte!
Frei die Stirnen,
Frei die Knie!
Großer Tag der Menschheit loht,
Schönluck

Einzelnummer: 30 Groschen, Halbjahresbezugspreis: S 1,80
für Österreich, RM 1,80 für das Ausland. — Österreichisches
Postcheckkonto: D 50.927. — Erscheint am 5. jeden Monats.
Anzeigen-Aufnahme durch die Verwaltung.

Wien, Dezember 1932
6. Jahr, Nr. 19

Redaktion und Verwaltung: Wien, I., Werdertorgasse 6/III.
Herausgeber, Verleger, Eigentümer und verantwortlicher
Schriftleiter: Otto Bauer, Redakteur, Wien, XIII., Zinner-
straße 22. — Druck: „Adria“, Wien, II., Taborstraße 52 b.

Die Erlösungshoffnung der Menschheit

Der 137. Psalm im alten Testament zeichnet ein Bild des Elends und der Trauer der Juden während ihrer babylonischen Gefangenschaft. An den Wasserflüssen Babylons sitzen sie, klagend über ihr Elend und über ihr fernes Heimatland. Verstummt ist ihr Lied, fort ihre Freuden. An den Weiden, die an den babylonischen Flüssen stehen, hängen ihre Harfen. Wie zum Hohn werden sie von denen, die sie in Gefangenschaft geführt haben, aufgefordert zu singen. Wie sollten sie auch ihres Herren Lied singen in einem fremden Land? Die Zier- und an ihrem Gaumen kleben bleiben, schwören sie, wenn sie nicht ihre Heimat lassen ihre höchste Freude sein.

Die heutige Lage der Menschheit, die Situation unserer Zeit ist in vielen Dingen eine ähnliche. Die Menschheit ist in Gefangenschaft von Gewalten und Mächten geraten, deren Herrschaft nicht weniger real ist, wie die selberrichtige Babylons über die Juden. Das moderne babylonische Weltreich, das Reich der Gewalt, der Unterdrückung, der Herrschaft über das Reich des Unglücklichen und des Armen, dieses Reich hat die Menschheit in die Gefangenschaft geführt.

Die Bemühungen der neueren Generationen zur Überwindung der Fremdherrschaft und Heimlosigkeit der Menschen in eigenen Ländern, diese Bemühungen scheinen nun auch noch um ihre einstmaligen großen Erfolge gebracht zu werden. Ein beispielloses Rückfall in die Hilflosigkeit gegenüber den willigen Vögten der Gewalten und Mächte des Ewig-Gestrigen, der Gewalt und der Finsternis droht. Die Wasser der Rechtslosigkeit an den Werkstätten, eingedämmt durch arbeitsrechtliche und sozialpolitische Maßnahmen, steigen nun wieder, da die Dämme durchbrochen sind, Bestialität, Hunger, Krankheit, das zum nächsten Leben Nötige nicht habend, lebt die Menschheit mitten in einer fruchtbaren Welt. Wo die Menschheit meinte, Stätten der Freiheit und der freien Selbstbestimmung, Herrschaftsreiche des Menschen aufgerichtet zu haben, dort bereiben die Gewalten und Mächte des Ewig-Gestrigen wieder ein und führen sie an diesen Quellen der Herrschaft des Menschen wieder in das Reich der Gewalt und des Profites. Alle Anstrengungen, ein Reich des Friedens aufzubauen, werden gebrochen, das Reich des Krieges wird gestärkt durch neue Aufrüstung und verstärkte Militarisierung des Denkens. Welche Verödung und Verwüstung richtet die immer noch ansteigende Arbeitslosigkeit im Leben breiterer Schichten, namentlich aber im Leben der Jugend an! Ist nicht jede gute Sache, jedes gute Wollen irgendwo gehemmt, angekränkt, geknickt von dem Festodem, der von jenen rudernden babylonischen Reich ausströmt?

An den Flüssen Babylons sitzt die gefangen-gesetzte Menschheit und schaut nach dem Lande ihrer eigentlichen Heimat, dem Lande der Freiheit aus. Die Vögte der sie tyrannisierenden Mächte und Gewalten möchten, daß sie „singt“ und fröhlich sei, sich also mit ihrem Los abfindet, sich mit ihrem Schicksal versöhne. Gewiß, es soll nicht alles so bleiben, wie es augenblicklich ist, das wollen auch die Vögte nicht. Es sollen der Menschheit nicht immer nur Steine statt Brot gereicht werden. Es soll schon auch wieder Brot da sein, eine gewisse Sicherung des zum physischen Leben Nötigen. Aber von Freiheit, von Gleichberechtigung, davon — so wollen es die Vögte des modernen Babylons — soll nicht gesprochen werden. Freiheit, Gleichbere-

Der Faschismus — Politik aus dem Unglauben

Der Einbruch des Faschismus in die christliche Welt, in die politische Ideologie christlicher Volksschichten erscheint auf den ersten Blick als eine Paradoxie, als Widerspruch. Das eigentlich Wesentliche an der Weltanschauung des Faschismus scheint doch einen solchen Erfolg im voraus anzuschließen. „Der Faschismus ist eine politische Religion; ihr Glaubensbekenntnis ist der Unglaube an die Möglichkeit einer arbeitsteilig verbundenen Menschheit, daher der Glaube an die Ausserwählung des eigenen Volkes zur Herrschaft über die Menschheit. Ihr Glaube ist der Unglaube an die Höherentwicklung der Menschheit, daher der Glaube an die Privilegien einer Herrenkaste. Der christliche Sozialist würde sagen: Im Faschismus hat der Unglaube an die Fortsetzung der Erlösungstat Christi seinen Höhepunkt erreicht.“

Die christliche Sozialisten sind sich darüber einig, daß die Erlösungsthat Christi die Welt geschaffen, die Erlösung ist vollbracht, es kann kein Abfallen mit der Herrschaft des Bösen in der Welt mehr geben, immer wieder aufs Neue gilt es in Arbeit und Kampf den Sieg Christi zu besiegeln. Über das Ringen um die persönliche und soziale Erlösung ist die Gewißheit des schließlichen Sieges gekommen. Davon aber sieht und merkt die Religiosität, die hier ins Auge gefaßt wurde, wenig

rechtigung, brüderliche Verbundenheit aller, fleischgewordene Menschheit also, Menschheit als lebendige, blutvolle konkrete Tatsache und Einheit — das alles erstreben wollen, hieße ja die Herrschaft jener babylonischen Mächte und Gewalten aufheben.

Darum kann die Menschheit nicht „singen“, wenn die Fronvögte Babylons dies von ihr wünschen. Denn nur ein Lied steht ihr zu zu singen, das Lied von der Freiheit der Söhne des Menschen und der Söhne Gottes. Ihre Heimat, ihr Zion, jene Freiheit, das allein darf ihre höchste Freude sein, sonst ist sie verloren.

Gewiß, nun, da die Mächte der alten Welt zusehends an Herrschaftsgewalt gewinnen, die Verfinsternung der Welt unheimlich fortschreitet, nun fragen wir immer wieder: „Wächter, ist die Nacht bald hin? Geht es noch tiefer in die Finsternis? Oder nähern wir uns dem Morgen?“

Doch auch diese Nacht hat ihren Stern, hat ihre Sehnsucht, ihre Hoffnung, ihren Glauben.

In jedes Menschen Erbst liegt eine Ahnung von der alten Wahrheit, daß den Mächten und Gewalten des Ewig-Gestrigen, der Gewalt, der Lüge, des Unmenschlichen und der Finsternis keine dauernde Herrschaft gegeben ist. Sie haben kein wahres Sein, selbst die Finsternis ist nur ein Schatten des Lichtes. Ja, wer könnte sie überhaupt wahrnehmen, wie würde sie für uns sichtbar und unterscheidbar, wollte nicht ein Licht sich zeigen und durchsetzen? Was wüßten wir von der Finsternis, wenn wir nichts von einem Lichte wüßten?

Einer ist, vor dem sind jene Gewalten und Mächte gerichtet, einer, der die Kraft ist, die sich nie verstrahlt und das Licht, das nie erlischt und die Gerechtigkeit, die nie stirbt, mag man sie auch noch so oft kreuzigen.

Das ist unser Stern: der Glaube, daß der Tag Gottes kommt, der Tag, dem seine Ge-

widerchristliche Bewegung erkennen wollen?

Der Schlüssel zu jenem scheinbaren Widerspruch liegt in der Tatsache, daß es eine christliche Religiosität gibt, die jenem Verzicht des Faschismus auf Drängen nach einer einrichtungsartigen Verwirklichung christlichen Gedankengutes im allgemeinen gesellschaftlichen Leben entgegenkommt. Sie ist nicht auf einen konfessionellen Boden beschränkt, wenigstens sie vielleicht öfters und klarer auf protestantischem Boden anzutreffen ist. Es ist jene, im Grunde denn doch resignierende und pessimistische Religiosität, die die Wirklichkeit christlichen Glaubenslebens und Glaubenswirkens auf das Einzelne beschränkt, wenigstens sie vielleicht öfters und klarer auf protestantischem Boden anzutreffen ist. Es ist jene, im Grunde denn doch resignierende und pessimistische Religiosität, die die Wirklichkeit christlichen Glaubenslebens und Glaubenswirkens auf das Einzelne beschränkt, wenigstens sie vielleicht öfters und klarer auf protestantischem Boden anzutreffen ist. Es ist jene, im Grunde denn doch resignierende und pessimistische Religiosität, die die Wirklichkeit christlichen Glaubenslebens und Glaubenswirkens auf das Einzelne beschränkt, wenigstens sie vielleicht öfters und klarer auf protestantischem Boden anzutreffen ist.

rechtigkeits Sonne ist, die alles durchleuchtet, alles erwärmt, alles aufrichtet, alles erneuert, alles neu belebt.

Der Tag, an dem der Geist der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Liebe in feurigen Zungen über den Häuptern der Menschen schwebt, gleich heiligen Feuern in ihren höchsten Lebe, daß sie wieder vollbringende Taten tun.

Der Tag Gottes, an dem der Mensch wieder in seine Herrschaft eingesetzt wird, der Mensch und nicht der Profitschinder, der Mensch, und nicht der Nur-Parteiemann, der Mensch, und nicht der Nur-Deutsche, der Nur-Franzose, der Nur-Engländer. Der Mensch, der freie Mitarbeiter des Schöpfers, der Bruder aller Menschen und der Bruder aller Kreatur.

Das ist der Tag Gottes und der Tag des Menschen, über dem die Verheißung des Propheten steht: „In der Wüste brechen die Wasser hervor und Bäche in den Einböden; das dürre Land wird zum See und der dürrende Boden zu Wasserquellen.“

Das also ist unsere Zuversicht: Was in der ersten Weihnacht in die Welt gekommen ist, was sich da mitten unter uns angesiedelt hat, das Reich Gottes, es ist da! Die Pforten der Hölle können es nicht überwinden, immer aufs Neue wird es zum Durchbruch drängen, wird es Gestalt und Form annehmen mitten in der Welt. Seit damals ist etwas da, was immer die Welt und die Menschen beunruhigt, das austräumt, Schluß macht mit dem vorchristlichen, heidnischen Sich-abfinden mit dem Schicksal. Darum: Die Bewegung zu einer neuen, rechtsinnvollen sozialen Ordnung, zu Einrichtungen und Garantien des Friedens — sie mag müde werden, erlahmen, sie mag Stürze leiden, weil selbst ihre Träger den Gewalt von Gestern Tribut zollen, ihren Sinn nicht richtig verstehen, — aber sie kann letzt-

oder nichts. Es ist die Religiosität, die sich damit abfindet, daß es Kriege immer gegeben hat und geben wird, desgleichen Gewalttat und Unterdrückung im sozialen Leben. Darum: „Reite meine Seele!“ Die Verheißungen vom Reiche Gottes werden samt und soanders für das Jenseits aufgespart. Über sein gewaltiges Ringen und immer wiederkehrendes Durchbrechen und Aufbrechen im Diesseits wird hinweggesehen. Die Auferstehungszuversicht gilt nicht für das Politische, Soziale und Wirtschaftliche. Hierin wird den Mächten dieser Welt eine gewisse „Vorhand“ gelassen, bis zum endgültigen Sieg des Reiches Gottes am Tage der Herabkunft Christi. Denn nicht das Soziale, Politische, Wirtschaftliche soll gläubig werden, erlöst werden, „auferstehen“, sondern das soll nur für das Einzelne gelten. Im Übrigen begnügt man sich mit einem Respekt der Mächte der Welt vor christlichen Einrichtungen, Leben und Gebräuchen, wobei es in der Natur der Sache liegt, daß dieser Respekt nur eine äußerliche Sache sein kann.

Die christliche Religiosität, die hilft, dem Vordringen des Faschismus in die christliche Welt den Boden zu bereiten. Sie ist die gebräuchlichste Form christlicher Massenerregbarkeit. Sicherlich muß sie nicht unbedingt zum Faschismus führen. Dann wäre sie ja die Religion des Faschismus. Das ist sie aber nicht, der hat eine noch argere. Aber sie ist der Punkt des geringeren Widerstandes, von dem aus der Faschismus in die christliche Welt ein-

ten Endes nicht verloren gehen, im Gegenteil. Es kommt wieder ihre Stunde, wo sie verjüngt, erneuert, von Schlacken befreit, mit elementarer Kraft — gleich jener eines frischen Gebirgsbaches — wieder vorwärts dringt. Dann wird sie die Einsiden der menschlichen Beziehungen wieder beleben, damit in echten Ordnungen und rechten Einrichtungen wieder der Mensch zum Menschen finde. Die Wüstentagen der Wirtschaft werden wieder zu fruchtbaren Boden umgewandelt, fruchtbringend nicht einzelnen Privilegierten, sondern allen. Es muß die durch Christus vollbrachte Erlösung weitergehen, mühen hinein in die Menschenwelt und deren Einrichtungen und Ordnungen, bis zum sinnigen Tage ihrer Vollendung, aller Gewalten der Verneinung, des Widergöttlichen und Widermenschlichen zum Trotz.

Das ist unsere Sehnsucht, unser Glaube, der Stern, der uns leuchtet mitten in der Nacht des modernen Babylon. Es ist Adventzeit, in der trotz aller Verfinsternung ein Licht leuchtet, ein Hoffen angezündet ist, ein Hoffen auf das sich immer wiederholende Weihnachten, wo Gott im Menschen und durch den Menschen in der Welt hervortritt, sie von Grund auf erneuert. Darum gilt zum Schluß der Psalmvers, der einer Tonschöpfung Sebastian Bachs zugrunde liegt:

An den Wasserflüssen Babylons sitzen sie und klagen nun nicht mehr:
Im Halleluja begrüßen sie wieder
die Himmelskönigin, Hoffnung und Glaube
und die Flut murmelt das Heil
und der Strom bräutet das Heil
und trägt es hinüber ins Land der Verheißung,
hinaus in die Gefilde ewiger Freuden! o. b.

Es ist dies im Wesentlichen die Wieder-gabe der Rede anlässlich der Wiener Adventfeier.

dringt. Wie gesagt mit großen Hemmungen innerhalb der katholischen Kirche. Nicht, daß in den Massen des Katholizismus die vorhin charakterisierte christliche Massenreligion verschwindend gering vorhanden wäre. Ihre Wirkung wird dort zum Teil aufgehoben durch jene Herrschaftsansprüche über die Weite-reiche, die die katholische Kirche auf ihre Art erhebt. Denn auch sie versucht auf ihre Weise die Weltbereiche unter Gotteshegemonie zu bringen, allerdings in einer Art kirchlichen Imperialismus. Daraus ergeben sich politische Spannungen zwischen der hierarchischen Kirche und der kirchlichen Diplomatie einerseits und der faschistischen Bewegung andererseits. Die Lösung liegt im Kompromiß. Der Faschismus läßt christliche Lehren, Einrichtungen und Gebräuche unangetastet (wenn er sie nicht geschickt zur Verstärkung seines Prestiges benutzt), der Katholizismus läßt es ähnlich mit der politischen Macht des Faschismus. Machtteilung zwischen Christus und Cäsar. Bei solchen Teilungen wird nicht schließlich immer darauf kommen, daß für Christus nichts übrig bleibt.

Denn der Gott des Faschismus ist ein unersetzlicher Götze. Das Wesen der faschistischen Religion hat kurz und meisternhaft präzis der italienische Faschist J. Evola enthält. In einem Aufsatz, der seinerzeit die Verhandlungen zwischen Mussolini und dem Vatikan empfindlich störte, schreibt er:

„Das Christentum ist in der Tat der tiefste Grund aller jener heutigen Formen sozialer Degeneration gegen die der Faschismus sich als Gegenbewegung erhoben hat. Nein sagen zu einer kommunistischen, humanitären, gleichmachenden Ideologie heißt: Nein sagen zu allem, worin man heutzutage den Geist des Urchristentums zusammenfassen kann. Hier hat der Faschismus nicht nötig zu wählen. Er hat schon gewählt.“ („Critica Fascista“, 15. Dez. 1927.)

Mussolini ließ zwar seinerzeit erklären, Evolas Auffassungen seien dessen einzigartige und eigene Ketzertheorien, was aber nichts ändert an der Vortrefflichkeit der Leistung Evolas in der Darlegung faschistischer Weisheit. In der Tat: Der Faschismus ist die geschichtliche Gegenbewegung gegen all das, was vom Urchristentum an in der abendländischen Gesellschaft als Idee der Freiheit, der Gleichberechtigung und der Brüderlichkeit aller Menschen Gestalt angenommen hat. In Formen allerdings, die immer wandlungsfähig und wandlungsbedürftig sind. In diesem Sinne ist die Gleichsetzung unchristlicher Ideen mit „kommunistischen, humanitären und gleichmachenden Ideologien“, wie sie der Faschismus klassen Wasser vornimmt, am Platze. Würde Evola vor einem feudalen Publikum sprechen, das Wort darauf legt, daß christliche Lehren, Einrichtungen und Gebräuche unangetastet bleiben und von politischen Dingen gesprochen wird, dann würde er etwa sagen: „Nach unserer festen Überzeugung ist eine wahre Reaktion gegen den liberalistisch-demokratischen europäischen Verfall nur auf der Grundlage der traditionellen Grundätze von Hierarchie, Aristokratie und Königtum möglich.“ (Mit diesen Worten leitet er nämlich einen Aufsatz über den italienischen Faschismus im „Ring“, Nr. 49/52, dem Organ des deutschen Herrentums, ein.) Er würde von der Notwendigkeit einer Rückkehr zu den Werten einer „aristokratisch-qualitativen Auffassung des Lebens, des Menschen und des Staates“ sprechen, durchleuchten lassen „eine Sympathie für die innerfaschistischen Bestrebungen zur gesetzlichen Verankerung der geistigen Bedeutung der Aristokratie. Er würde es in Ordnung finden, wenn erklärt wird, daß „Arbeit, Rechtschaffenheit, Tüchtigkeit, Intelligenz nur bürgerliche Eigenschaften sind, die höheren Qualitäten des Adels über Ehr-, Traditions- und Treuegefühl, ferner der Stolz, seinem Fürsten jenseits jeglichen persönlichen Interesses zu dienen.“ Auszusetzen hätte er an solchen Gedanken einiger faschistischer Kollegen nur das Eine, daß sie „jene innere metaphysische überkirchliche Begründung“ von Tugend und der Lehre vom heiligen Recht vermissen lassen, die ein „wirklich geistiges Staatsideal vom bloß sozialpolitischen Gedanken des modernen Verfalles unterscheidet“. Der geistige Inhalt dieser Phrasologie aber, den enthält Evola in dem erstzitierten Aufsatz älteren Datums, wenn er dort schreibt: „Unser Gott kann nur der aristokratische Römer sein, der Gott der Patrier, zu dem man stehend und erhobenen Auges betet und den man an der Spitze der stolzen Legionen trägt. ... Unser Ideal kann nicht der Gottmensch sein, der Gott, der lebt und leidet ... sondern der stolze Mensch-Gott, der Held der hellenischen Mythen, Mithras, der Besieger der Sonne und des Stiers, Siva, der schreckliche, tanzende Gott,

die leuchtenden, mächtigen, kosmischen Wesen, gereinigt von Leidenschaft, erlöschend für Sehnsucht und Gier, gewirbt durch Mysterien. So sagen wir, daß, wenn der Faschismus Wille zur Welt Herrschaft ist, er, zur heidnischen Tradition und Geistigkeit zurückkehrend, wirklich er selber sein wird und dann wirklich in jener Seele beheimatet, die ihm heute noch

fehlt und die kein christlicher Glaube ihm jemals geben kann.“

Das also ist der Gott des Faschismus, der zur Gottheit gemachte Cäsar. Jene Wirklichkeiten und geistigen Voraussetzungen des Faschismus müssen erkannt, seine Einflüsse in die christliche Welt müssen gesehen werden, soll seine Überwindung kommen. Sie

kann — das sei wiederholt festgestellt — nicht allein auf der politischen Ebene erfolgen. Sie ist wirklich undenkbar ohne Wiedergeburt des Christentums, ohne Wiedergeburt der Sache Christi in den Seelen und Gesinnungen der Menschen. Sie ist notwendig, als wissenschaftlich-revolutionäre Erhebung für Freiheit und Evangelium.

Otto Bauer.

Der sozialdemokratische Parteitag

Die auf dem vergangenen Parteitag behandelten politischen, taktischen, agitatorischen und organisatorischen Fragegebiete zeigten sich alle mehr oder weniger bestimmend beeinflusst von dem großen Problem, das heute vor allem dem deutschsprachigen Sozialismus durch das Aufkommen des Nationalfaschismus gestellt ist. Es zeigt sich hierbei auch dem gläubigsten Massensten, daß der geschichtliche Prozeß in unseren Tagen denn doch nicht jener fast automatisch-unentrinnbare Weg zum Sozialismus ist; der Faschismus zeigt deutlich genug, daß die geschichtliche Entwicklung auch ganz anders als im sozialistischen Sinne ihren Lauf nehmen könnte. Die Arbeiterbewegung hat heute mehr zu tun, als der „Entwicklung zum Sozialismus“ ein wenig nachzuhelfen; sie muß alle ihre Kräfte anspannen, um auf dem Boden der gegenwärtigen Produktionsverhältnisse in Stelle dauernder kapitalistisch-faschistischer Despotie eine sozialistische Freiheitsordnung aufzurichten.

Leider hat der Parteitag in dieser Mobilisierung der aktiven sozialistischen Kräfte das Hauptgewicht auf das physikalisch-organisatorische Moment gelegt, während das gesinnungsmäßig-geistige nur ganz unzulänglich zur Geltung kam. Im Referat des Genossen Dr. Otto Bauer hätte der dargebotenen marxistischen Analyse des österreichischen Faschismus eine — vor allem für die Werbearbeit unter rationalsozialistischen Geistes — wichtige psychologische Durchleuchtung, ein Erlassen des geistigen Inhaltes des Faschismus folgen und in Beziehung zu Demokratie und Sozialismus gebracht werden müssen. Es genügt heute nicht, allgemein darauf hinzuweisen, daß Angestellte, pauperisierte Mittelstand usw. „Reservarmee“ des Faschismus sind, und daß wir um sie zu werben haben. Das Wie der Werbung, und zwar weniger die technischen als die geistigen Voraussetzungen bei uns selbst, steht zur Diskussion. Wie wenig dies aber gerade jenen Parteikreisen bewußt ist, die sich für besonders „radikal“ halten, dafür gibt etwa das Verlangen des Genossen Schuster, nationalsozialistisch gesinnte Gemeindeangestellte unter „Druck von oben“ zu stellen, beredtes Zeugnis. Das ist wohl das schmerzhafteste Gegenteil von Werbung! Gen. Dr. Otto Bauer hat festgestellt, daß jenen „unteren“ Schichten, die faschistischen Parolen folgen, die heutige Demokratie zu wenig als Garant politisch-sozialer Gerechtigkeit und Freiheit erscheint. Sollte sich da ein Parteitag nicht die Frage verlegen, inwieweit diese Schichten recht haben? Nicht nur insofern, als die wirtschaftliche Machtstellung kapitalistischer Kreise die bürgerliche Demokratie stark beherrscht, sondern auch insofern, als Fehlentwicklungen des demokratischen Systems festzustellen sind, indem ein parlamentarischer Zentralismus und staatlicher Bürokratismus und oft noch schlimmere Dinge den Inhalt der Demokratie verflachen und im Gegenteil verkehren? Ist es nicht so, daß auch die Kampfmethoden der Parteien, einschließlich der demokratischen, den geistigen Inhalt der Demokratie oft diskreditieren? Und schließlich: wenn man sagt, all dies gehe aufs Konto nicht der Sozialdemokratie, sondern der „bürgerlich-kapitalistischen“ Demokratie, — hat nicht eben die Sozialdemokratie es seit 1918 erlangt lassen an einem Ausbau der „bürgerlichen“ zur sozialistischen Demokratie? Wie besonders auch Paul Richters Referat über die Gewerkschaften zeigt, hat man den Kampf an der „Betriebsfront“ beinahe nur als Lohnkampf, weitaus zu wenig als Kampf um soziale Freiheit, Mitverantwortung und Mitbestimmung der Arbeiter geführt, und so dem kapitalistischen Gegner seine eigentlichen Machtpositionen gelassen, von denen aus er bald die 1918 verlorenen politischen Machtpositionen zurückgewinnen konnte.

Ein wirklich demokratische Überwindung des Faschismus, die zunächst daranzieht, die Quellen faschistischer Werbekraft zu verstopfen, seinen gesinnungsmäßigen Rückhalt in den Massen zu zerstören, und ihn dadurch zu einer jedermann klar erkennbaren volkfeindlichen Angelegenheit macht, wurde auf diesem Parteitag nicht angebahnt. Die Demokratie selbst wurde zumeist unter dem Ge-

sichtspunkt der politischen Zweckmäßigkeit erörtert. Daß der Sozialismus vor allem deswegen ein demokratischer sein muß, weil seine geschichtliche Mission die Erringung der politisch-sozialen Freiheit ist, weil sein Kommen gleichbedeutend ist mit der Überwindung der sozialen Angst, daß also die Demokratie — als Zwischenstadium und notwendige Grundlage auch die „bürgerliche“ Demokratie — eine grundsätzliche Sache für den Sozialismus ist; daß alle Kritik an der Demokratie niemals zur Kritik an ihrer geistigen Grundlage, sondern nur Kritik an gewissen heiligen Erscheinungen und Funktionsformen, also zum Teil zur Selbstkritik der heutigen Sozialdemokratie zu sein hat — von all dem war auf der Parteitag nichts zu hören.

Die Behandlung der Fragen Zulasser Abwehr des Faschismus brachte die erwartete Unterstreichung der Absicht, einer eventuellen faschistischen Gewaltaktion die „Gewalt der Arbeiterklasse entgegenzuverfe“. Abgesehen von unserer grundsätzlichen Ablehnung der Anwendung von Waffengewalt, abgesehen auch davon, daß eine bewaffnete Abwehr faschistischer Unternehmungen durch den Sozialismus heute auch von reinem Erfolgsstandpunkt absolut zu vermeiden ist, muß die Frage ausgedrückt werden, ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre, vor allem über jene außerparlamentarischen Aktionen auf dem Parteitag zu reden, die im Falle der Notwendigkeit ohne Anwendung von Waffengewalt eingesetzt werden könnten. Warum solche Aktionen nicht abgelehnt werden, sondern im Gegenteil gefördert werden, ist Sache der eigenen Gewissen. Wissen, was man tun soll, ist Sache der eigenen Vernunft. Wissen, was man tun darf, ist Sache der eigenen Gruppe. Wissen, was man tun soll, ist Sache der eigenen Vernunft. Wissen, was man tun darf, ist Sache der eigenen Gruppe. Wissen, was man tun soll, ist Sache der eigenen Vernunft. Wissen, was man tun darf, ist Sache der eigenen Gruppe.

Auch Fragen der Parteidemokratie wurden, besonders in der Jungfront-Debatte, zur Sprache gebracht. Es ist gewiß begrüßenswert, daß diesmal stark die Jüngeren zu Wort gekommen sind. — Einige Bezirksorganisationen brachten Anträge im Sinne stärkerer innerparteilicher Solidarität ein: Josefstadt verlangte eine Gehaltsgrenze von 1600 Schilling jährlich für Parteifunktionäre und Angestellte von Instituten der Arbeiterbewegung überhaupt. Über diese Anträge wurde auf Vorschlag des Parteivorstandes, der in einem Resolutionsantrag die diesbezüglichen Beschlüsse des Grazer Parteitages unterstrich, zur Tagesordnung übergegangen. Der Parteivorstand hätte hier überlegen müssen, daß die Annahme des Antrages Josefstadt erstens einmal geeignet gewesen wäre, die demagogischen Angriffen insbesondere von rechts den Boden zu entziehen, und daß zweitens — was noch weitaus wichtiger ist — der (von vielen Parteitagsgrednern reklamierte) in den Massen der Parteigeossenschaft selbst stark geschwächte „Glaube an die Demokratie“ nur gewonnen hätte. Daß eine Forderung nach Monatsbezügen von 800 Schilling Anlaß zu Heuchelei oder Ausfluß übertriebener Puritanismus wäre, können wir nicht annehmen; wenn dadurch die Privatindustrie oder der Staat sich zu gleichem Abbau von höherem Einkommen veranlaßt sehen, so ist ja auch das gerade kein Unglück; die Sozialdemokratie würde dann gewiß einer starken Vollerfüllung dieser ersparten Höchstbezüge zugunsten des Arbeitslosenfonds, oder für Arbeitsbeschaffung verlangen. — Zur Behandlung des Arbeitslosenproblems auf dem Parteitag ist zu bemerken, daß neben der gewiß sehr wichtigen Frage der finanziellen Sicherung und weiteren Verbes-

serung der Unterstützungen, die sozialistischen Arbeitsbeschaffungsordnungen, der Ausbau von Aktionen wie „Jugend am Werk“ zu wenig zur Sprache gekommen sind. Wenn damit auch die Arbeitslosigkeit nicht restlos beseitigt werden kann, so ist es gewiß, daß dadurch die arbeitshungrige Jugend gegen faschistisch-militaristische Experimente am besten immunisiert werden kann. Und noch wichtiger als dies sind wohl die damit verbundenen sozialen und pädagogischen Vorteile.

Die Durchberatung der Arbeitslosenzuge führte auch zum Problem der proletarischen Einheit. Neben heftigen Klagen über die demagogische Kampfmethode der Kommunisten wurde in den Debatten auch der Wille zur Einheit oft betont. Genosse Dr. Bauer erklärte hierzu, daß die Einheit nur durch direkte Verhandlungen zwischen den beiden Internationalen in die Wege geleitet werden könne; in Moskau werde man hierzu erst dann bereit sein, wenn man die Unmöglichkeit eines Niederrückens der zweiten Internationale einsehe. — Wir meinen, daß es — vor allem in Deutschland leistungsfördernd — Vorwarsch der Kommunisten auf Weg der Sozialdemokratie erst dann wirklich rückläufig gemacht werden kann, wenn ein neuer sozialistischer Aktivismus von Seite der demokratischen Sozialisten einsetzt. Dann werden jene Massen, die heute diesen Aktivismus auf sozialdemokratischer Seite vergebens suchen und oft nur darum nach links abwandern, wieder für die sozialistische Einheit auf dem demokratischen Boden zu gewinnen sein.

Der religiöse Sozialist hat der Parteitag gesagt, daß seine Position in der politischen Bewegung wichtiger denn je ist. Das ist auch schwerlich zu bestreiten. Der Parteitag feststehende Ziel zum „Radikalismus“ hat wenig zu tun mit dem von uns vertretenen sozialistischen Grundstradikalismus. Unsere Kritik an Erscheinungen des demokratischen Parlamentarismus, an denen die Sozialdemokratie in vielen Belangen zumindest passive Mitverantwortung trägt, kommt weder vom „rechten“ noch vom „linken“ Antidemokratismus, sondern gerade von unserer eindeutigen Bekenntnis zur vollen Demokratie, deren Ausbau von der bürgerlichen zur sozialistischen uns als eine der dringendsten Aufgaben des Sozialismus erscheint, und für die wir — nicht zuletzt durch unsere Kritik am heftigen Stand der Demokratie — die notwendigen Voraussetzungen anschaffen wollen. Hier vor allem setzt unser Radikalismus ein. Aber ein radikaler Glaube an die menschenheitsbefreiernde Sendung des Sozialismus ist, und ein Bestreben, diese Sendung in jedem Geist sozialistischer Zielsetzung und Kampfethode sichtbar werden zu lassen. Daß diese Sendung heute auch von eigenen Lager her bedroht ist, hat uns der Parteitag eindringlich gezeigt. Aus innerster Verantwortung um die sozialistische Sache sprechen wir darum aus, was wir sehen, und werden dies auch weiter tun. Dabei sind wir uns aber vollständig dessen bewußt, daß die letzten Ursachen der Krise und inneren Not des demokratischen Sozialismus in der Unzulänglichkeit seiner weltanschaulichen Begründung liegen, und daß hier vor allem andere der Hebel angegriffen werden muß.

Wilhelm Frank

Weihnachtsfeier

am Sonntag, den 18. Dezember, um halb 8 Uhr abends im Saale, VIII., Bismarplatz 1 A.

Festrede: Otto Bauer

Aus dem musikalischen Teil:
• Violinsonate Nr. 10 von W. A. Mozart
• Lesungen — Rezitationen.
• Alte und neue Weihnachtslieder
Allgemein zugänglich.

Rean return

Irene Grant

25. Beacon Co. N.Y.

MIENSCHHEITS- KÄMPFER

INHALT:

Sozialistische Passion / Otto Bauer: Die österreichische Situation / Wilhelm Frank: Faschismus in Deutschland / Im Streiflicht: Hitler hat kein Programm? — Faschismus in Claque und Frack — Wo stecken die Urheber des Reichstagsbrandes? — Demokratie oder Diktatur? / Aus der Bewegung



7. JAHR * MÄRZ 1933 * HEFT 3

MENSCHHEITSKÄMPFER

Monatsschrift der religiösen Sozialisten

Herausgeber, Eigentümer, Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Otto Bauer, Redakteur. Wien, XIII., Zennerstraße 22. / Alle Postsendungen an die Adresse des Herausgebers.
Bezugsbedingungen: Bezugspreis für das Halbjahr im Inland S 1.80, im Ausland RM 1.20. / Für die Mitglieder des Bundes ist das Bezugsgeld in den Mitgliedsbeitrag von S 2.40 pro Halbjahr eingeschlossen. / Einzahlungen auf das österreichische Postscheckkonto D 50.927. / Abbestellungen sind nur zum Schlusse eines Kalenderviertels zulässig. / Nicht abbestellte Abonnements gelten als erneuert. / Einzelnummer: 30 Groschen.
Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung gestattet. / Druck: „Adria“, Wien, II., Taborstraße 52 b.

7. Jahr

März 1933

Heft 3

Sozialistische Passion

Im Anfang hielt tiefe Finsternis das Land umfängen,
denn jeglichen Schimmer Freude hatten jene, die die Herrschaft übten, ausgelöscht durch ihre raffende Begierde.

Die Schlote ihrer Fabriken und Hochöfen türmten sie mit fremder Arbeit gegen das Firmament, und deren Rauchschwaden verdunkelten die Sonne der Gerechtigkeit und Freiheit schier für immer. Gebückt ging jedes Wesen, das in diesem Lande wirkte, Last drückte Rücken und Gemüter wie ein eisern Joch.

*

Doch in einer mitternächtigen Stunde erstand dem Volke,
das schwer an seiner Arbeit und an seinen Fesseln trug,
einer, dessen Stirn und Blick nach Osten war gerichtet.
Schwielen hatten seine Hände und in seinem Herzen war — o Wunder! —
ein Funke von dem Licht der früheren Tage aufbewahrt,
in dem die Finsternis des Unrechts und der Knechtschaft
nun ihren Herrn erkennen sollte.

*

Aufrecht stand er vor den Vielen,
und Worte hatte er des Lebens und der Zuversicht,
die sich in ihre Seelen senkten und ein neues Hoffen werden ließen,
das wie der junge Föhn durch ihre Brüste brauste.
Gleich wie ihr Hammer stets mit wuchtigen Schlägen
am Ambos krummes Eisen streckte,
strafften die Hammerschläge seiner Worte ihren Rücken,
und sprühten Funken in die Augen.
So war er selbst, und doch ihr Müssen, Wollen, Können, Weg und Ziel;
er lehrte sie im Gleichschritt schreiten, schritt stets voran und war doch mitten unter ihnen.

*

Wohl vierzig Jahre und noch mehr führt er sie durch die Wüste
dem Lande zu, in dem das Licht sollt König sein, von jeder Nacht gefeit.
Sie rasteten an den Oasen ihres Rechtes,
die wie Verheißung waren auf das Land des fernen Zieles.
Jedoch der jungen Freiheit ungewohnt erbauten sie Altäre just denselben Götzen,
die ihre einst'gen Herr'n und Vögte hoch verehrt.

Sie buhlten mit der Macht und zeugten deren Ingesinde.
Zu Scherben schlugen sie Gesetz und Botschaft ihres Führers und Erweckers.

Da hielten jene, die in ihrer Herrschaft und Begierde er bedrängte,
die Zeit gekommen, um sein Werk ihm mit dem Tode zu vergelten.
Mit ihres Hasses letzter Kraft ward er zur Richtstatt auf den Berg geschleppt,
den letzten Berg, den zu bezwingen es gegolten hätte,
ehe sich das Land der Sehnsucht ihm und seinem Volk geschenkt.

Als er am Querholz seines Leidens hing, zur Stunde, da es sich vollendete —
da barst der Fels der Macht der Mächtigen
und das Gefüge ihres Bollwerks, einst gekittet mit dem Blutschweiß Millionen Unterdrückter,
es zerfiel, so daß die Erde bebte.
Es riß der Säckel ihres Geizes und sein Inhalt goß sich in aufgebrochne Schlünde ohne Grund.
Aus ihren Gräbern stieg die uralt-ew'ge Weisheit
und zeugte für die Wahrheit dessen,
der einst kämpfte und nun litt für alle, die des Menschen Antlitz tragen.
Dem Volke, das er sich einst erkor, dem Arbeitsvolk —
vor dessen Auge fiel der Vorhang des Verhängnisses:
Im Leid sah es den Führer und Erwecker wieder.

Am dritten Tage führte er sein Volk vom Berg des Leidens
in das Land des freien Schaffens,
das allen Reichtum seinem Volk zu eigen gab.
Ein neues Leben baute Zelle sich auf Zelle,
und Friede band die Freude an die neugewordene Gemeinde. —
Er aber schritt dem Osten immer zu, dem Licht des ew'gen Tages froh entgegen,
Das Einen barg, der größer war als er, der Ausgang war und Heimgang alles Lebens.
In seine Hände legte er das Opfer der Erfüllung.

(Verfaßt zur Karfreitagsfeier 1932.)

Die österreichische Situation

In Österreich herrscht eine Abart des Ausnahmezustandes. Die derzeit im Amt befindliche Regierung führt ihre Regierungsgeschäfte auf Grund eines Kriegsermächtigungs-Gesetzes weiter, während das Parlament ausgeschaltet ist. Nach der allgemeinen Version sind wir von einer Parlamentskrise in eine Staatskrise schlimmster Form geschlittert. Doch ist die eine nur die logische Folge der andern. So sehr es den Anschein hat, als verdankten wir die Parlamentskrise nur dem launischen Zufall mit der Verwechslung der Stimmzettel, so war der doch nur der Anstoß, der genügte, die seit langem verspürbare strukturelle Krise der Parlamentsdemokratie akut werden zu lassen. In demokratischen Republiken wie Österreich, wo der bestimmende Einfluß zur Regierungsbildung als vom Parlament ausgehend gedacht ist müssen solche Parlamentskrisen, wenn gleich sie als scheinbar rein formale aufbre-

chen, zu Staatskrisen führen, besonders in der krisenschwangeren Zeit von heute.

Die inner- und außenpolitischen Hintergründe

Für den eigentlichen Sinn des aufgebrochenen Konfliktes sowie für den Inhalt der nunmehr hinter ihm wirkenden und treibenden Kräfte ist der unmittelbare Anlaß sehr bezeichnend. Der Konflikt kam zum Ausbruch im Kampfe um das Koalitionsrecht, um das Streikrecht, um betriebliche Mitbestimmungsfragen der Eisenbahnarbeiter und -Angestellten. Das hätte vielleicht nicht unbedingt so sein müssen. Der erste Präsident des Nationalrates hätte ebensogut bei der Abstimmung über den Lausanner Vertrag, wie bei der Abstimmung über jenes Kapitel des letzten Budgets, das die Kreditanstalt behandelt, von seinem Amt zurücktreten können. Als letzte Konsequenz der

Befolgung der Parteiparolen wäre dies verständlich gewesen. Vielleicht wäre es dann zu einer Regierungskrise gekommen, vielleicht auch zu einer Parlamentskrise. Von einer gewissen symbolischen Bedeutung aber ist, daß die Parlamentskrise eintrat im Zusammenhang mit der Abstimmung über die Eisenbahnerfrage. Denn hier legte sich der eigentliche Konfliktstoff unserer Zeit bloß: Auf der einen Seite die bis zu einem großen politischen Einfluß gelangte Arbeiterschaft und Angestelltenschaft, die ihr Einspruchsrecht und ihr Mitbestimmungsrecht in den Betrieben nicht preisgeben will, und auf der anderen Seite die auf autoritäre Betriebsführung eingestellte und nach dieser Richtung verstärkt drängende Wirtschaft. Das ist der typische Konfliktfall unserer Zeit, auf dessen Boden der Faschismus entstand, der in allen Schattierungen die Abschaffung des politischen Einspruchsrechtes der Arbeitenden in die Wirtschaft durchführen will.

Darum ist es kein Wunder, daß sich sogleich nach dem Eintritt der Parlamentskrise die eigentlichen faschistischen Kreise besonders rührig zeigten. Hinter den Schlagworten vom Kampf gegen die „Auswüchse der westlerischen Demokratie und Gleichmacherei“, gegen einen „wirtschaftsschädlichen Parlamentarismus“ und gegen den „volksfremden Marxismus“ verbergen sie auch heute noch ihre eigentlichen faschistischen Ziele: Die Ausschaltung aller Organe eines demokratischen Mitbestimmungsrechtes des Volkes, namentlich die Ausschaltung demokratischer Mitbestimmungsrechte der Arbeitenden bei den Reorganisationsversuchen der Wirtschaft, den Kampf gegen die Organisationen und sozialen Rechte und Freiheiten der Arbeiterschaft und Angestellten, kurzum: die Diktatur. Der entscheidende Angriff auf Demokratie und Sozialismus von Seiten des Faschismus hat nun auch hierzulande eingesetzt und ist bereits weit vorwärts getragen worden.

Was bisher von der Regierung auf Grund des Kriegs-Ermächtigungsgesetzes an politischen Maßnahmen durchgeführt wurde, was außerdem geplant wird bezüglich einer Abänderung der Geschäftsordnung des Parlaments und bezüglich neuer Ermächtigungsgesetze, das alles kann in dieser Situation keine andere Wirkung haben, als daß die legale Faschisierung Österreichs vorwärtsgetrieben wird. Die Aufhebung der Versammlungsfreiheit, die Knebelung der Presse, Maß-

nahmen, von welchen man nicht einmal sagen kann, daß sie vormärzlich wären, weil sie um vieles reaktionärer sind, das alles sind typisch faschistische Methoden. Der Faschismus muß, will er sich etablieren, die politische Diskussion, die Möglichkeit zu ihr, aufheben.

Über die zur Faschisierung drängende Wirkung der bisherigen Regierungsmaßnahmen darf der Umstand nicht hinwegtäuschen, daß die Einschränkungen der Freiheitsrechte, die Auswirkungen des „autoritären Kurses“ nicht allein gegen Links gerichtet sind, sondern sich auch gegen den Nationalsozialismus richten sollen. Dessen politischer Auftrieb, verstärkt durch die Ereignisse in Deutschland, soll unterbunden werden. Der in Betrieb gesetzte Rechtskurs soll in der österreichischen Bevölkerung den Glauben an die politische Existenzberechtigung der Nationalsozialisten beseitigen helfen. Man vergesse schließlich nicht, daß nach der Umlegung der süddeutschen, entscheidend unter katholischem Einfluß gestandenen Regierungspositionen es für den politischen Katholizismus von wertvollster Bedeutung ist, Wien, d. h. Österreich als Faustpfand, als Position gegen Berlin in der Hand zu haben, wenigstens hier nicht dem Hitlertum weichen zu müssen.

Das alles mag und wird zu „inner-faschistischen“ Konflikten führen. Aber das sind nur häusliche Angelegenheiten der Faschisten, die werden in der Regel „familiär“, d. h. hinter den Kulissen erledigt. Wie immer sie erledigt werden, ob Dollfuß geht oder Rintelen kommt, die Kursrichtung bleibt faschistisch, bei allen graduellen Unterschieden.

Die Hartnäckigkeit der Regierung Dollfuß, die Verbissenheit in ihren Standpunkt, die bei ihr ungewöhnliche Unzugänglichkeit für den herkömmlichen parlamentarischen Ausgleich, das ist nicht völlig erklärbar, wenn man nur die hintergründlichen faschistischen Strömungen in Betracht zieht, auf die sie sich in Österreich stützen kann. Offenbar spielen hier auch **außenpolitische** Einflüsse eine große, wenn nicht die entscheidende Rolle.

Seit jeher ringen die europäischen Großmächte um den Einfluß in Österreich, das eine geographische und politische Schlüsselstellung einnimmt. Das System Dollfuß, ausgestattet mit diktatorischen Vollmachten, hat seine Sympathien in und für Rom. Die italienische Außenpolitik braucht Österreich, damit in dem angestrebten faschistischen Staatenbund Mussolini

und Italien das Übergewicht besitzen. Würde sich Österreich an Deutschland annähern, dann könnte Hitler gegenüber Mussolini an Bedeutung gewinnen. Unterbleiben aber in Österreich die Neuwahlen, die die Hitlerleute mit ziemlicher Stärke in das Parlament und in die Regierung brächten, etabliert sich hier ein „autoritäres System“, dann muß Hitler bei seinem nächsten Besuch in Rom einen erhöhten Preis für die außenpolitische Unterstützung des heutigen Deutschland durch das faschistische Italien bezahlen, das außenpolitische Führerprestige Mussolinis ist gesichert. Hinter den Kulissen der österreichischen Staatskrise sind also auch außenpolitische, diplomatische Intriguen im Gange. Der „autoritäre Kurs“ in Österreich hat auch mächtige ausländische Gönner.

Damit sind die Grundlagen der politischen Position der Regierung Dollfuß dargelegt. Ihre augenblickliche machtpolitische Stärke entbehrt nicht einer gewissen Überlegenheit. Sie wird ihren Einfluß auf die Bevölkerung zu verstärken trachten, indem sie auch wirtschaftliche Notverordnungen herausgibt. Über deren positiven volkswirtschaftlichen Wert kann natürlich im vorhinein kein Urteil gebildet werden. Es ist aber auf Grund der bisherigen Erfahrungen nicht ausgeschlossen, daß der Kapitalismus gewisse unumgängliche „Betriebsunkosten“ auf sich nimmt, wenn seine Macht renoviert werden soll. Die Regierung Dollfuß wird nichts unterlassen, um sich als humanerer Hitler-Ersatz anzupreisen. „Toleriert Dollfuß, um einem Hitler zu entgehen!“ Damit wendet sie sich nicht allein an jenen geliebten Staatsbürger, der grundsätzlich auf seine Ruhe bedacht ist und es deswegen sogar in Kauf nimmt, wenn andere Eins mit dem Gummiknüttl über den Mund erhalten. Es steckt darin eine Einladung an die Linke, verstärkt mit möglichst deutlichen Demonstrationen der staatlichen Brachialgewalt.

Und der Sozialismus? Die Abwehr?

Durch die Massen der sozialistischen Arbeiterschaft geht ein leidenschaftliches Aufbegehren gegen die faschistischen Angriffe auf die Freiheitsrechte. **Zu diesem Willen stehen wir voll und ganz!** Denn indem die sozialistischen Massen heute als die einzige politisch wirksame Großgruppe sich für politische Gewissensfreiheit, für die demokratischen Grundrechte einsetzen, betätigen sie weit mehr praktisches Christentum, als in der Politik der ge-

samten Rechten anzutreffen war und ist. Die persönlichen Freiheitsrechte sind eben nicht nur ein Auswuchs der „westlerischen Demokratie“; sie erfahren ihre tiefste und letzte Begründung und Bestätigung aus dem Geiste der christlichen Brüderlichkeit und Freiheit. **Es ist ein Stück christliches Erbgut, um das heute die sozialistischen Massen kämpfen.** Schändlich, über alle Maßen schändlich ist nur, wie sie hiebei — von vereinzelt, rühmlichen Ausnahmen abgesehen — von Seiten des offiziellen Christentums im Stiche gelassen werden. Die zynische Art, mit der man dort meint, über die vielen Opfer, die die sozialistischen Massen unter der Führung der sozialdemokratischen Fraktion für den Staat gebracht haben, zur faschistischen Tagesordnung übergehen zu können, ihr bleibt die Verantwortung vor der Geschichte nicht erspart!

Unterzieht man nun die Möglichkeiten und Aussichten der Abwehr und des Widerstandes einer verantwortungsbewußten Überprüfung, so kommt man über die Frage nicht hinweg: War der 15. März für die Abwehr des faschistischen Angriffs nicht dasselbe, was der 20. Juli 1932 für Deutschlands Linke war? Wurde nicht der richtige Moment zum Einsatz des organisierten Widerstandes versäumt, als die an jenem Tage zusammengetretene Opposition des Nationalrates es nicht auf das „letzte“, auf das „äußerste“ ankommen ließ oder ankommen lassen konnte, d. h. auf ihre Verhaftung?

Schon die allernächste Zukunft wird darauf eine eindeutige Antwort geben. Die Verantwortung, die in diesem Augenblick bei der sozialdemokratischen Fraktion gelegen ist, war sicherlich nach **jeder** Richtung riesengroß. Sicher lag auch darin, wie stets bei den Entschlüssen der Linken, das größere reale Verantwortungsbewußtsein für das Ganze. Das ist ein Wert, mag er augenblicklich auch keine Vorteile bringen. Nur billige Demagogie könnte **leichtfertig** auf sich nehmen, was im Falle einer Verhaftung der oppositionellen Abgeordneten nicht nur für diese allein an Folgen eingetreten wäre.

Und doch bleibt die Frage von vorhin in aller Schärfe bestehen. Denn die gegenwärtige Staatskrise kann nur zwei Ursachen haben. Entweder kommt sie aus dem Versuch zur Etablierung eines faschistischen Systems oder aus dem Willen zur Erzwingung einer möglichst gefügigen Tolerierungspolitik durch die Linke für ein „autoritäres System“, das die

erste Etappe auf dem Weg zum offenen Faschismus bedeutet. Will man das eine verhindern und das andere nicht mitmachen, dann gibt es einen Punkt, über den man nicht hinausgehen kann, soll das einzige Abwehrmittel der Arbeiterschaft, die allgemeine Arbeitsniederlegung, der Generalstreik, die Wirkung eines **verhindernden** Vetos haben, und nicht nur der Ausdruck der Massenverzweiflung sein. Wenn also der Generalstreik überhaupt anwendbar ist, so hat man ihn durchzuführen, so lange er nach menschlicher Aussicht verhindernde Wirkung hat.

Wenn dem aber nicht so ist? Wenn der Augenblick für einen **positiv wirksamen** Einsatz der letzten Mittel unbenutzt vorübergegangen sein sollte?

Diese Fragestellung ist wahrlich nicht Miesmacherei. Im Gegenteil. Dem Sozialisten ist es eben nicht gestattet, so töricht zu sein, aus Illusionen Kräfte schöpfen zu wollen. Eine falsche Einschätzung der Sachlage aber wäre die verhängnisvollste Illusion. Mögen sich Reaktionäre an Illusionen berauschen, wir brauchen Kraft. Religiöse Sozialisten beziehen ihren Glauben an die schließliche Sieghaftigkeit des Sozialismus nicht aus Illusionen, sondern aus der Überzeugung, daß seine, des Sozialismus Wahrheit und sein Recht aus einer ewigen Welt stammen, wogegen auch Reaktionäre und Gegenrevolutionäre nicht aufkommen können. Darum vergeben wir uns nichts von unserer Entschlossenheit und Kraft, wenn wir die augenblickliche machtpolitische Überlegenheit der anderen Seite feststellen. Die **unfreiwillige Wehrlosigkeit** der Arbeiterschaft, von den Verfechtern des gewaltlosen Widerstandes in diesem Sinne und in solchen Formen niemals angestrebt, ist das Erschütterndste und Tragischeste, was wir jetzt zu erleben haben, in Deutschland und überall, wo der Faschismus zum Generalangriff übergeht. Heute ist nicht der Augenblick, um darüber zu rechten, inwieweit dies die Schuld der bisherigen politischen Methodik des Sozialismus ist. Darauf wurde des öfteren von hier aus verwiesen. Echte „passive“ Widerstandskräfte, die in ihrer Außenwirkung **höchst aktiv** sind, können sich eben unmöglich in einer zwieschlächtigen Haltung zur Frage der militanten Gewalt und der Demokratie herausbilden. Besitzt der faschistische Gegner unkontrollierbare, durchorganisierte Formationen der Brachial-Gewalt, dann kommt es mehr denn je auf das Vorhandensein von Organen

des passiven Widerstandes an. Ansonsten trifft man eines Tages auf einen Gegner, dessen Gewaltglaube eindeutig prinzipiell ist — und dann ist man der Unterlegene, wenn einem eben angeboten ist, Vertreter der freiheitlichen Sache zu sein.

Möglich, daß der Sozialismus in Europa unten durch muß, eine Periode umfassender Verfolgung zu erwarten hat. Das wird keinen überzeugten Sozialisten irre machen können. Die neue Erhebung der sozialistischen Sache ist unvermeidlich. Die Sache eines freiheitlichen, demokratischen — im echten Sinne des Wortes —, eines christlichen Sozialismus ist nicht verloren. Der Sozialismus ist nicht gebunden an seine heutigen Formen. Das mögen sich besonders jene gesagt sein lassen, die meinen, große Wunder getan zu haben, wenn sie zu deren Zerschlagung ausholen. Die Berufung und Verheißung seiner Sache lebt weiter, auch wenn die heutigen Formen der Arbeiterbewegung zertrümmert werden. „Eines allerdings ist sicher: so viel auch die neue Arbeiterbewegung von der bisherigen übernehmen mag — sie muß eine neue sein, wenn sie den Faschismus schlagen will.“ („A.-Z.“ vom 18. III. in einem Brief aus Deutschland.) Dem stimmen wir zu. Der faschistische Angriff auf den Sozialismus wird schließlich mit dessen Erneuerung enden. Für die Wahrheit und die Berufung des Sozialismus werden, wenn die alten zum Verstummen gebracht werden sollten, neue Zeugen erstehen, neue kraftvolle Vertreter; neue Gefäße werden sich bilden, in denen sich die alte Wahrheit wieder kundgibt.

Darum wollen wir auch mitten in aller Bedrängnis der sozialistischen Sache schon heute bedacht sein, daß die Zellen für die neue Erhebung der sozialistischen Sache, die Kaders für die erneuerte Freiheitsbewegung der Arbeiterschaft da sind. Mehr denn je gilt es jene zu sammeln und in Aktion zu führen, die gleich uns der Überzeugung sind, daß der Weg zur neuen kraftvollen Erhebung des Sozialismus über seine Erneuerung aus den Kräften seines Ursprungs führt. Es gilt mit Schwert und Kelle auf dem Posten zu sein!

Der Sozialismus, an den wir glauben, für den wir leben und wirken, für den wir zu jedem Opfer bereit sind — er lebt auch unter einem autoritären System und auch unter einer Diktatur weiter bis zum Tage seiner neuen Erhebung. Dem Werke haben wir uns verpflichtet!

Otto Bauer.

Faschismus in Deutschland

Erst seit dem 5. März kann man Deutschland mit vollem Recht ein faschistisches Land nennen. Nicht in dem Sinne, daß das Ergebnis der Wahlentscheidung dieses Tages etwaige letzte Reste eines demokratischen und sozialistischen Widerstandes erst hätte aus dem Wege räumen müssen. Dies war im Grunde nicht mehr nötig. Der Wahltag brachte vielmehr eine auf ziemlich lange Sicht endgültige Entscheidung innerhalb der verschiedenen Gruppen der Reaktion selbst, und diese Entscheidung ist in einem sehr eindeutigen Ausmaß zugunsten des reinen Faschismus ausgefallen. Obwohl Hitler — entsprechend dem Inhalt des im Kerne liberalen „Sozialprogramms“ seiner Bewegung — nicht daran denken kann und wird, die sozialen und wirtschaftlichen Machtpositionen des deutschnationalen junkerlich-schwerindustriellen Flügels der Reaktion wirklich in Frage zu stellen*), greift er um so nachdrücklicher nach allen Machtinstrumenten und -Stellen der deutschen Innenpolitik. Dies vor allem in den — vor dem 5. März dem unmittelbaren Einfluß des Nationalsozialismus noch nicht ganz ausgelieferten — süddeutschen Ländern, deren letzte Widerstandsversuche angesichts der gerade hier am gewaltigsten in Erscheinung tretenden Zunahme des nationalsozialistischen Einflusses auf die Bevölkerung in sich selbst zusammenfallen mußten. Daß damit die bayrisch-wittelsbachische Reaktion ihre aufflackernden Hoffnungen, ihre Restaurationsbestrebungen (gegen den Willen der Berliner Zentralgewalt verwirklichen zu können, wieder eingraben mußte, ist nicht so wichtig zu nehmen als die Tatsache, daß mit der restlosen Faschisierung Bayerns, Württembergs und Badens der **politische Katholizismus** seine letzten politischen Machtpositionen räumen mußte. Auch der deutsche Katholizismus wird nun mit Hitler seinen „Lateranvertrag“ schließen müssen, um nicht die „seelsorglichen Belange“, die eigentlich **kirchlichen** Machtpositionen (um deren Sicherung willen er auch in Italien das öffentliche Leben widerspruchslos dem faschistischen Neuheidentum überlassen hat) zu riskieren. Damit ist für den deutschen Faschismus vollständig freie Bahn geschaffen.

Es ist unzweifelhaft, daß die erfolgreiche agitatorische Bearbeitung des deutschen Volkes

*) Siehe die Notiz: „Hat Hitler kein Programm?“ in dieser Nummer!

durch den Nationalsozialismus jenes entscheidende Faktum gewesen ist, das den machtpolitischen Endsieg des Faschismus herbeiführte. Andere, besser bewaffnete und wohl auch diszipliniertere Gruppen der deutschen Reaktion, die vor der Etablierung des Regimes Hitler weitgehend den Machtapparat des Reiches beherrschten, sind von der gewaltigen Stoßkraft des die Hälfte des Volkes einfach mitreißenden Faschismus beiseitegeschoben worden. Kann man angesichts dessen, was wir als Begleiterscheinungen der faschistischen Macht ergreifung erleben müssen, kann man da noch sagen, daß es allein die wirtschaftliche Notlage des deutschen Volkes ist, die dem Nationalsozialismus am 5. März fast 18 Millionen Wähler brachte, die seinen Taten indirekt jenen Schein einer „demokratischen Berechtigung“ verleiht? Die furchtbare Wirtschaftsnot mag gewiß mit ein hervorragender Anlaß der Ausbreitung des Nationalsozialismus im Volk sein; allein was wir da als „Aufbruch der Nation“ erleben, das ist wahrlich kein Ausfluß einer Verzweiflung aus wirtschaftlicher Not, sondern, geradeheraus gesagt, Ausfluß einer nationalistischen und „antimarxistischen“ Haßdämonie, die in den letzten Jahrhunderten der inneren Geschichte Deutschlands nicht ihresgleichen findet. Zehnmal menschlicher als die angeblich von der „Auslese“ und der „Intelligenz“ geführte faschistische Gegenrevolution, hundertmal mehr dem urdeutschen Empfinden der Achtung ehrlicher Gesinnung auch beim Gegner entsprechend hat sich die deutsche Arbeiterschaft verhalten, da sie, wahrhaftig aus keinem Schlaraffenland zurückkehrend, im Jahre 1918 ihre Revolution vollzog! Mit derart berechnendem Haß, mit derartiger Schändung der Menschenwürde handelt keine Bewegung, deren Haupttriebkraft die Verzweiflung des Hungers ist, am allerwenigsten eine auf wirkliche Gesellschaftserneuerung gerichtete Bewegung. Nur die furchtbarste dämonische Besessenheit kann zustandebringen, was der deutsche Faschismus im Dienste und in Begleitung seiner Machtübernahme tut. Der Ausbruch dieser Besessenheit auf deutschem Boden zeigt uns klar, daß die eigentliche Letztursache unserer Zeitkrisen nicht wirtschaftlicher, sondern geistig-seelischer Natur ist; die Wirtschaftskrise ist vielfach nur eine abgeleitete natürliche Folgeerscheinung der Macht-Dämonie, der inner- und übervölki-

schen Unverbundenheit und Verantwortungslosigkeit, die heute überall in der Welt herrschen.

Unverbundenheit und Verantwortungslosigkeit: das sind die tragenden Grundkräfte des herrschenden deutschen Faschismus. Nach außen zu wird dies zunächst deutlichst sichtbar. Jeder Nationalismus ist im Grunde genommen ein Sich-Hinwegsetzen über naturgegebene Bindungen. Die natürliche Bindung durch die blutsmäßige, nationale Volkseinheit wird verabsolutiert, die ebenso „natürlich“ wie geistig und sittlich zu begründende Bindung von Volk zu Volk geleugnet. Das Bekenntnis zum ewigen „Kampf ums Dasein“ zwischen den Völkern — das Grunddogma jedes Nationalismus also — hat dieselbe geistige Wurzel wie der manchesterliberale Kapitalismus.

Aber auch nach innen zu entbindet der nationalistische Faschismus keine echten Aufbaukräfte, sondern nur solche zerstörender Natur. Darüber dürfen uns alle schönen Worte von „Volksgemeinschaft“ nicht hinwegtäuschen. Es gibt heute keine wahre politische oder soziale Neugestaltung, die sich auf Vergewaltigung irgendeines Volksteiles gründen kann. Diese Vergewaltigung ist aber die „Ersünde“ des Faschismus, die auch dadurch nicht gerechtfertigt wird, daß vorübergehend eine Volksmehrheit ihr zustimmt. Daß der Faschismus mit der politischen Anschauung und Zielsetzung des vielleicht wichtigsten Teiles des deutschen Volkes nichts anderes anfangen kann, als daß er sie in einem Blutmeer zu ersticken versucht, dies zeigt, daß er kein Anbruch einer sozialen und politischen Neugestaltung, sondern Zerfallserscheinung einer untergehenden Epoche, ein letzter Fieberschauer der allgemeinen sozialen und politischen Destruktion ist.

Gerade deswegen meinen viele, auch viele Sozialisten, dem Faschismus müsse jeder Versuch einer Teilbesserung der wirtschaftlichen Lage mißlingen. Wir können uns nicht ohneweiters zu dieser Meinung bekennen. Wir halten es für möglich, daß der deutsche Faschismus vorübergehend wenigstens einem Teil des Volkes Arbeit und Brot schafft. Nicht daran muß er im Grunde scheitern, daß er die wirtschaftlichen Dinge nicht meistern kann. Eine rechtlos und kampfunfähig gemachte Arbeiterschaft kann der Kapitalismus als einen bedeutend sichereren Posten in seine „Stabilisierungsberechnungen“ einfügen, als eine vom Faschismus nicht niedergeworfene Arbeiterschaft. Der

Faschismus und die von ihm machtpolitisch gestützten kapitalistischen Wirtschaftsführer werden alles daransetzen, um dem deutschen Volke an Stelle der geraubten Freiheit wenigstens etwas mehr — sicherlich noch lange nicht ausreichend! — Brot zu geben. Sie werden zu zeigen versuchen, daß man von der Freiheit eben „nichts abbeißen“ kann — und leider wird sich hier zeigen, daß eine gewisse Denkweise im Sozialismus, die diesen vor allem als „Magenfrage“ aufgefaßt wissen wollte, einer derartigen Gesinnung einigermaßen vorgearbeitet hat.

Die unerbittliche Feindschaft des deutschen wie jedes anderen Faschismus gegen die geistige, politische und soziale Freiheit, gegen jeden vertikalen und horizontalen Föderalismus, zeigt übrigens, daß der Faschismus auf **deutschem** Boden der furchtbarste Selbstwiderspruch ist, der sich denken läßt. Vielleicht keinem andern Volke ist der Gedanke der Freiheit des Denkens, der innere Abscheu gegen jeden Polizeistaat, gegen jeden autokratischen Zentralismus eine solche innere Selbstverständlichkeit, wie dem deutschen. Die hervorragendsten Verfechter einer geistigen Auffassung des deutschen Nationalismus, etwa ein H. St. Chamberlain, haben die Gedanken der Freiheit, der Toleranz, der Selbstbestimmung (Gott sei Dank in einseitiger Hervorhebung) als **die germanischen** Wesensmerkmale gefeiert. Unter diesem Gesichtspunkt ist in der Tat der nationalsozialistische Faschismus das denkbar Un-Deutscheste *)! Umgekehrt kann man sagen, daß der moderne Sozialismus als Freiheitsbewegung eben alles andere als ein „Produkt jüdisch-zersetzenden Geistes“, sondern ein echtes Gewächs deutschen Geistes ist. Die vom Faschismus grimmig verfolgten „Ideen von 1789“, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, — sie sind auf einem dem deutschen rassistisch durchaus verwandten Boden gewachsen! Nicht zuletzt im Namen der besten Kräfte des deutschen Volkscharakters, im Anruf und Appell an sie, wird daher der wiedererstehende Sozialismus den

*) Daß der Faschismus in Deutschland heute die Volksmehrheit auf seiner Seite hat, ist kein Beweis gegen diese Feststellung. Wie viele Hitler-Wähler mögen in ihrem Begeisterungstaumel am 5. März bedacht haben, daß sie sich selbst nun aller politischen und geistigen Freiheit entäußern?

Kampf gegen die faschistische Diktatur aufzunehmen haben.

Denn daß der Sozialismus den Kampf nun wieder ganz von vorne anfangen muß, darüber gibt es wohl keinen Zweifel mehr. In der Verteidigung des 1918 Errungenen hat er, Führung wie Masse gleichermaßen, in einem auch vom ärgsten Pessimisten nicht erwarteten Ausmaß versagt. Diese allgemeine Kraftlosigkeit ist ebensowenig wie die faschistische Psychose von wirtschaftlichen, sondern vielmehr von geistigen Tatsachen abhängig. Das Versagen des Sozialismus in diesen Tagen war ein geistiges Versagen, ein Aussetzen der sozialistischen Glaubenskraft. Die Geschichte wird nun einmal von unmittelbar wirkenden Kräften regiert: und nur dann kann die faschistische Kraft der Dämonie und Brutalität überwunden werden, wenn die gegen sie aufstehenden sozialistischen Kräfte eben wirkliche Kräfte sind. Es muß alles geschehen, daß die nach dem ersten Austoben des faschistischen Rausches

Die „letzte Instanz“

In unseren Tagen der — wie bisher noch nie offen zutage tretenden — inneren und äußeren Krise des gesellschaftlichen Lebens, von der auch die sozialistische Bewegung zutiefst berührt ist, liegt die Beschäftigung mit der Frage nach den eigentlichen Triebkräften und den bestimmenden Faktoren der Menschheitsgeschichte ganz besonders nahe. Sind dies geistige und materielle Kräfte in schließlich unkontrollierbarer Wechselwirkung, oder ist es — wie der neue Nationalismus behauptet — Blut und Rasse, wodurch der Verlauf der Menschheitsgeschichte vor allem bestimmt wird? Oder behält schließlich doch die „marxistische Geschichtsauffassung“ recht, indem sie alles Sozialgeschehen in die — letztinstanzlich ökonomisch begründete — soziale Kausalität einbezieht?

Mehr als der früher erschienene erste Band vom „Lehrbuch der Materialistischen Geschichtsauffassung“ Max Adlers geht der nunmehr vorliegende erste Teil des zweiten Bandes *)

*) Die statischen Grundbegriffe. 234 Seiten Großoktav, Ln. Mk. 4,50, kart. Mk. 3.—. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30. Bezügl. des 1. Bandes des Werkes siehe „Menschheitskämpfer“, 5. Jahr, Nr. 8, Seite 2: „Religion und Marxismus“.

wieder wirksam werdenden sozialistischen Gegenkräfte aus jenem Reich stammen, von wo aus allein sie siegreich sein können. Der faschistischen Zerreißung des Volkes muß der Sozialismus die wahre, echten sittlichen Kräfte erwachsende Volksgemeinschaft entgegensetzen, dem Haß die Liebe, der Vergewaltigung die Verantwortung. Der Sozialismus darf sich nicht zur proletarischen Geheimbund-Sekte verengen lassen, sondern muß mehr denn je mit dem Faschismus ums Ganze, und die sozialistische, erst wahrhaft völkische (nicht nationalistic verstanden!) neue Gemeinschaft kämpfen. Wo aber der Sozialismus noch die Freiheit der Bewegung und des Ringens um die Volksseele hat, dort möge er, ehe es zu spät ist, aus dem furchtbaren Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung die Notwendigkeit einer weltanschaulich und politisch-sozial universalen Zielsetzung ersehen!

Wilhelm Frank.

auf die Einzelfragen des Verhältnisses zwischen Ökonomik und den übrigen gleichbleibenden natürlichen und geistigen Faktoren des Soziallebens (Max Adler nennt sie die „statischen“ Faktoren) ein. Die geschichtliche Wirksamkeit der Ideen, des Geistes, der Wissenschaft und der Technik, der Naturbeschaffenheit (in geographischer Hinsicht), der Rasse, der Familie, der psychologischen Faktoren, und der Gewalt wird in Beziehung gesetzt zur „sozialen Kausalität“; ferner ist die soziale Bedeutung und Reichweite des „freien Willens“ und des „Zufalls“ Gegenstand der Untersuchung.

Alle diese Geschichtsfaktoren stehen nach Adler nicht als solche, nicht unmittelbar, sondern erst im Rahmen ihres geschichtlichen, konkreten Wirksamwerdens in einem Abhängigkeits- und Bestimmtheitsverhältnis zur „sozialen Kausalität“. Adler nennt diese „bestimmte Einordnung der Faktoren des sozialen Prozesses in ein geordnetes Kausalgefüge“ die „theoretische Leistung der materialistischen Geschichtsauffassung“. Die ökonomischen Verhältnisse seien zwar nicht die einzig geschichtlich wirksamen, wohl aber die alle anderen geschichtswirkenden Momente „in letzter Instanz“ bestimmenden Faktoren. „Indem sie (die materialistische Geschichtsauffassung) jedoch die ökonomische Struktur als das ‚in letzter Linie‘ entscheidende

Moment ansieht, gibt sie für die kausale Erklärung des sozialen Prozesses eine feste Grundorientierung an, und ermöglicht so erst eine wirkliche Kausaltheorie des gesellschaftlichen Lebens, die sonst bei der vagen Vorstellung eines bloßen „Mitbeteiligtseins“ der ökonomischen Verhältnisse ins Unbestimmte und Unbestimmbare zerfließen müßte.“

Wir haben schon anlässlich der Kritik am ersten Band des Adlerschen Werkes auf die letzte Unbeweisbarkeit, auf den — so paradox dies klingt — „weltanschaulich-metaphysischen“ Charakter der Auffassung, der soziale Lebensprozeß der Menschheit sei in eine restlose Kausalität einverleibbar, hingewiesen. Die vorliegende Fortsetzung des Werkes zeigt dies noch deutlicher als die „allgemeine Grundlegung“. Mit großem Fleiß und gewohnter Gründlichkeit hat Adler hier die mannigfachen Beziehungen der „statischen“ Geschichtsfaktoren zur „ökonomisch bedingten“ sozialen Kausalität untersucht. Aber es ist ihm nicht gelungen und konnte ihm nicht gelingen, einen wirklichen Beweis dafür zu liefern, daß die Wirksamkeit dieser sämtlichen Naturfaktoren tatsächlich „in letzter Instanz“ auf die ökonomischen Verhältnisse zurückgeführt werden könne.

Unleugbar liegt dem Bestreben nach restloser kausalwissenschaftlicher Erfassung des individuellen und sozialen menschlichen Lebens eine bestimmte weltanschauliche Einstellung, eben die rationalistische, zugrunde. Sie ist zwar nicht notwendig „materialistisch“ im philosophischen Sinn (Adler grenzt seine geistige Position scharf vom weltanschaulichen Materialismus ab), leitet jedoch ihre geistige Existenz aus derselben „naturwissenschaftlichen“ Denkweise des 19. Jahrhunderts her, aus der schließlich auch der weltanschauliche Materialismus stammt. Die streng marxistische Soziologie will im selben Sinne „Wissenschaft von Menschen“ sein, als irgend ein anderer Zweig der Naturwissenschaft vom entsprechenden Naturgebiet. Sie erkennt zwar — wie besonders auch Max Adler — das Geistige als Naturbestandteil des menschlichen Bereiches an, betont somit die Andersartigkeit der sozialen Kausalität im Vergleich zur übrigen Naturkausalität. Aber „es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit“, und die Lehre verlangt die „bestimmte Einordnung der Faktoren des sozialen Prozesses in ein geordnetes Kausalgefüge“. Ordnung muß sein, sonst hört sich eben jede ehrsame Wissenschaft auf, zerfließt ins „Unbestimmte und Unbestimmbare“.

Nun zeigt aber gerade die Adlersche Gegenüberstellung der Welt der Ökonomik mit der Welt der geistigen und natürlichen Sozialfaktoren, daß diese Faktoren aller wissenschaftlichen Mühen spotten. Überall bleibt ein Rest, mit dem sich Adler herumschlägt, und, da sich dieser Rest nicht gutwillig fügt, schließlich mit der Kanone der „letzten Instanz“, den ökonomischen Verhältnissen, totgeschossen wird. So geht es durchgängig in den Kapiteln vom Geistigen, von der Wissenschaft, von der Naturumgebung (den geographischen Verhältnissen), der Rasse, der Psychologie usw. — Adler polemisiert z. B. gegen Plechanow, der meint, daß „die Entwicklung der Produktivkräfte, die in letzter Instanz die Entwicklung aller gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmt, selbst wieder durch die Beschaffenheit der geographischen Naturbedingungen bestimmt wird“; Adler sucht demgegenüber nachzuweisen, daß eine und dieselbe Landschaft in der Gesamtheit ihrer natürlichen Lebensvoraussetzungen auf die verschiedensten, nacheinander darin wohnenden Völkern ganz verschiedenartige Wirkungen hinsichtlich des sozialen Lebens zeitigte. „Nicht schon der fruchtbare Boden bewirkt den Übergang von einem nomadisierenden zu einem ansässigen Ackerbau treibenden Volk. Jahrtausende sind Hirtenvölker auf fruchtbarstem Boden umhergezogen, ohne ansässig zu werden...“ Die Sesshaftigkeit sei bewirkt worden erst durch „die zunehmende Volkszahl der Stämme mit den dadurch bewirkten Ernährungsbedürfnissen, mit der entwickelteren Arbeitsteilung.“ Mag sein. Kann man nicht aber ebenso gut auch von den seelischen oder rassischen Erbanlagen eines bestimmten Volkes sagen, daß diese den entscheidenden Ausschlag gegeben hätten zur Sesshaftigkeit oder andernfalls zur Beibehaltung des Nomadenlebens? Können nicht Ideologien, oder bestimmte Naturereignisse unmittelbar auf eine Änderung der sozialen Verhältnisse bestimmend eingewirkt haben?

Die Frage der sozialen Kausalität hängt aufs Engste mit der von der psychischen Kausalität, vom „freien Willen“, zusammen. Der „freie Wille“ ist nach Adler nichts anderes als die subjektiv-erlebnismäßige Kehrseite der objektiven, ökonomisch bestimmten, geschichtlichen Notwendigkeit. Adler muß nun freilich zugeben, daß die individuelle Willensdetermination nicht als eine „mechanische Vorausbestimmtheit“ aufgefaßt werden kann. „Daraus folgt aber, daß die Vorausbestimmtheit des mensch-

lichen Geschehens **nur eine andere Form** hat als die des Naturgeschehens. Und wenn der Einwand Stammlers... nur das besagen will, daß menschliche Handlungen **nicht berechnet** werden können so wie physikalische Vorgänge, dann hat er recht. Aber... mein Ausdruck ‚vorausberechnen‘ bezog sich auch nicht auf die mechanisch-mathematische Form der Vorausbestimmtheit, sondern bloß auf den Hinweis, daß **prinzipiell** auch Willensvorgänge — natürlich in der ihnen eigenen Form — auch für die Zukunft aus den gegebenen Voraussetzungen mit strenger Kausalität **abgeleitet** werden können. Diese Ableitung erfolgt aber nicht in der Form des mechanisch-mathematischen Kalküls, und natürlich auch nicht nach einer chemischen Formel, sondern in der den Willensvorgängen entsprechenden Form des **Verständnisses**. Was auf dem Gebiete des neutralen Zusammenhanges die **Berechnung** leistet, das vollbringt auf dem Gebiete des Sozialen (worin ja das Psychische eingeschlossen ist), das psychologische **Verstehen**.^{*} Dieses Verstehen realisiert sich in der „psychologischen Einfühlung“, in der „vollständigen Identifizierung des Betrachters mit dem Objekt...“ „Und so sehen wir, daß auf diese Weise die Vorausbestimmbarkeit menschlicher Handlungen ein logisch vollständig denkbare und zulässiges theoretisches Ideal ist... daß die soziale Kausalität sogar eines höheren Grades von Exaktheit (im Vergleich zur reinen Naturkausalität) fähig wäre, wenn sie ihre Methode der Einfühlung auch technisch so ausbilden könnte^{*}), wie die Naturwissenschaft ihre Methode der zahlenmäßigen Berechnung.“

Damit verläßt Adler praktisch, obwohl er selbst dies bestreitet, den Boden der Kausalität. Denn auch die Verfechter der „Irrationalität des Wollens“ stehen selbstverständlich auf dem Standpunkt, daß jeder Willensakt **erklärbar** ist, und zwar, in Übereinstimmung mit Max Adler, „aus der inneren Situation des ‚irrational Handelnden‘“. Aber man darf nicht übersehen, daß die restlose Klarstellen der Motivierung auf Grund der „inneren Situation“ immer erst **nach** der tatsächlich erfolgten Willensentscheidung möglich ist, weil diese „innere Situation“ bis zum letzten Augenblick vor der Willensentscheidung in ständiger lebendiger Bewegung ist und, als Ganzes genommen, sich jeder, auch der noch so geistig aufgefaßten, Kausalbetrach-

^{*}) Die Hervorhebungen bei Zitaten sind teilweise von uns.

tung entzieht. Hier bricht das Element der **Freiheit** in die Welt der Naturbestimmtheit ein, und es zeigt sich, daß die „Andersartigkeit“ der psychischen und sozialen Kausalität darin besteht, daß ihr die Wesensmerkmale der Kausalität im Sinne einer unentrinnbaren, naturgesetzlichen Notwendigkeit eben **fehlen**.

Nun sei noch auf ein Weiteres hingewiesen. Auch eine im christlichen Denken begründete Betrachtung des individuellen und sozialen Geschehens sieht in jenem nicht eine Aneinanderreihung von Willkürakten oder Zufälligkeiten. Der christliche Vorsehungs- und Führungsglaube betont ein Zusammenwirken der menschlichen und göttlichen Wirksamkeit in der Geschichte wie im individuellen Leben. Auch das Reich der „Naturgesetzlichkeit“ ist hierin eingeschaltet. Sowohl die reine Natur als auch die sozialen, ökonomischen Verhältnisse der Umwelt haben in dieser Schau ihre große Bedeutung, allerdings nur in einem **relativen** Sinn. Aber die freie geistige Entscheidung des handelnden Menschen, in dessen richtiger Sinnerfassung und -Verwirklichung des Geschehens sich die übergreifende Wirksamkeit des Göttlichen ebenso kundtut wie in der leidverursachenden und dadurch läuternd wirkenden Fehlentscheidung und geschichtlichen Fehlentwicklung, ist und bleibt ein von aller Kausalbetrachtung nicht mehr voll erfaßbarer Faktor des menschlichen Lebens.

Dieses Bewußtsein braucht heute besonders auch die **sozialistische Arbeiterbewegung**. Der Glaube an die „ökonomisch begründete“ Notwendigkeit der Entwicklung zum sozialistischen Ziel ist heute zusammengebrochen, trotzdem er als Theorie noch aufrechtgehalten wird. Noch nie war das sozialistische Wollen so kraftlos wie in unseren Tagen, wo die „ökonomischen Verhältnisse“ eindeutiger denn je auf die sozialistische Lösung hinzuweisen scheinen. Darum muß dieses sozialistische Wollen sich an einer anderen Begründung wieder aufzurichten trachten und siegreich werden, als an der einer „ökonomischen Notwendigkeit“. Der Sozialismus wird und muß nur dann wirklich mit „Notwendigkeit“ kommen, wenn geistige und sittliche Gemeinschaftskräfte (deren Erweckung durch ökonomische Verhältnisse weitgehend mitbestimmt, aber niemals verursacht sein kann) in den Menschen wirksam und mächtig werden.

Für den religiösen Sozialisten bildet so die vorliegende Fortsetzung von Adlers „Materialistischer Geschichtsauffassung“ manche Ge-

legenheit zur Vertiefung und zum neuen Durchdenken der sozialistischen und der allgemeinen sozialen Zeitprobleme. Auch die zahlreichen „nebengeleisig berührten“ Fragen in diesem Band wird er mit Nutzen durchnehmen, so z. B., um nur eine davon zu nennen, die Frage der Technik und ihrer soziologischen Bedeutung. Wenn wir an Adlers Standpunkt Kritik üben, so wollen wir damit in keiner Weise die große geistige Bedeutung dieses marxistischen Gelehrten verkleinern, der wie vielleicht kein Zweiter aus der marxschen Schule an die anfechtbaren Belange des Marxismus heranhört. Aber — eben nur heran, nicht hindurch. Er bleibt einer weltanschaulichen Position zuliebe an der „Absolutheit“ des geistigen Standpunktes des Marxismus theoretisch haften. In dieser letztlichen Erstarrung liegt aber heute die Gefahr für das geistige Schicksal der Arbeiterbewegung. Es ist unsere Aufgabe, dort weiterzuschreiten, wo der weltanschauliche „Marxismus“ seiner inneren Natur nach nicht weitergehen kann.

Wilhelm Frank.



IM STREIFLICHT

Hitler hat kein Programm?

Als Hitler die Reichskanzlerschaft antrat, wurde ihm von seinen Gegnern Programmlosigkeit vorgeworfen. Auf die Frage, wo denn sein Programm bleibe, konnte er mit Recht schweigen. Darüber hatte er des öfteren erschöpfend Auskunft gegeben. Jeder, der hören wollte, konnte wissen, daß es Hitler genau wie jedem anderen Faschisten um die Rettung des Kapitalismus geht, besser: um dessen Erneuerung. Dazu gehört die Erschlagung der freien Arbeiterbewegung, die radikale Umwandlung des staatlichen Systems. Was seit dem Regierungsantritt Hitlers geschah, ist demnach die konsequente Durchführung des nationalsozialistischen Programms. Es ist dasselbe, zu dem sich zum Beispiel Adolf Hitler in jener Unterredung mit Otto Strasser bekannte, deren Ergebnis der Austritt des letzteren aus der Hitlerbewegung war.

Otto Strasser berichtet über diese Unterredung, die am 20. Mai 1930 stattfand, in der „Deutschen Arbeiterpresse“ (25. II. 1933). Otto Strasser verlangte von Hitler, daß der Kampf nicht nur gegen den „Marxismus“, sondern auch gegen den Kapitalismus und für einen

deutschen Sozialismus geführt werde. Er forderte für die Arbeiter Eigentum und Mitbestimmungsrecht. „Bei der Industriewirtschaft ist eine Individualverteilung, die Zerlegung einer Fabrik in lauter kleine Einzelbetriebe, nicht möglich; hier kann also nur die Form des Kollektiveigentums gewählt werden, und zwar in doppelter Hinsicht: einmal als Mitglied der Nation, der die gesamte ‚Volkswirtschaft‘ gehört, und einmal als Mitglied der Gemeinschaft des betreffenden Betriebes, in dem er arbeitet.“ Man müsse „den heutigen Besitzern wesentliche Teile ihres Monopoleigentums nehmen, um es der Arbeiterschaft, im weiteren Sinne der deutschen Nation, zu geben“. Die Befreiung Deutschlands wäre eben nicht möglich, ohne die Befreiung der deutschen Arbeiterschaft durchzuführen.

Was sagt Hitler?

„Das ist reiner Marxismus, was Sie da sagen, das ist geradezu Bolschewismus! Sie führen das System der Demokratie, das auf dem Gebiet der Politik jenen Trümmerhaufen geschaffen hat, den wir heute vor uns haben, nunmehr auch in die Wirtschaft ein und zerstören damit die ganze Wirtschaft... Was Sie Sozialismus nennen, ist reiner Marxismus und Ihr ganzes System ist eine Schreibtischarbeit, die mit dem wirklichen Leben nichts zu tun hat... Mit welchem Recht verlangen diese Leute Anteil am Besitz oder gar an der Leitung? Der Unternehmer, der die Verantwortung für die Produktion trägt, der schafft auch den Arbeitern Brot...“

Otto Strasser unterbricht den letzten Satz mit der Frage: „Was würden Sie, wenn Sie morgen die diktatorische Macht in Deutschland übernehmen würden, übermorgen tun, z. B. mit der Krupp A. G.? Bliebe hier bei Aktionären und Arbeitern bezüglich Besitz, Gewinn und Leitung alles unverändert, so wie heute oder nicht?“

Hitler: „Aber selbstverständlich! Glauben Sie, ich bin so wahnsinnig, die Wirtschaft zu zerstören?“

Von Otto Strasser auf das nationalsozialistische Programm aufmerksam gemacht, das aus-
sische Programm aufmerksam gemacht, das ausdrücklich die Sozialisierung des vergesellschafteten Betriebes fordert, erklärt Hitler:

„Der Ausdruck Sozialismus ist an sich schlecht, aber vor allem heißt das nicht, daß

diese Betriebe sozialisiert werden müssen, sondern nur, daß sie sozialisiert werden können, nämlich, wenn sie gegen das Interesse der Nation verstoßen. Solange sie das nicht tun, wäre es ein Verbrechen, die Wirtschaft zu zerstören.“

Wie gedenkt Hitler das Eingriffsrecht des Staates zu verankern? Wie soll der „Staat“ organisiert sein, dem es eingeräumt wird? Hitler gibt Auskunft:

„Wir haben ja ein Vorbild, das wir ohne weiteres annehmen können, den Faschismus!“

Genau (!) so wie die Faschisten dies bereits durchgeführt haben, werden auch in unserem nationalsozialistischen Staat Unternehmertum und Arbeiterschaft gleichberechtigt (!) nebeneinanderstehen, während der starke Staat (!) bei Streitigkeiten die Entscheidung fällt und dafür sorgt, daß nicht Wirtschaftskämpfe das Leben der Nation gefährden.“

Ja, aber läßt denn der Faschismus das kapitalistische System nicht einfach unangestastet weiterbestehen? Hat der Faschismus denn nicht versagt bei der Schaffung eines echten Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit?

Macht nichts! Hitler ist überzeugt:

„Das System ist durchaus richtig und es kann kein anderes geben. Nur fehlt dem heutigen System die letzte Verantwortlichkeit gegenüber der Nation. Um das abstellen zu können, brauche ich aber nicht Mitbesitz oder gar (!) Mitbestimmung der Arbeiterschaft . . . denn dieser Mitbesitz und diese Mitbestimmung, das ist eben Marxismus (!), während ich nur dem von einer höheren Schicht geleiteten Staat das Recht dieser Einflußnahme gebe.“

Das ist doch der Katechismus des Faschismus, das ist im wesentlichen das Programm auch unserer Faschisten, mögen sie was immer für welche Farben haben. Worum es geht, das ist die Erneuerung des Kapitalismus im Sinne herrschaftlicher, feudalistischer Grundsätze, um den Industriefeudalismus! Man beachte: Mehr als ein Mitbesitz, den man ja irgendwie fiktiv systematisieren könnte, geht Hitler ein eventuelles Mitbestimmungsrecht wider den Strich, denn die Arbeiter-

schaft soll eben einer herrschaftlichen, autoritären Wirtschaft ausgeliefert sein, die den Arbeitern zwar das Brot zu schaffen vorgibt und sogar bemüht sein wird, aber der „starke Staat“ wird Vorsorge treffen, daß Bewegungen für Mitbestimmungsrechte, also für Freiheitsrechte, genau so wenig das „Leben der Nation“ gefährden, wie etwa ein Aufbegehren wegen zu geringer Brotrationen.

Wird Hitler, werden die Hitlers eines Tages von ihren eigenen sozialistischen Anhängern ob solchen Betruges gesteinigt werden? Man hüte sich, diesen Posten auf der Aktiv-Seite der antifaschistischen Aktion zu hoch zu veranschlagen! Man setze darauf keinerlei Hoffnung. Der „Sozialismus“ der meisten Nationalsozialisten ist genau besehen, politisches Resentiment, „Antimarxismus“ benannt, eine Resignation vor den Forderungen echter politischer Freiheit.

Der Faschismus in Claque und Frack

Zu dem Faschismus im derben Braunhemd gesellt sich ein Zwitterding, ein halbschlächtiger Faschismus, dessen Vertreter weiß behandschuht, angetan mit Claque und Frack, auftreten. Ihre Kostümierung entspricht eben ihrer Ver- und Vorvergangenheit, die sie selber eine konservative nennen. Auch in ihren Ansichten schleppen sie sozusagen die Eierschalen ihrer Vergangenheit mit, die sie wahrscheinlich nie vollends abstreifen können. Sie sind Männer des „autoritären Gedankens“, der „Bedenknahe auf die Staatsraison“, sie sind überzeugt, daß das „asiatische Gewächs des Kommunismus“ ausgerottet werden und der „jüdisch-marxistischen Ideologie“ der Boden abgegraben werden muß, sie senken ihren Zylinderhut vor den geschichtlichen Leistungen des Katholizismus zum Boden und — machen dem Faschismus die Mauer. Ihr ganzes Gebahren ist eine Eiertänzelei zwischen Faschismus und konservativen Absolutismus.

Herr von Papen zeigt dies in einer Rede vor der nationalen Studentenschaft in Berlin: „An der Wende der Zeiten, in der wir leben, geht es nicht etwa um die Knebelung des Geistes, sondern um die Wiederherstellung seiner dienenden Stellung gegenüber gotterfülltem Leben, von dem ihn die Wissenschaft zeitweise getrennt hat.“ Dazu eignen sich offenbar die Methoden der Regierung Hitler-Papen am besten! Ähnlich wird ja auch von unseren Salon-Faschisten die Knebelung der Versammlungs-

und Presse-Freiheit durch unsere Regierung verteidigt. Papen: „Der Marxismus, wie ich ihn sehe, ist nichts als die logische Vollendung des bürgerlichen Liberalismus. Denn wenn einmal die Gleichheit all dessen, was Menschenantlitz trägt, schon auf dieser Erde behauptet wird, dann darf man sich nicht wundern, wenn der Kollektivgedanke das ganze politische Sein überwuchert.“ Bezeichnend für Papens Marxismus, „wie ich ihn sehe“, ist, daß nach Papen nicht der Kapitalismus, sondern der historische Materialismus eines Karl Marx „die allgemeine Proletarisierung des deutschen Volkes zum sozialen System und zum politischen Ziel erhoben hat“. Ach, Papen sieht schon, „daß die Verkapitalisierung unseres Besitzes und unseres Unternehmertums diesen kollektivistischen Irrweg weitgehend vorbereitet hat.“ Er wendet sich gegen den „zufälligen Besitzstand von heute“, er will, daß die „Möglichkeit zu neuem Besitz eröffnet“ werde, das Wie und Wodurch aber verschweigt er wohlweislich, denn er hat doch Hitler zur Reichskanzlerschaft mitverholfen, dem Hitler, der in Mitbesitz und Mitbestimmung der Arbeiterschaft bolschewistische Greuel sieht. Herr Papen stellt fest, „daß es falsch sei, die Wirtschaft aus der Verantwortung für die in ihr Tätigen zu entlassen und sie dem Staate zu überbürden“. Wie wird die Wirtschaft die Verantwortung wieder übernehmen? Etwa nach dem Muster der „Werksgemeinschaft“, wie sie Herr Bang, der Staatssekretär des Herrn Hugenberg, verfißt? Herr Bang erstrebt: „die Beseitigung der Gewaltherrschaft außerbetrieblicher Mächte, betriebsfremder Instanzen über Betrieb, Arbeiter und Unternehmer, also die Verlegung der Regelung des Arbeitsverhältnisses aus den mehr oder weniger zentralistischen Verbänden in das Werk“. Auslieferung der Belegschaft an den industriellen Feudalherren! „Nach altpreußischer Tradition sorgt am besten der Vorgesetzte für seine Untergebenen“, sagt eindeutig Herr Göring.

„Die Zeit des Denkens in den Vorstellungen der französischen Revolution ist vorüber. Sie hatten den sozialen Krieg im Gefolge und den europäischen Unfrieden... Niemand streitet den links von uns stehenden Parteien Vaterlandsliebe und Bejahung des Volkstums ab. Sie sollen dann aber auch beherzt mit allen pazifistischen und zersetzenden Strömungen brechen. Dann ist die Bahn klar, und dann sind wir nicht gezwungen, dieses notwendige Säu-

berungswerk unter Anwendung der Gewalt durchzuführen“, spricht Papen weiter. Nach ihm ist das Problem unserer Zeit: „Das Prinzip der Demokratie mit dem der Aristokratie zu versöhnen“. Deswegen hat er dem Schimmelreiter wider alle Demokratie in den Sattel verholfen! Der konservative Absolutismus hält dem Faschismus die Steigbügel. Sache eines erneuerten freiheitlichen Sozialismus wird es sein, in seinem gesellschaftlichen Aufbauplan zur rechten Ausgleichung zwischen dem Prinzip der Demokratie und der Aristokratie zu kommen.

„Ein aristokratisches Moment ist mit der Demokratie nicht nur vereinbar, sondern ihr sogar unentbehrlich, nur daß dieses in feinerer und geistigerer Form, nicht als Privileg des Geldes oder der Geburt vorhanden sein muß. Demokratie ist nicht Verpöbelung, sondern Aristokratisierung aller.“ (Ragaz, 1919.)

Wo stecken die Urheber des Reichstagsbrandes?

Der Nationalsozialismus ist in der Wahl der Mittel zur Aufpeitschung der Massenleidenschaften prinzipiell nicht wählerisch. Wer einiges aus den diesbezüglichen Kapiteln Hitlers in seinem Buch „Mein Kampf“ kennt, weiß Bescheid. Er wird dann aber auch mit größter Vorsicht die Meldungen über die „kommunistische Brandstiftung“ zur Kenntnis genommen haben. Um so besser wird er einen Aufsatz des „Ring“ zu deuten wissen, einer Zeitschrift also, deren Seriösität kein Nationalsozialist anzweifeln kann, auch keiner der hiesigen Faschisten, die alle das Märchen der kommunistischen Brandstiftung nachbeteten. Es heißt darin:

Rückstände

erschweren uns das Durchhalten in der Wirtschaftskrise.

Sie helfen dem ab, wenn Sie rückständiges Bezugs-

geld mittels des seinerzeit erhaltenen Erlagscheines überweisen. Neue Erlagscheine sind bei den Postschaltern erhältlich und für Konto Nr. D 50-927 Menschheitskämpfer auszufüllen.

im

Bezugsgeld

„Der Brand im Reichstage hat zu schärfsten Gegenmaßnahmen der Reichsregierung geführt. Die Behörden befinden sich in einem Zustand höchster Bereitschaft. Die deutsche Öffentlichkeit und die Leitartikel klingen wider von der Frage: Wie war das möglich? Sind wir denn wirklich ein Volk aus blinden Hühnern? Wo stecken die Urheber dieses Anschlages, dessen Rückwirkung zeigt, wie ziel-sicher sie gehandelt haben (!)? Um eine Antwort auf diese Fragen zu geben, stellen wir nüchtern und sachlich nur eines fest: Es fehlt uns an einem „Secret Service“, einem Geheimdienst, wie ihn die Engländer und andere Nationen besitzen... Besäßen wir eine solche Einrichtung, dann würde man heute schon ganz genau wissen, in welcher Richtung die Urheber des Reichstagsbrandes zu suchen wären, ja man würde die eigentlichen Männer schon kennen. Es sind vielleicht Mitglieder der besten deutschen oder internationalen Gesellschaft.“ Das wurde geschrieben am 1. März, am gleichen Tag verbreitete die deutsche Reichsregierung die Meldung von der kommunistischen Brandstiftung, wurde der faschistische Terror gegen die angeblichen Urheber entfesselt!

Inzwischen wird durch eine Veröffentlichung des „Populaire“ noch mehr Licht in das Dunkel gebracht und auf Fäden verwiesen, die zum Erdölkapital, in die Kreise der internationalen Konterrevolution führen.

Demokratie oder Diktatur?

Die österreichische Arbeiterschaft ist in einen schweren Kampf um die Erhaltung der parlamentarischen Demokratie verwickelt. Die Kündigung ihres Verhältnisses zur Parla-mentarismus von Seiten des Bürgertums hat aber unter der Arbeiterschaft erst recht die Frage laut werden lassen: Ist die Demokratie über-

haupt ein Weg zum Sozialismus? Für viele ist die „Demokratie“ fragwürdig geworden. Das mußte namentlich dort eintreten, wo man die heutigen Formen der Parlamentsdemokratie als erschöpfende Darstellung des demokratischen Prinzips angesehen hat oder wo man die Demokratie tatsächlich nur als Weg, nur als Mittel der Taktik gelten ließ. Von dieser Stelle aus wurde aber immer ein grundsätzliches Bekenntnis zur Demokratie vertreten: die Demokratie als Weg, als Methode, als Inhalt, als Ziel des Sozialismus. Eine solche Einstellung zur Demokratie konnte das Unzulängliche der Parlamentsdemokratie einbekennt, deren Erweiterung anstreben, ohne sich etwas zu ver-geben; eine solche Einstellung wird ein Ver-sagen des Parlamentarismus nicht ohne wei-teres als ein Versagen der Demokratie als Formungsprinzip der Gesellschaft auffassen können.

Die von uns immer wieder vertretene Über-zeugung von der grundsätzlichen Be-deutung der Demokratie für den Sozialismus wird nun auch in einem Aufsatz im „Kampf“ von Karl Kautsky vertreten (Kampf, Heft 2, S. 45 ff). Es heißt dort:

„Die Demokratie ist nicht bloß ein Weg zum sozialistischen Ziel, sondern ein Stück dieses Zieles selbst, das nicht bloß Wohlstand, sondern auch Freiheit und Gleichberechtigung für alle will. Allerdings ein Stück des Zieles, das im hohen Maße früher erreichbar ist als die ökonomischen Seiten des sozialistischen Aufbaues, die Gemeinwirtschaft.“

In schroffen Gegensatz zu der Auffassung, die in der Demokratie nur den Weg zum So-zialismus sieht, steht eine andere ebenfalls in unseren Reihen verbreitete, die sagt, die wahre Demokratie sei erst in der sozialistischen Ge-sellschaft möglich. Was heute als Demokratie

**Jeden Dienstag, 15 Uhr 30
Vortrag mit Vorführungen**

über

ELEKTRISCHES KOCHEN und ELEKTRO-HAUSHALTGERÄTE

im Elekt solche Parlamentskrisen, wenn-
reich sie als scheinbar rein formale aufbre- rü

Mariannengasse 4, Tel. A-24-5-40

bestehe, sei bloß Schwindel, sei rein formalistischer Natur.

Demgegenüber behaupte ich, daß nicht nur ohne Demokratie kein Sozialismus möglich ist, sondern daß es auch keinen anderen Weg zum Sozialismus gibt, als den der Demokratie, die vor ihm errungen sein muß, wenigstens bis zu einem gewissen Grade...

Die Demokratie ist ebenso als Weg zum Ziel wie als Element des Endzieles mit dem Sozialismus unlöslich verbunden. Ein Sozialist, der sie geringschätzt, wenn auch nur vorübergehend, sägt den Ast ab, auf dem er sitzt und auf den gestützt er sich höher schwingen kann."

Wenn aber die Arbeiterschaft einen gewaltvollen Angriff auf die demokratischen Einrichtungen abzuwehren hat?

„Mit welchen Mitteln immer wir eine eventuelle Gewaltanwendung abwehren wollen, unser Ziel dabei kann stets nur eines sein: die Wiedereroberung der Demokratie, nicht die Aufrichtung eines neuen Gewaltregimes an Stelle des von uns niedergeschlagenen.

Für die Wiedergewinnung der Demokratie werden wir eher große Volksmassen gewinnen als für die Ersetzung einer Parteidiktatur durch eine andere. Und die Diktatur bildet für uns überhaupt keinen Weg zum Sozialismus, nur die Demokratie."

Für die Wiedergewinnung der Demokratie wird man heute aber nur dann Massen gewinnen können, wenn die freiheitlichen und demokratischen Zielvorstellungen, für die sie gewonnen werden sollen, weit über das hinausreichen, was 1918 an Demokratie geschaffen wurde.

Aus der Bewegung

Bund der religiösen Sozialisten Österreichs

Sitz: Wien, VIII., Florianigasse 67 (Zugang über den Bannplatz). Dortselbst jeden **Freitag ab 6 Uhr abends: Sprechabend.** Alle Postsendungen an: Otto Bauer, Redakteur, Wien, XIII., Zennerstraße 22.

Nächste Veranstaltungen:

Wien:

Freitag, den 31. März, um halb 8 Uhr abends, VIII., Bannplatz 1a (Florianigasse 67)

Wiener Konferenz

Tagesordnung:

Die religiössozialistische Arbeit der Gegenwart

Die zur Teilnahme berechtigten Genossinnen und Genossen erhalten rechtzeitig die Einlaßkarten.

Weihestunde: Karfreitag

Freitag, den 14. April, um halb 8 Uhr abends 8. Bezirk, Bannplatz 1a (Florianigasse 67). Einladungen folgen.

Linz:

Samstag, den 8. April:

Friedens-Feier

Nähere Einladungen erfolgen durch den Arbeitsausschuß Linz.

Sprechen wird Genosse Otto Bauer aus Wien.

Den Tag frei halten!

Aviso. Die Mitglieder des Bundes werden gebeten, darauf bedacht zu sein, daß ihre Mitgliedskarten in Ordnung sind, damit sie bei Vereinsversammlungen zur Legitimation verwendet werden können.

**V. b. b. Zeitung vom Herausgeber aufgegeben.
Journal expédié par l'éditeur.**

an- Kreditanstalt behandelt, von seinem
bre- rücktretten können. Als letzte Konsequenz der